RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

02 2022

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Verbraucherpreise 2021
Bundestagswahl 2021
Bevölkerungswanderungen

Fotonachweis

T i t e l f o t o : © phpetrunina14 – stock.adobe.com

Die Verbraucherpreise stiegen 2021 um 3,1 Prozent. Die jahresdurchschnittliche Inflationsrate lag damit erstmals seit 2012 über der Zwei-Prozent-Marke. Energie war im Jahresdurchschnitt elf Prozent teurer als im Vorjahr. Für Nahrungsmittel mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher ebenfalls deutlich mehr bezahlen (+2,9 Prozent).

B e i l a g e : Faltblatt Landwirtschaft und Weinbau 2021

02 2022

STATISTISCHE MONATSHEFTE

75. Jahrgang

kurz + aktuell 77

Industrie ■ Baugewerbe ■ Außenhandel ■ Erwerbstätigkeit Handel ■ Gastgewerbe ■ Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Bevölkerung ■ Soziales ■ Verkehr

Aus der amtlichen Statistik 91

Verbraucherpreise 93

Rheinland-Pfalz in Karten: Einschulungen im Schuljahr 2020/21 94

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021 – Teuerungsrate steigt auf +3,1 Prozent 95

Bundestagswahl 2021: Der Einfluss von Geschlecht und Alter auf das Wahlverhalten – Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik 102

Wanderungen zwischen städtisch und ländlich geprägten Regionen – Teil I: Wanderungsbilanz nach Raumtypen und Altersgruppen 2011–2020 117

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 131

Neuerscheinungen 147

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2022

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

kurz + aktuell

Industrieproduktion steigt im November 2021

Die Produktionsleistung der rheinland-pfälzischen Industrie nahm im November zu. Nach Berechnungen auf Basis vorläufiger Werte stieg der Produktionsindex gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,7 Prozent.

In allen drei industriellen Hauptgruppen lag die Produktion über dem Niveau des Vormonats. Die Konsumgüterproduzenten steigerten ihren Output am kräftigsten (+6,1 Prozent). Die Ausbringung der Investitionsgüterproduzenten wuchs um ein Prozent. Fast unverändert blieb der Güterausstoß der Vorleistungsgüterhersteller (+0,2 Prozent).

Zwischen den drei umsatzstärksten Industriebranchen zeigten sich größere Unterschiede: In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die nach den Umsätzen die zweitgrößte Branche des rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbes ist und zu den Investitionsgüterproduzenten gehört, stieg der Output um 16 Prozent. Die Chemieindustrie, die zu den Vorleistungsgüterproduzenten zählt und die umsatzstärkste Industriebranche ist, erzielte gegenüber dem Vormonat eine Produktionssteigerung um zwei Prozent. Der Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie gehört und nach den Umsätzen die drittgrößte Branche des Verarbeitenden Gewerbes ist, drosselte die Güterausbringung um fünf Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat stieg die bereinigte Industrieproduktion um 7,1 Prozent. Am kräftigsten legten die Konsumgüterproduzenten zu (+26 Prozent). Der Output der Vorleistungsgüterhersteller lag um acht Prozent höher als ein Jahr zuvor. Die Ausbringung der Investitionsgüterhersteller schrumpfte um 7,8 Prozent;

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Nov 2021		Jan bis Nov 2021
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Okt 2021	Nov 2020	Jan bis Nov 2020
Entwicklung der Produktion			
Industrie	1,7 %	7,1 %	8,8 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	0,2 %	8,0 %	9,0 %
Investitionsgüterproduzenten	1,0 %	-7,8 %	6,4 %
Konsumgüterproduzenten	6,1 %	26,4 %	11,4 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2,0 %	15,1 %	8,9 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	15,8 %	-20,7 %	-1,5 %
Maschinenbau	-5,0 %	4,4 %	15,6 %
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	0,8 %	18,7 %	33,2 %
Inland	4,0 %	18,5 %	31,8 %
Ausland	-1,1 %	18,7 %	34,1 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	5,0 %	2,5 %	17,7 %
Investitionsgüterproduzenten	-1,5 %	32,1 %	50,4 %
Konsumgüterproduzenten	-3,5 %	34,6 %	39,1 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	0,7 %	-2,5 %	18,2 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	9,2 %	62,7 %	74,5 %
Maschinenbau	-15,9 %	1,6 %	36,2 %

1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:

dies hängt mit dem im Vorjahresvergleich starken Produktionsrückgang der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie um 21 Prozent zusammen. Die Chemieproduzenten erhöhten den Güterausstoß um 15 Prozent. Der Output des Maschinenbaus legte gegenüber dem Vorjahresmonat ebenfalls zu (+4,4 Prozent).

Auftragseingänge in der Industrie steigen im November 2021 leicht

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten erhöhte sich im November 2021 leicht. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex 0,8 Prozent über dem Niveau des Vormonats. In- und Auslandsgeschäft entwickelten sich gegenläufig: Während das Ordervolumen aus dem Inland um vier Prozent wuchs, gingen aus dem Ausland 1,1 Prozent weniger Bestellungen ein als im Oktober.

Die drei industriellen Hauptgruppen zeigen ebenfalls ein uneinheitliches Bild: Einem kräftigen Zuwachs der Auftragseingänge in der Vorleistungsgüterindustrie (+5 Prozent) standen Rückgänge in den beiden anderen Hauptgruppen gegenüber. Die Nachfrage nach Konsumgütern schrumpfte im November um 3,5 Prozent. In der Investitionsgüterindustrie lag das Ordervolumen um 1,5 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

Dem Rückgang der Auftragseingänge in der Investitionsgüterindustrie liegen gegenläufige Entwicklungen in den beiden großen Teilbereichen zugrunde: Im Maschinenbau gingen im November 16 Prozent weniger Bestellungen ein als im Monat zuvor. Die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie steigerte ihr Ordervolumen hingegen um 9,2 Prozent. In der Chemiebranche erhöhte sich die Nachfrage leicht um 0,7 Prozent.

Die bereinigten Auftragseingänge waren im November 2021 wesentlich höher als im Vorjahresmonat (+19 Prozent). Dazu trugen das Inlands- und das Auslandsgeschäft fast gleichermaßen bei. Die Konsumgüterindustrie und die Investitionsgüterindustrie verzeichneten deutliche Zuwächse (+35 bzw. +32 Prozent). In der Vorleistungsgüterindustrie lagen die Bestellungen dagegen nur um 2,5 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Dazu trug die schwache Entwicklung der Chemieindustrie bei, deren Ordervolumen 2,5 Prozent niedriger ausfiel als im November 2020. Die Nachfrage nach Kraftwagen und Kraftwagenteilen erhöhte sich kräftig um 63 Prozent, während die Auftragseingänge im Maschinenbau nur um 1,6 Prozent zulegten.

Industrieumsätze im November 2021 mit deutlichem Plus

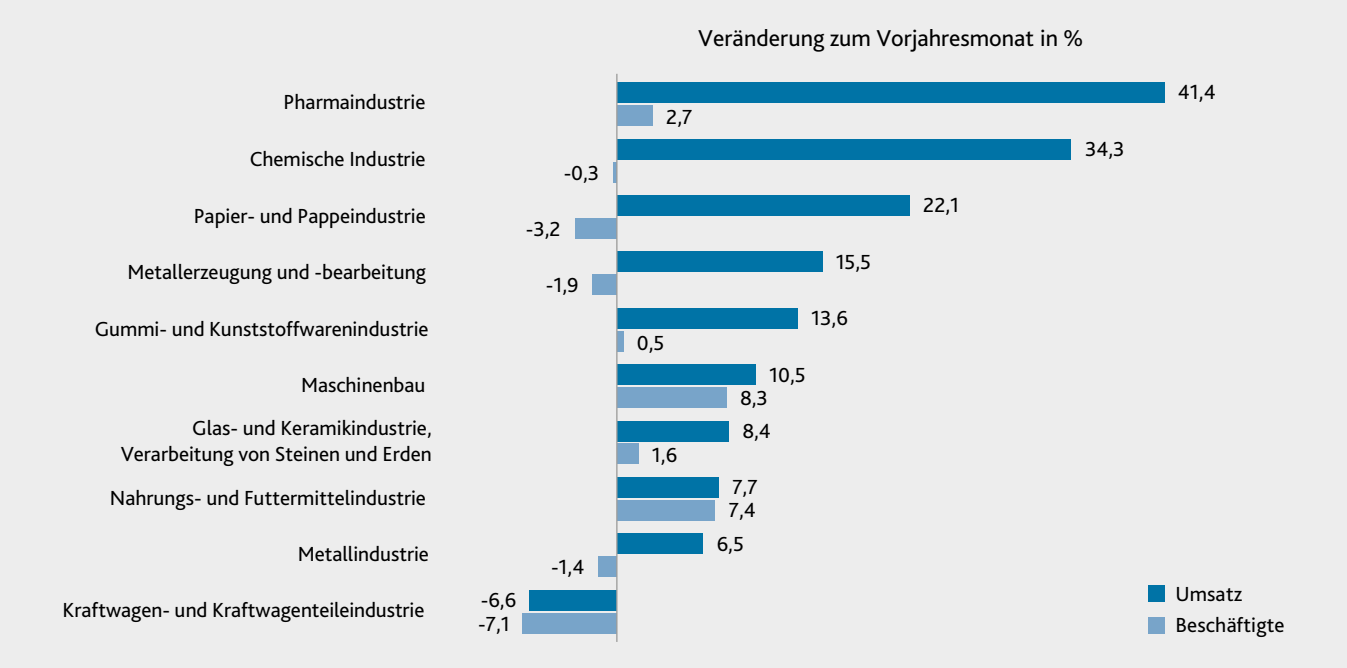
Im November 2021 erwirtschafteten die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe deutlich höhere Umsätze. Die Erlöse stiegen gegenüber November 2020 um rund 15 Prozent (Deutschland: +8,9 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten nahm 0,8 Prozent zu (Deutschland: –0,3 Prozent). Die Umsätze lagen 19 Prozent über denen von November 2019, dem Jahr vor der Corona-Pandemie.

Insgesamt setzte die Industrie im November 2021 rund 8,7 Milliarden Euro um. Mehr als die Hälfte davon erzielten sie im Ausland (Anteil: 56,3 Prozent). Die Auslandsgeschäfte generierten ein Plus von 17 Prozent, die Inlandsumsätze erhöhten sich um 13 Prozent (Deutschland: +12 bzw. +6,1 Prozent). Die Exportquote stieg um 0,8 Prozentpunkte auf 56,3 Prozent.

Unter den zehn umsatzstärksten Branchen erzielten lediglich die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen aufgrund anhaltender Lieferengpässe bei Elektrobauteilen weniger Erlöse (–6,6 Prozent). Die stark gestiegene Nachfrage nach einzelnen Produkten steigerte die Umsätze in der Pharmaindustrie (+41 Prozent). Die Chemische Industrie sowie die Papier- und Pappeindustrie verbuchten ebenfalls überdurchschnittliche Umsatzzuwächse (+34 bzw. +22 Prozent). Deutlich schlechter liefen die Geschäfte für die Hersteller von Metallerzeugnissen (+6,5 Prozent). Auch die Nahrungs- und Futtermittelindustrie sowie die Hersteller von Glas und Glaswaren generierten ein geringes Umsatzplus (+7,7 bzw. +8,4 Prozent).

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe beschäftigten im November 2021 knapp 258 300 Personen (+0,8 Prozent; Deutschland: –0,3 Prozent). Die höchste Zahl an Neueinstellungen gab es im Maschinenbau

Umsatz und Beschäftigte in der Industrie im November 2021 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



sowie in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie (+8,3 bzw. +7,4 Prozent). Mit deutlichem Abstand folgte die Pharmaindustrie (+2,7 Prozent) sowie die Glas- und Glaswarenherstellung (+1,6 Prozent). Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die anhaltende Umsatzrückgänge verzeichnen, reduzierten ihren Personalbestand im November 2021 um 7,1 Prozent.

In den ersten elf Monaten des Jahres 2021 setzte die rheinland-pfälzische Industrie im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gut 16 Prozent mehr um. Die Auslandsumsätze erhöhten sich um knapp 18 Prozent, die Inlandsumsätze um 14 Prozent. Es waren 0,7 Prozent weniger Personen beschäftigt.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im November 2021 fast unverändert, Umsätze sinken

Die Auftragseingänge des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes blieben im November 2021 fast unverändert. Kalender- und saisonbereinigt gingen 0,2 Prozent mehr Aufträge ein als im Oktober. Die baugewerblichen Umsätze sanken um 1,7 Prozent.

Die Bestellungen von Januar bis November 2021 lagen deutlich über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Insgesamt vergrößerte sich das Ordervolumen um 9,1 Prozent. Allerdings dürften zu diesem Zuwachs die gestiegenen Baupreise beigetragen haben. Der baugewerbliche Umsatz war etwa genauso hoch wie im Vorjahreszeitraum (–0,2 Prozent).

Die Zunahme der Auftragseingänge im November ist auf die günstige Nachfrageentwicklung im Tiefbau zurückzuführen (+10 Prozent). Im gewerblichen Tiefbau gingen deutlich mehr Bestellungen ein als im Vormonat (+41 Prozent). Auch im sonstigen öffentlichen Tiefbau stieg das Ordervolumen (+5,3 Prozent). Nur der Straßenbau verzeichnete ein Minus von 0,7 Prozent.

Im Hochbau war die Nachfrage insgesamt geringer als im Oktober (–10 Prozent). Kräftige Einbußen gab es im gewerblichen Hochbau (–15 Prozent). Auch der Wohnungsbau und der öffentliche Hochbau verbuchten im November weniger Aufträge als im Monat zuvor (–7,8 bzw. –4 Prozent).

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Nov 2021		Jan bis Nov 2021
	Veränderung des Wertes[1] zu		
	Okt 2021	Nov 2020	Jan bis Nov 2020
Auftragseingang	0,2 %	7,1 %	9,1 %
Hochbau insgesamt	-10,1 %	-5,8 %	8,5 %
Wohnungsbau	-7,8 %	-10,6 %	26,2 %
gewerblicher Hochbau	-15,1 %	-13,8 %	2,0 %
öffentlicher Hochbau	-4,0 %	23,5 %	-8,3 %
Tiefbau insgesamt	10,0 %	19,8 %	9,7 %
gewerblicher Tiefbau	41,4 %	48,7 %	14,2 %
Straßenbau	-0,7 %	1,9 %	-0,7 %
sonstiger öffentlicher Tiefbau	5,3 %	34,0 %	27,2 %
Baugewerblicher Umsatz	-1,7 %	-1,1 %	-0,2 %
Hochbau insgesamt	-1,8 %	-1,5 %	3,2 %
Wohnungsbau	-3,3 %	2,0 %	-2,8 %
gewerblicher Hochbau	-5,3 %	-14,0 %	9,8 %
öffentlicher Hochbau	11,6 %	33,9 %	-1,1 %
Tiefbau insgesamt	-1,5 %	-0,6 %	-3,5 %
gewerblicher Tiefbau	-5,9 %	0,6 %	1,4 %
Straßenbau	-3,6 %	3,7 %	0,7 %
sonstiger öffentlicher Tiefbau	6,5 %	-7,7 %	-13,4 %

1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

Von Januar bis November 2021 lagen die Auftragseingänge sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Im Tiefbau gingen in den elf Monaten 9,7 Prozent mehr Bestellungen ein als im Jahr zuvor. Im Hochbau stieg das Ordervolumen um 8,5 Prozent.

Sowohl der Hochbau als auch der Tiefbau erzielten im November geringere Umsätze als im Vormonat. Im Hochbau sanken die Erlöse kalender- und saisonbereinigt um 1,8 Prozent. Dazu trugen der Wohnungsbau (–3,3 Prozent) und der gewerbliche Hochbau (–5,3 Prozent) bei. Der öffentliche Hochbau verbuchte als einziger Teilbereich einen Zuwachs (+12 Prozent). Im Tiefbau gingen die Umsätze im November um 1,5 Prozent zurück. Der gewerbliche Tiefbau und der Straßenbau verzeichneten ein Minus von 5,9 bzw. 3,6 Prozent. Nur der sonstige öffentliche Tiefbau steigerte im November seinen Umsatz um 6,5 Prozent.

Im Zeitraum Januar bis November fielen die Erlöse im Hochbau um 3,2 Prozent höher aus als im Vorjahreszeitraum. Diese Entwicklung wurde durch ein kräftiges Plus im gewerblichen Hochbau von 9,8 Prozent verursacht. Die Umsätze des Tiefbaus lagen 3,5 Prozent unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Ausschlaggebend war der deutliche Erlösrückgang im sonstigen öffentlichen Tiefbau (–13 Prozent).

Importe nehmen im November 2021 deutlich zu

Im November 2021 legten die Exporte aus Rheinland-Pfalz zu. Nach vorläufigen Angaben wurden Waren im Wert von 4,7 Milliarden Euro exportiert, 8,1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Importe legten deutlich um 23 Prozent auf 3,9 Milliarden Euro zu. Deutschlandweit stiegen die Exporte um zwölf Prozent und die Importe um 20 Prozent.

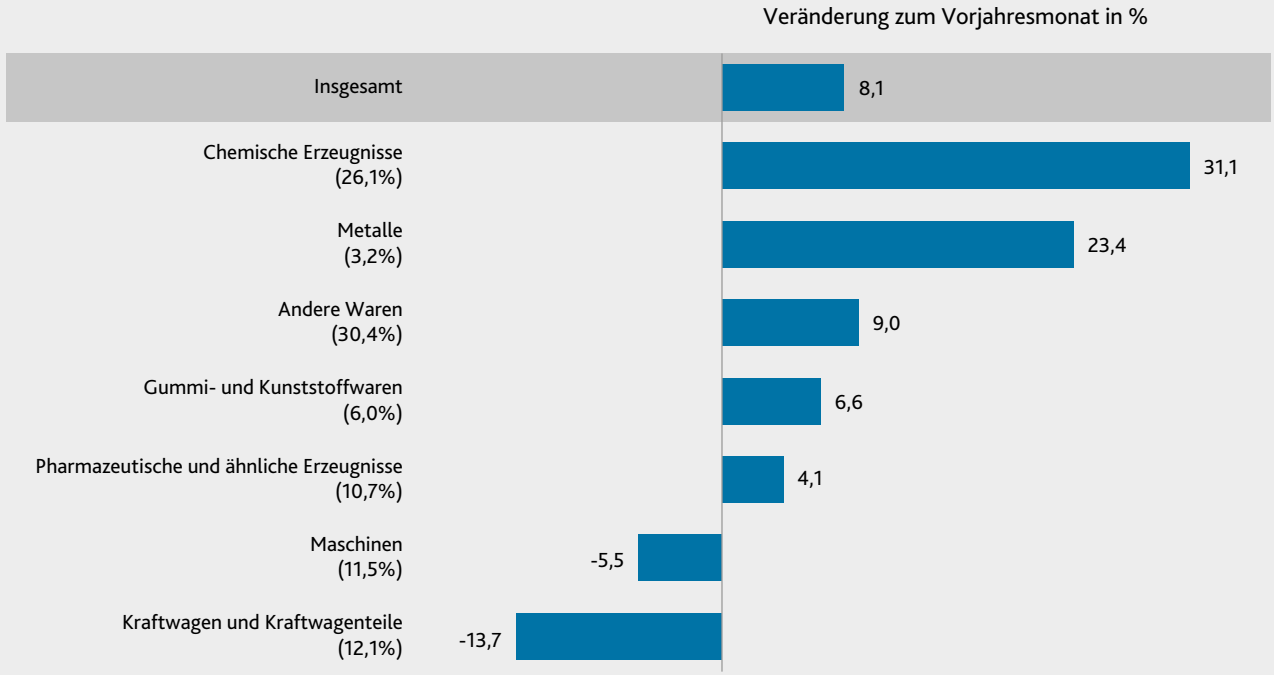
Verglichen mit November des Vor-Corona-Jahres 2019 lagen die Exporte im November 2021 um elf Prozent höher; die Importe waren mit 28 Prozent im Plus.

Bedeutendster Absatzmarkt für die rheinland-pfälzischen Exporteure bilden die EU-Staaten (Anteil: 56 Prozent); die Ausfuhren im November lagen sechs Prozent über denen des Vergleichsmonats 2020. In die Länder der Eurozone wurde 6,7 Prozent und in die der Nicht-Eurozone 3,9 Prozent mehr exportiert. Die Ausfuhren in das übrige Europa stiegen um elf Prozent; vor allem die Exporte in die Türkei nahmen deutlich zu (+63 Prozent).

Die Ausfuhren nach Amerika erhöhten sich um fast ein Drittel (+30 Prozent). In die USA wurden 39 Prozent mehr Waren ausgeführt. Aufgrund der rückläufigen Exporte nach China (–24 Prozent) lag der Handel mit Asien im Minus (–2,5 Prozent).

Die Ausfuhr von Erzeugnissen der Chemischen Industrie stieg deutlich (+31 Prozent). Auch die Metallindustrie verbuchte hohe Zuwächse

Ausfuhren im November 2021[1] nach Güterabteilungen



( ) Anteile an den Ausfuhren insgesamt
1 Vorläufiges Ergebnis.

(+23 Prozent). Lieferengpässe bei elektronischen Bauteilen führten zu einem Exportrückgang im Handel mit Kraftwagen und Kraftwagenteilen (–14 Prozent). Der Maschinenbau lag mit 5,5 Prozent im Minus.

Das Importvolumen legte im November gegenüber dem Vorjahresmonat um 23 Prozent auf 3,9 Milliarden Euro zu. Aus den Partnerländern der EU wurden 20 Prozent mehr Waren importiert. Der Wertzuwachs der importierten Waren aus den Ländern der Eurozone lag bei 22 Prozent; der der Nicht-Eurozone bei 13 Prozent. Die Einfuhren aus dem übrigen Europa waren rückläufig (–3 Prozent); vor allem die Importe aus dem Vereinigten Königreich und der Schweiz sanken im November deutlich (–30 bzw. –11 Prozent).

Die Einfuhren aus Asien und Amerika legten kräftig zu (+49 bzw. +42 Prozent). Der Wert der aus China eingeführten Waren stieg um 60 Prozent, der aus den USA um 48 Prozent.

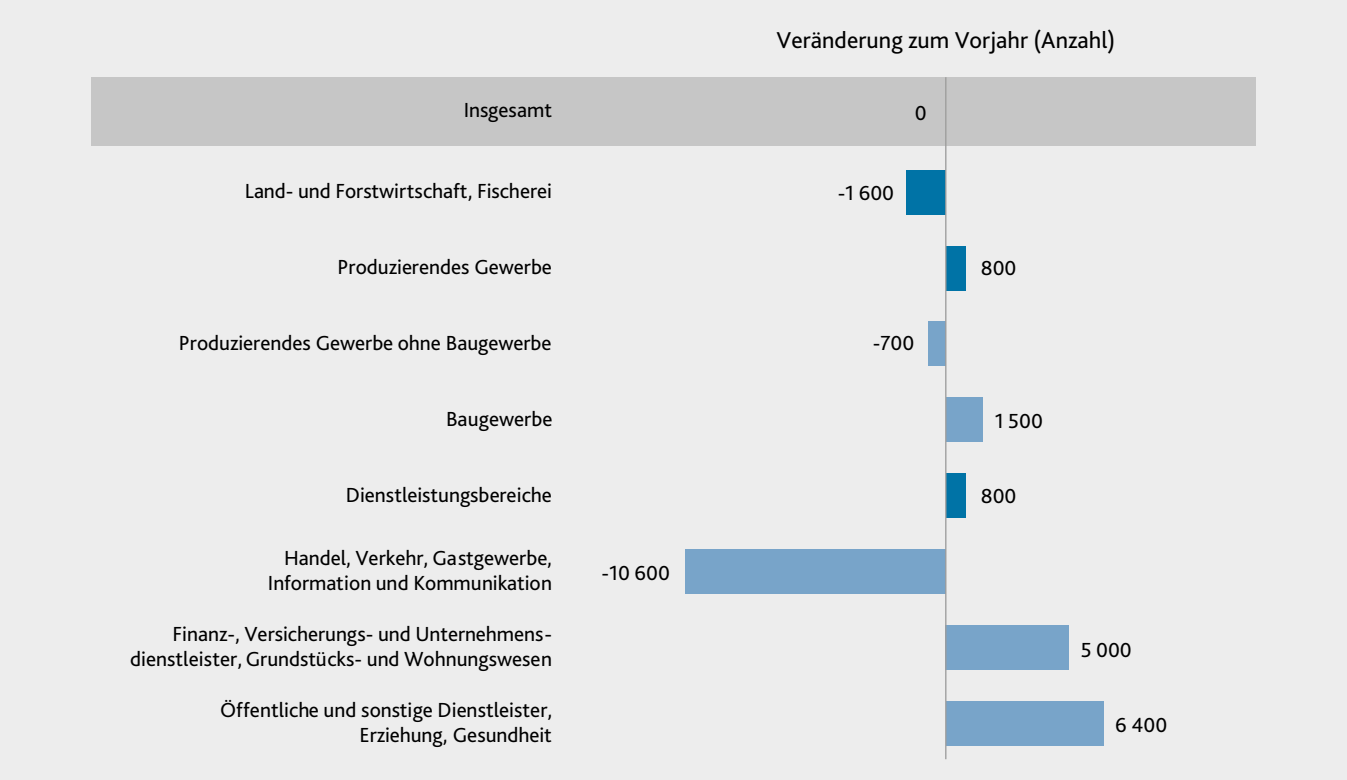
In den ersten elf Monaten des Jahres stiegen die Werte der aus- und eingeführten Waren gegenüber dem Vorjahreszeitraum um zehn bzw. 18 Prozent. Das Plus bei den Ausfuhren in die Länder der EU lag bei 14 Prozent, das der Importe bei 17 Prozent.

Zahl der Erwerbstätigen stagniert

Die Zahl der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz lag 2021 auf dem gleichen Niveau wie 2020. Das ergaben vorläufige Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung der Länder", dem das Statistische Landesamt in Bad Ems angehört. Demnach arbeiteten im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 2,02 Millionen Erwerbstätige. Im Jahr 2020 nahm die Erwerbstätigkeit insbesondere aufgrund der Corona-Pandemie erstmals seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 ab, und zwar um 24 000 Personen bzw. 1,2 Prozent. Im Bundesdurchschnitt sowie in den westdeutschen Ländern ohne Berlin blieb die Beschäftigung 2021 ebenfalls unverändert.

Die Stagnation in Rheinland-Pfalz ist besonders auf einen Rückgang der Zahl der marginal Beschäftigten zurückzuführen. Diese Beschäfti-

Erwerbstätige am Arbeitsort 2021 nach Wirtschaftsbereichen



gungsgruppe hat in Rheinland-Pfalz einen überdurchschnittlichen Anteil an allen Erwerbstätigen. Während die Folgen der Corona-Pandemie für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte durch beschäftigungspolitische Maßnahmen wie die Ausweitung der Kurzarbeit eingedämmt werden konnten, sank die Zahl der marginal Beschäftigten deutlich. Auch bei den Selbstständigen setzte sich der Abwärtstrend weiter fort.

Der Dienstleistungssektor verzeichnete einen minimalen Anstieg der Erwerbstätigkeit. Verglichen mit 2020 nahm die Zahl der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen um 800 Personen bzw. 0,1 Prozent auf 1,47 Millionen zu (Deutschland: +0,3 Prozent). In den Teilbereichen verlief die Entwicklung allerdings sehr unterschiedlich. Im Teilbereich „Finanz-, Versicherungs-, Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen" stieg die Erwerbstätigkeit um 5 000 Personen bzw. 1,8 Prozent (Deutschland: +0,4 Prozent). Auch im Teilbereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit; private Haushalte" gab es einen Zuwachs (+6 400 Personen bzw. +0,9 Prozent; Deutschland: +1,4 Prozent). Weitere deutliche Beschäftigungsverluste verzeichnete dagegen der Teilbereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe; Information und Kommunikation". Hier arbeiteten 2021 rund 10 600 Personen bzw. 2,1 Prozent weniger als im Jahr zuvor (Deutschland: –1,3 Prozent).

Im Produzierenden Gewerbe erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen leicht. Im Jahr 2021 arbeiteten in diesem Wirtschaftsbereich knapp 513 000 Personen. Das sind etwa 800 Personen mehr als 2020 (+0,2 Prozent, Deutschland: –0,6 Prozent). Positive Impulse kamen aus dem Baugewerbe. Dort waren 1500 Personen mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor (+1,2 Prozent, Deutschland: ebenfalls +1,2 Prozent). Im Verarbeitenden Gewerbe schrumpfte die Zahl der Erwerbstätigen dagegen um 1200 Personen bzw. 0,3 Prozent (Deutschland: –1,3 Prozent). Dabei ist zu beachten, dass die im Vergleich zu Deutschland bessere Entwicklung im

Wesentlichen auf die Umstrukturierung eines Unternehmens zurückzuführen ist, die zu einem Wechsel von Erwerbstätigen aus dem Dienstleistungsbereich in das Verarbeitende Gewerbe führte.

Für den Sektor der Land- und Forstwirtschaft wurde im sechsten Jahr in Folge ein Beschäftigungsrückgang festgestellt. Die Zahl der Erwerbstätigen sank gegenüber dem Vorjahr um 1600 Personen bzw. 4,1 Prozent (Deutschland: –3,8 Prozent).

Umsatz und Beschäftigung im Kfz-Handel im Oktober 2021 rückläufig

Die Umsätze im rheinland-pfälzischen Kfz-Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kfz) erreichten im Oktober 2021 nicht das Niveau des Vorjahresmonats. Nach vorläufigen Berechnungen setzten die Kfz-Händler real, also um Preisveränderungen bereinigt, 5,4 Prozent weniger um als im Oktober 2020.

Nominal bzw. einschließlich Preisänderungen reduzierten sich die Umsätze um 1,7 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten lag um 2,9 Prozent niedriger als im Oktober 2020.

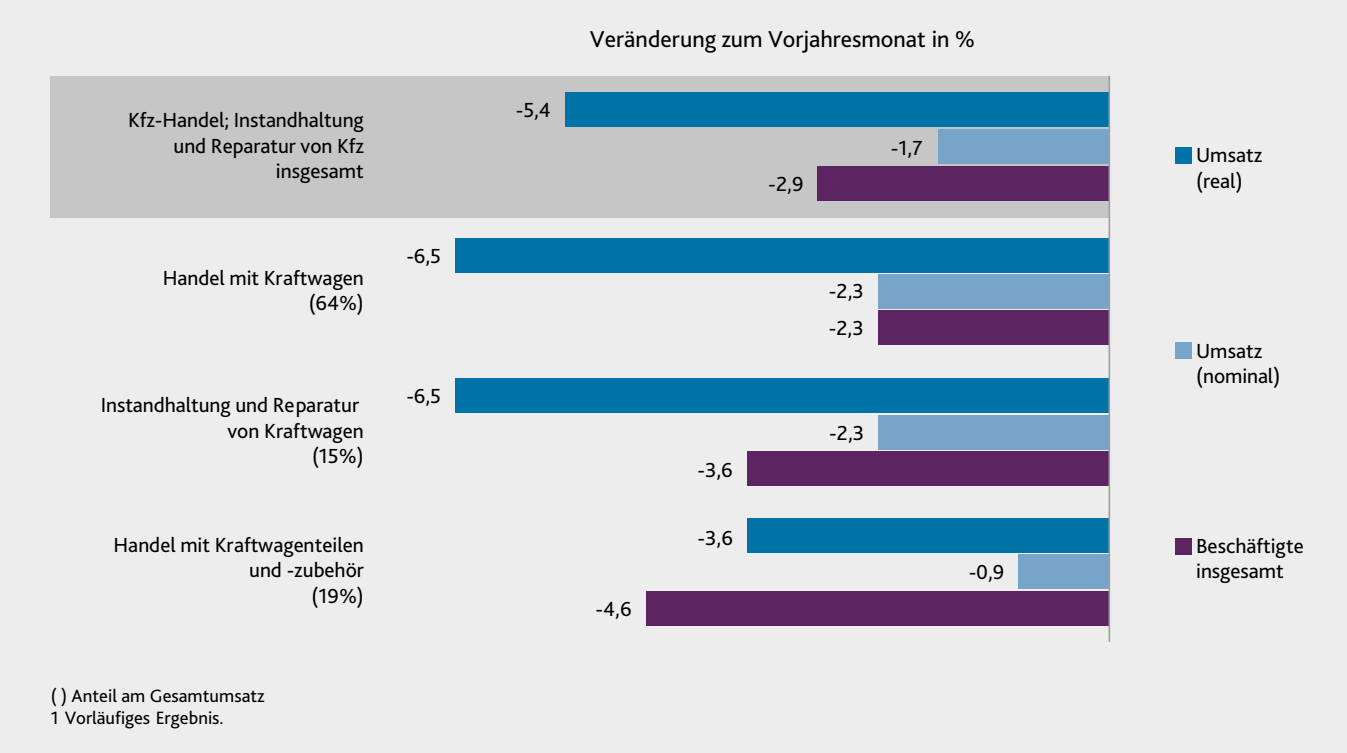
Reale Umsatzeinbußen verzeichneten alle Branchen. Der Handel mit Kraftfahrzeugen, der zwei Drittel des Gesamtumsatzes generiert, sowie der Bereich Instandhaltung und Reparatur setzten real jeweils 6,5 weniger um, im Handel mit Kraftwagenteilen lag der Rückgang bei 3,6 Prozent.

Insgesamt wiesen die ersten zehn Monate in 2021 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Umsatzplus von drei Prozent auf (nominal: +5,4 Prozent). Die Beschäftigung ging im gleichen Zeitraum um 2,3 Prozent zurück.

Inflationsbedingtes Umsatzminus im Einzelhandel im November

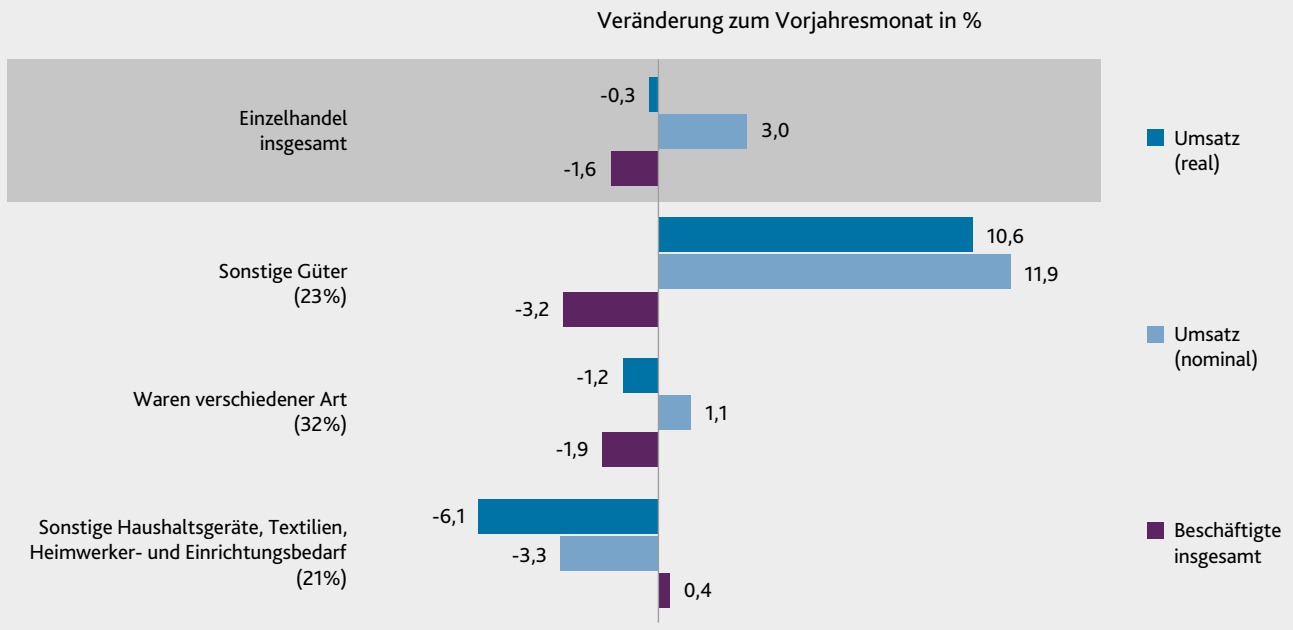
Die Preissteigerungen im November 2021 beeinträchtigten den rheinland-pfälzischen Einzelhandel. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Einzelhandelsumsätze im November real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 0,3 Prozent unter denen des Vorjahresmonats (Deutschland: +0,5 Prozent). Nominal bzw. gemessen in jeweiligen Preisen leg-

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Kraftfahrzeughandels[1] im Oktober 2021



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Vorläufiges Ergebnis.

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels[1] im November 2021



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. Vorläufiges Ergebnis.

ten die Umsätze um drei Prozent zu (Deutschland: +3,4 Prozent).

Der Einzelhandel mit Lebensmitteln erzielte im November 2021 niedrigere Umsätze (–1,7 Prozent), der Nicht-Lebensmittelbereich höhere (+0,7 Prozent). Im Lebensmittel-Einzelhandel stiegen die Erlöse nominal um 0,6 Prozent, im Nicht-Lebensmittel-Bereich um 4,7 Prozent.

In den umsatzstarken Branchen „Waren verschiedener Art in Verkaufsräumen" mit dem Handelsschwerpunkt im Lebensmittelbereich sowie „Sonstige Haushaltsgeräte, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf" gingen die Erlöse um 1,2 bzw. 6,1 Prozent zurück. Deutlich schlechter fielen die Verkaufszahlen bei den Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik sowie den Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren aus (–16 bzw. –14 Prozent). Einzig die Händler der sonstigen Güter, zu denen beispielsweise Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, erzielten ein Plus von elf Prozent.

Im Vergleich zu November 2020 waren im Einzelhandel 1,6 Prozent weniger Personen beschäftigt (Deutschland: +0,8 Prozent).

Von Januar bis November erzielte der Einzelhandel 0,7 Prozent weniger Umsätze als im Vergleichszeitraum 2020. Preissteigerungen führten zu nominalen Zuwächsen in Höhe von 1,4 Prozent. Der Handel mit Lebensmitteln sank um 0,6 Prozent, der mit Nicht-Lebensmitteln um 0,8 Prozent.

Gastgewerbe im November 2021 deutlich unter Vor-Corona-Niveau

Im November 2021 lagen die Erlöse im Gastgewerbe unter denen von November 2019. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 23 Prozent unter denen des Vergleichsmonats in 2019. Nominal bzw. bewertet in jeweiligen Preisen betrug das Minus 18 Prozent. Aussagekräftige Vergleiche mit dem Vorjahr sind aufgrund des Lockdowns im November 2020 nicht sinnvoll.

Im Vergleich zu November 2019 erzielte das Beherbergungsgewerbe 9,2 Prozente weniger reale Umsätze

(nominal: –5,6 Prozent). Die Erlöse in der Gastronomie, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen, gingen um 30 Prozent zurück (nominal: –24 Prozent). Die Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben sowie die Caterer und Erbringer von sonstigen Verpflegungsleistungen setzten im Vergleich 29 bzw. 28 Prozent weniger um.

Die Zahl der Beschäftigten reduzierte sich gegenüber dem Vor-Corona-Niveau um 13 Prozent.

Die realen Umsätze lagen in den ersten elf Monaten 2021 im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe um 40 Prozent unter denen des Vergleichszeitraums 2019 (nominal: –36 Prozent). Die Erlöse im Beherbergungsgewerbe und in der Gastronomie gingen um 40 bzw. 41 Prozent zurück. Der Personalstand im Gastgewerbe war um 22 Prozent niedriger.

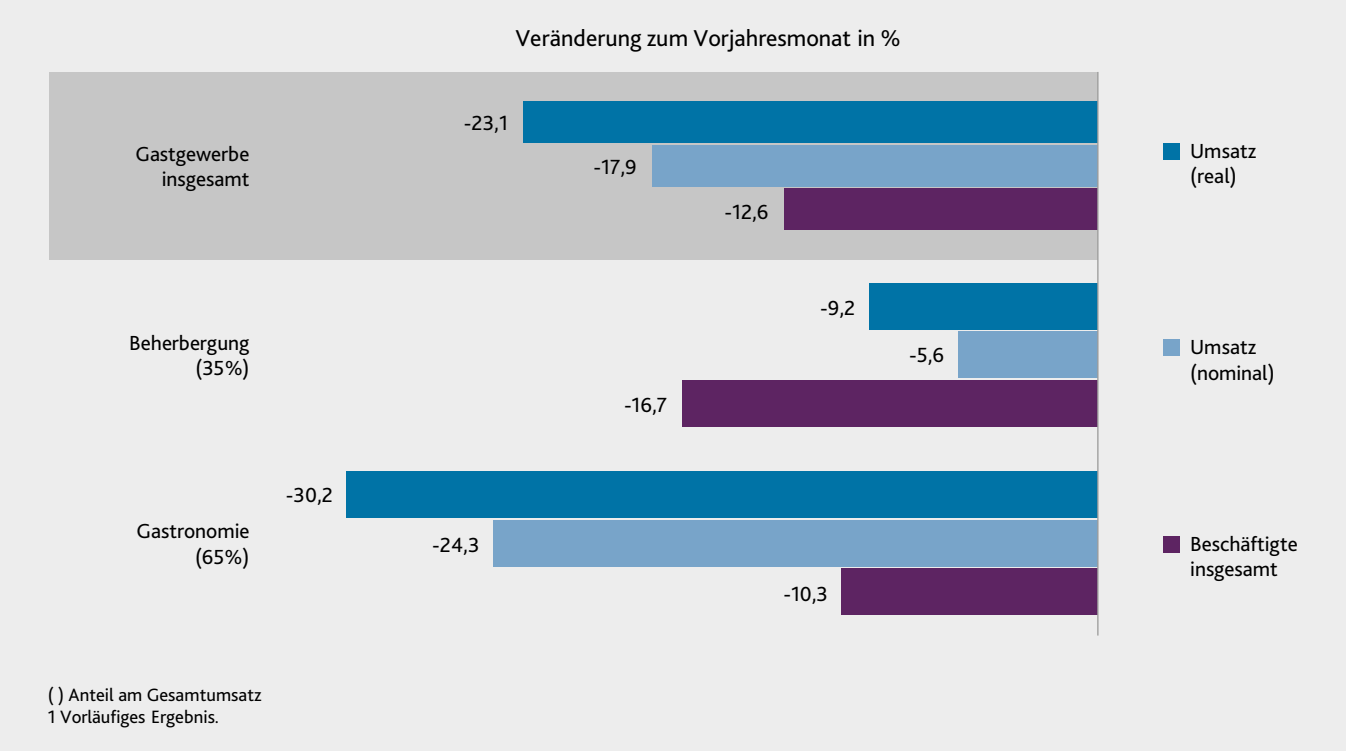
Tourismus im November 2021 unter Vor-Corona-Niveau

Die Zahl der Gäste und Übernachtungen lag im November 2021 unter Vor-Corona-Niveau. Es kamen rund 429 200 Gäste nach Rheinland-Pfalz. Im Vergleich zu November 2019 waren das 29 Prozent weniger. Die Zahl der Übernachtungen lag bei rund 1,11 Millionen (–18 Prozent). Vergleiche mit dem Vorjahresmonat sind aufgrund des Lockdowns im November 2020 nicht sinnvoll.

Von Januar bis November 2021 kamen rund 4,65 Millionen Gäste nach Rheinland-Pfalz; dies waren 14 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum 2020 und 46 Prozent weniger als von Januar bis November 2019. Die Zahl der Übernachtungen belief sich auf 13,48 Millionen (–11 Prozent bzw. –38 Prozent).

Die Ahrregion wies von Januar bis November 2021 deutliche Rückgänge der Gäste- und Übernachtungszahlen auf. Die Flutkatastrophe und damit einhergehende Betriebsschließungen führten zu einem Einbruch der Gästezahlen um 54 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum in 2020; die Übernachtungszahlen gingen um 51 Prozent zurück.

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe[1] im November 2021



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Vorläufiges Ergebnis.

Trotz rückläufiger Besucherzahlen verbuchten drei Gebiete leichte Zuwächse bei den Übernachtungen (Naheland: +2,7 Prozent; Rheinhessen: +1,1 Prozent, Hunsrück: +0,6 Prozent). In den besucherstarken Regionen Pfalz und Mosel-Saar nahmen die Übernachtungszahlen ab (–5,6 bzw. –14 Prozent).

Mit Ausnahme der Ferienhäuser und Ferienwohnungen (+0,2 Prozent) erreichte von Januar bis November 2021 keine Betriebsart das Übernachtungsniveau des Vorjahres. Die Übernachtungen auf den Campingplätzen lagen deutlich unter den Werten des Vorjahreszeitraumes (–30 Prozent). Die Ferienzentren sowie die Jugendherbergen verbuchten ebenfalls Rückgänge um zwölf Prozent. In der beliebtesten Betriebsart, den Hotels, wurden 8,3 Prozent weniger Übernachtungen registriert.

Mehr als 85 Prozent aller Gäste kamen im Zeitraum von Januar bis November 2021 aus dem Inland. Die rund vier Millionen Gäste aus Deutschland (–13 Prozent) buchten knapp 11,47 Millionen Übernachtungen (–8,9 Prozent). Die Besucherinnen und Besucher aus dem Ausland sowie deren Übernachtungen lagen jeweils 22 Prozent unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

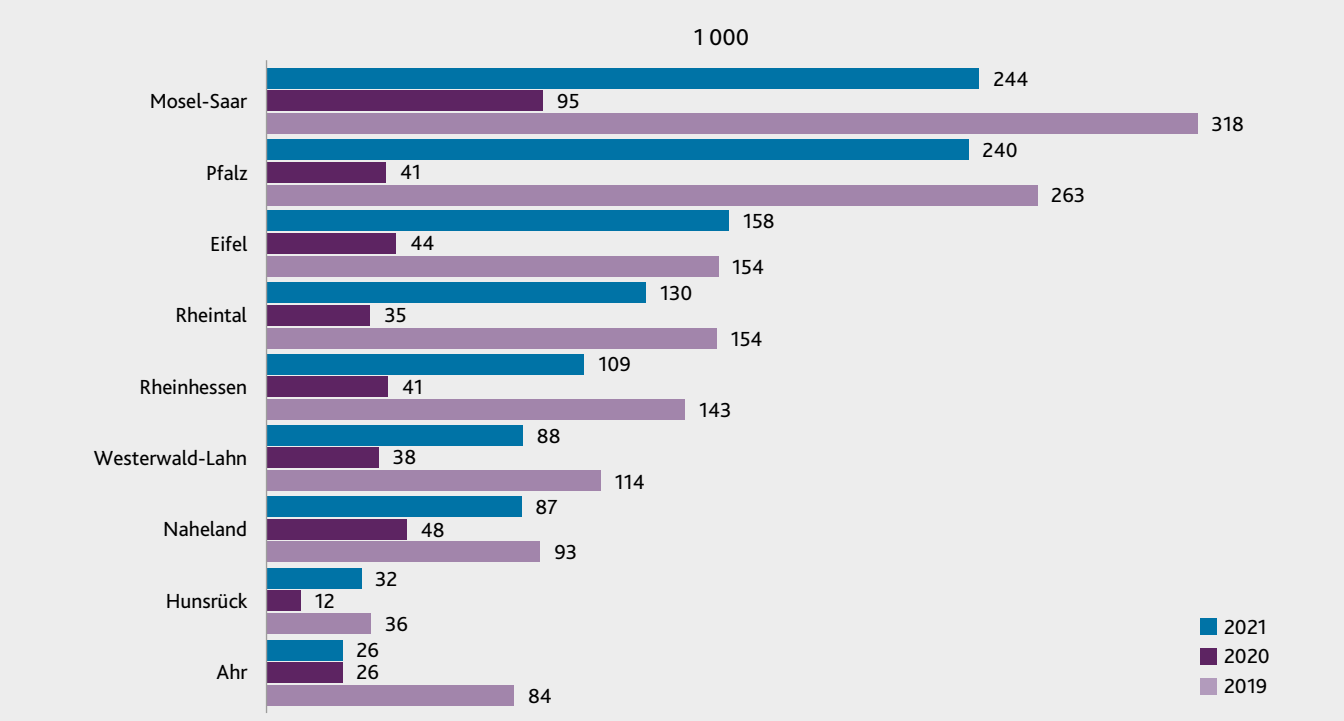
Knapp 1,4 Millionen Tonnen Zuckerrübenernte 2021 erwartet

Für das Jahr 2021 zeichnet sich im Zuckerrübenanbau ein neuer Rekordertrag ab. Wie anhand vorläufiger Ergebnisse ermittelt, wurden durchschnittlich 84,2 Tonnen Zuckerrüben je Hektar geerntet (+43 Prozent im Vergleich zum durch Trockenheit geprägten Vorjahr). Damit liegt das Ertragsniveau knapp 20 Prozent über dem sechsjährigen Durchschnitt 2015 bis 2020.

Im vergangenen Jahr wurden auf gut 16 100 Hektar Zuckerrüben angebaut, vor allem in Rheinhessen und der Pfalz. Die Erntemenge lag bei knapp 1,4 Millionen Tonnen. Im Vergleich zum sechsjährigen Mittelwert 2015 bis 2020 entspricht dies einem Plus von 9,5 Prozent.

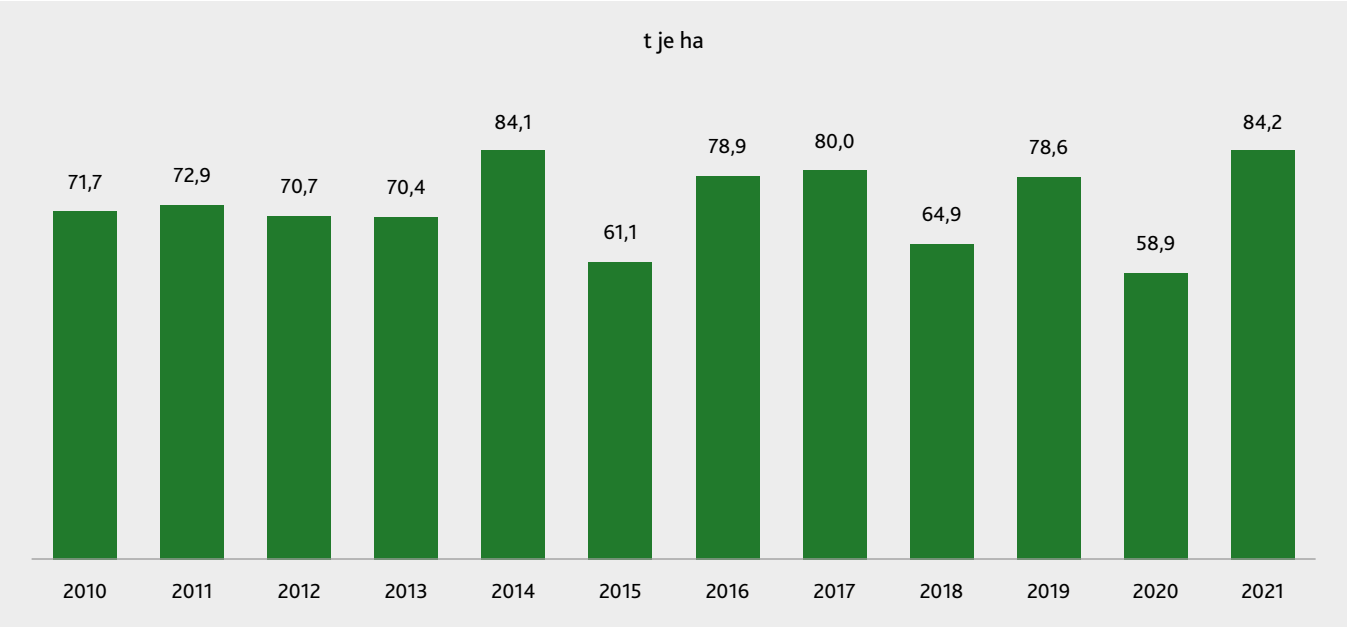
Neben dem Massenertrag spielt der Zuckergehalt in den Rüben eine ent-

Übernachtungen im November 2019–2021[1] nach Tourismusregionen



1 Vorläufiges Ergebnis.

Zuckerrübenernte 2010–2021



scheidende Rolle. Er wird von der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker (WVZ) mit durchschnittlich 17,5 Prozent angegeben (–0,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr).[1] Kleinräumig variierte in Rheinland-Pfalz der Zuckergehalt vornehmlich aufgrund von Krankheitsdruck mit einem Nord-Süd-Gefälle deutlich.

Die Witterungsverhältnisse im Frühjahr 2021 ermöglichten eine relativ frühe Aussaat. Die darauffolgende, relativ kühle Witterung hemmte die Jungpflanzenentwicklung. Spätfröste führten mancherorts zu Umbrüchen mit anschließender Neuaussaat. Die sehr guten Wachstumsbedingungen im Spätsommer und Herbst mit ausreichender Wasserversorgung waren ausschlaggebend für das erzielte Ergebnis.

Betriebe mit bewirtschafteter Fläche kleiner fünf Hektar erstmals nicht mehr größte Betriebsgruppe

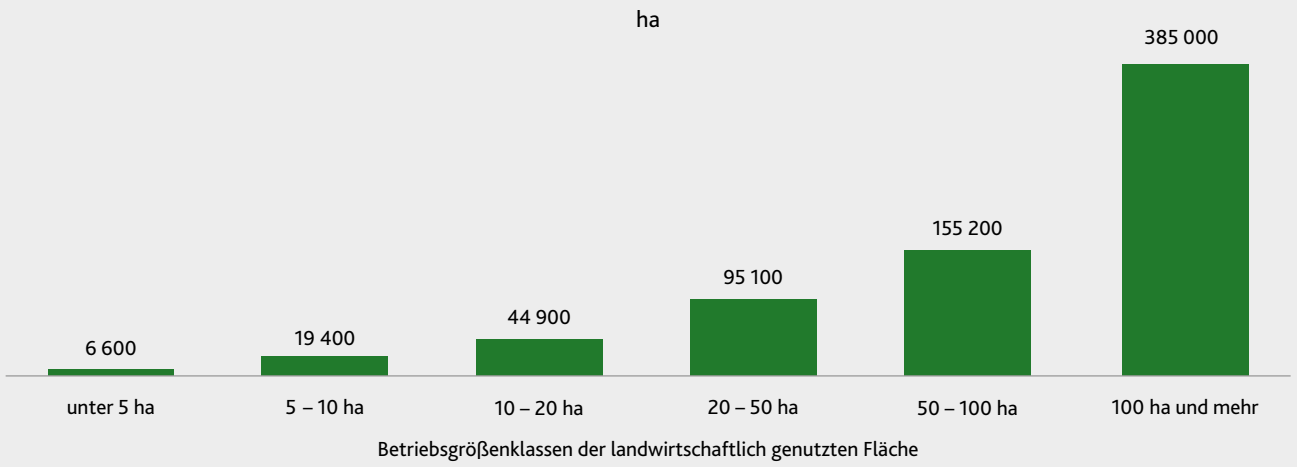
Im Jahr 2021 bewirtschafteten rund 15 900 landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz 706 200 Hektar Fläche. Die Zahl der Betriebe bewegt sich nahezu auf Vorjahresniveau. Gegenüber 2010 nahm die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um knapp 23 Prozent ab (–4 600).

Langfristig halbierte sich die Zahl der Betriebe in der Vergangenheit etwa alle 20 Jahre. Gegenüber 1999, als noch 35 500 auskunftspflichtige Betriebe gezählt wurden, ergibt sich ein Minus von 55 Prozent. In Deutschland bewirtschafteten 2021 insgesamt 256 900 Betriebe 16,6 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche.

Gegenüber 2010 veränderte sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt nur leicht. Durch den langfristigen Rückgang landwirtschaftlicher Betriebe erhöhte sich die durchschnittlich bewirtschaftete Fläche je Betrieb in Rheinland-Pfalz seit 2010 um zehn auf aktuell 44 Hektar. Zum Vergleich: Die bundesdeutsche Betriebsgröße 2021 liegt bei knapp 65 Hektar. Rheinland-Pfalz rangiert damit im Vergleich der Flächenländer im unteren Drittel. Die im Vergleich mit den westdeutschen Flächenländern geringe Fläche je Betrieb ist hauptsächlich auf die hohe Anzahl der Weinbaubetriebe in Rheinland-Pfalz zurückzuführen.

1 Die Wirtschaftliche Vereinigung Zucker (WVZ): Dritte Ernte- und Erzeugungsschätzung 2021. Pressemitteilung vom 15. Januar 2021.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2021[1] nach Betriebsgrößenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche



1 Stichprobenerhebung.

Die langfristige Tendenz hin zu Betrieben mit größerer Flächenausstattung hält an. Von 1999 bis 2021 stieg die Betriebszahl in der Größenklasse von 100 und mehr Hektar bewirtschafteter Fläche um gut 74 Prozent auf knapp 2 200 an. Am stärksten ging die Zahl der Betriebe mit weniger als fünf Hektar bewirtschafteter Fläche zurück (–12 400). Sie stellten 2021 mit einem Anteil von 18,6 Prozent erstmals nicht mehr die größte Betriebsgruppe dar. Bundesweit beträgt der Anteil dieser Betriebe knapp sieben Prozent. Auf die Größenklasse von zehn bis 20 Hektar entfielen 19,3 Prozent der Betriebe. Deutschlandweit ist die Größenklasse von 20 bis 50 Hektar mit gut 23 Prozent am stärksten besetzt.

Mehr als 4,1 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner

Am Jahresende 2021 lebten in Rheinland-Pfalz rund 4 105 000 Menschen. Dies ist die höchste Zahl in der fast 75-jährigen Landesgeschichte. Nach einer vorläufigen Schätzung stieg die Einwohnerzahl damit zum zehnten Mal in Folge. Der Bevölkerungszuwachs fiel mit annähernd 7 600 Personen etwas höher aus als im Jahr 2020.

Wie in den Jahren zuvor geht der Anstieg auf die räumliche Bevölkerungsbewegung zurück; d. h., es zogen deutlich mehr Menschen nach Rheinland-Pfalz zu als das Land verließen. Dieser Wanderungsüberschuss belief sich auf schätzungsweise rund 19 400. Die natürliche Bevölkerungsbewegung weist – sicherlich auch aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie – erneut ein deutliches Defizit aus. Die Zahl der im gesamten Jahresverlauf Gestorbenen dürfte mit schätzungsweise mehr als 50 300 um rund 11 800 über der Zahl der Geborenen von rund 38 500 gelegen haben.

Die Schätzung der aktuellen Bevölkerungszahl basiert auf den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung sowie Bestandsdaten der rheinland-pfälzischen Meldebehörden, die Angaben zum Geschlecht, zum Alter sowie zur Staatsangehörigkeit der Einwohner beinhalten. Differenziertere Auswertungen zu den Zu- und Fortzügen sowie zu den Geburten und Sterbefällen, mit denen der Bevölkerungsstand amtlich fortgeschrieben wird, liegen in einigen Monaten vor.

Nach vorläufigen Ergebnissen stieg die Zahl der in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländerinnen und Ausländer gegenüber dem 31. Dezember 2020 um annähernd 16 600 und gegenüber der jüngsten Volkszählung, dem Zensus 2011, um fast 228 700 auf etwa 500 700. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil von mehr als zwölf Prozent. Annähernd jeder achte Rheinland-Pfälzer verfügt somit nicht über

die deutsche Staatsangehörigkeit. Der Ausländeranteil wuchs im Vergleich zum Ende des Jahres 2020 um 0,4 Prozentpunkte und gegenüber der Volkszählung vom 9. Mai 2011 um 5,4 Prozentpunkte.

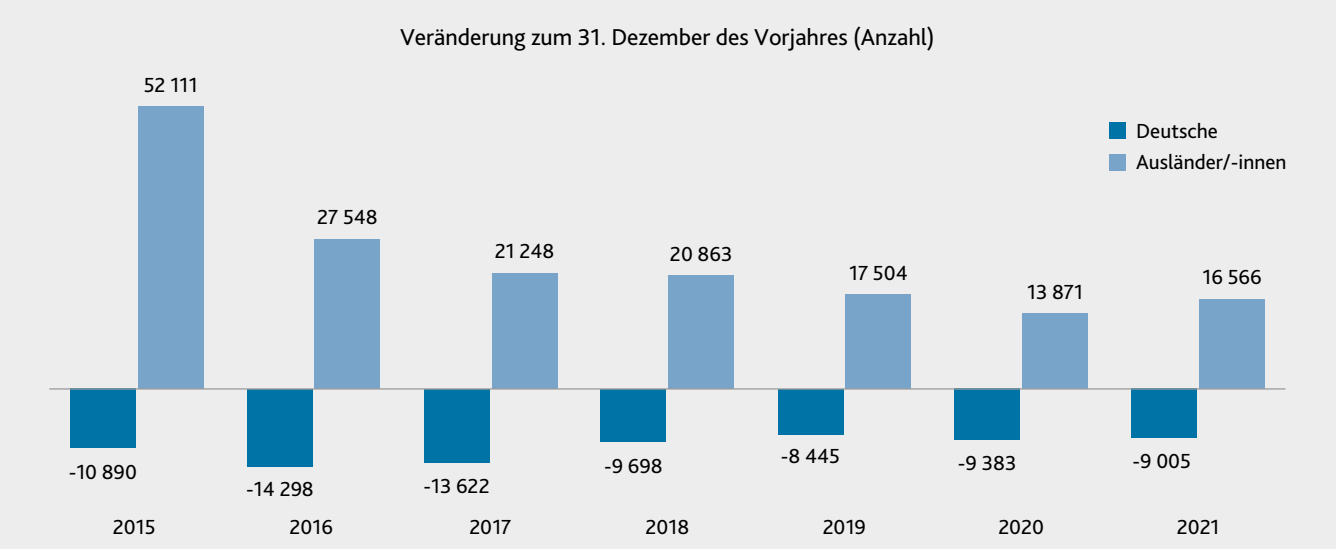
Die steigende Lebenserwartung und die vergleichsweise niedrigen Geburtenzahlen der vergangenen Jahrzehnte tragen dazu bei, dass sich die Altersstruktur kontinuierlich wandelt. Aktuell haben rund 754 700 Personen in Rheinland-Pfalz das zwanzigste Lebensjahr noch nicht erreicht. Das sind 2 300 bzw. 0,3 Prozent weniger als zum Stichtag des Zensus im Mai 2011. Rund 2 110 800 Personen waren zum zurückliegenden Jahreswechsel 20 bis 59 Jahre alt. Die Gruppe dieser potenziell Erwerbstätigen verringerte sich seit der letzten Volkszählung um rund 71 000 bzw. 3,3 Prozent. Die Zahl der 60-Jährigen und Älteren stieg deutlich auf etwa 1 240 500. Am 9. Mai 2011 zählten zu dieser Altersgruppe noch 189 500 Personen weniger. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der 60-Jährigen und Älteren seitdem um 18 Prozent. Allein im vergangenen Jahr stieg ihre Zahl um 22 200 bzw. 1,8 Prozent.

Die Einwohnerzahl stieg seit dem Zensus 2011 in den kreisfreien Städten stärker als in den Landkreisen. Während sich der Bevölkerungsstand bis Ende 2021 in den kreisfreien Städten um schätzungsweise 5,6 Prozent bzw. 56 400 Personen erhöhte, lag der Bevölkerungszuwachs in den Landkreisen bei annähernd zwei Prozent bzw. 59 700 Personen.

Die Bevölkerung wuchs in den Städten Ludwigshafen am Rhein und Mainz gegenüber dem Zensusstichtag 2011 am stärksten (+9 bzw. +8,5 Prozent). In den kreisfreien Städten Zweibrücken und Pirmasens verringerte sie sich geringfügig (–0,4 bzw. –1,9 Prozent). 16 der 24 Landkreise verzeichneten leichte Zugewinne, acht mussten Einwohnerverluste hinnehmen. In den Landkreisen Mainz-Bingen, Trier-Saarburg sowie im Rhein-Pfalz-Kreis, Eifelkreis Bitburg-Prüm und Kreis Alzey-Worms nahm die Einwohnerzahl im Vergleich der Landkreise mit jeweils mehr als fünf Prozent am stärksten zu. Die Kreise Kusel und Südwestpfalz verzeichneten gegenüber 2011 die deutlichsten Rückgänge (–4 bzw. –3,7 Prozent).

Wegen der Flutkatastrophe vom 14. auf den 15. Juli 2021 verringerte sich im vergangenen halben Jahr in den unmittelbar von den Zerstörungen betroffenen Gemeinden die Bevölkerung zum Teil deutlich. Alleine für die Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler ergibt sich ein Minus von inzwischen

Bevölkerungsentwicklung 2015–2021[1] nach Staatsangehörigkeit



1 2021 vorläufige Schätzwerte.

1 921 Personen (–6,6 Prozent). Relativ gesehen nahm die Bevölkerung im Katastrophengebiet in den Gemeinden Dernau (–16 Prozent), Altenahr (–14,5 Prozent), Dorsel (–13 Prozent) und Mayschoß (–9,8 Prozent) am stärksten ab.

Die Zahlen ermöglichen keine Aussage darüber, ob es sich um temporäre oder um dauerhafte Fortzüge handelt. Die langfristigen Auswirkungen der Flut auf die Einwohnerzahlen lassen sich daher zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen.

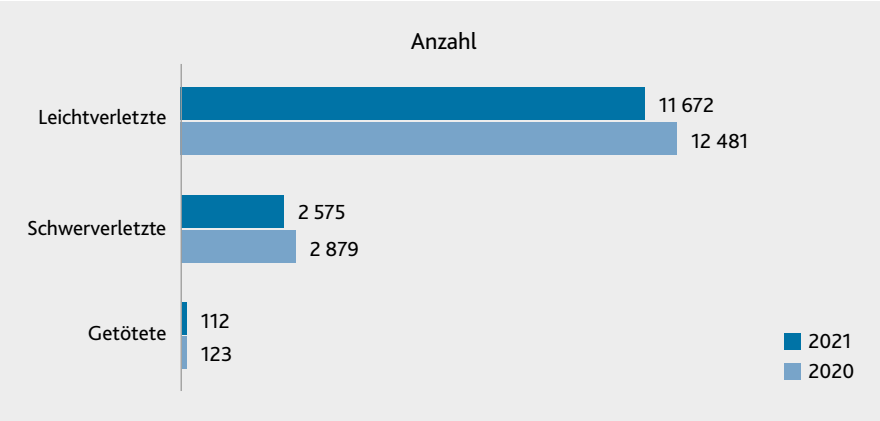
Unfallzahlen nahezu auf Vorjahresniveau

Von Januar bis November 2021 starben insgesamt 112 Personen in Rheinland-Pfalz infolge von Straßenverkehrsunfällen. Das waren elf Todesopfer weniger als im Vorjahreszeitraum.

Die Zahl der Schwerverletzten reduzierte sich gegenüber Januar bis November 2020 um elf Prozent auf 2 575, die der Leichtverletzten um 6,5 Prozent auf 11 672.

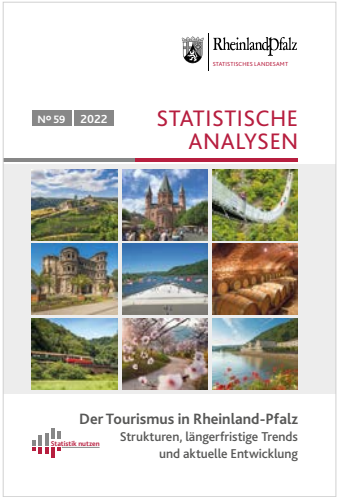
Insgesamt registrierte die Polizei 2021 in den ersten elf Monaten 114 860 Straßenverkehrsunfälle (+0,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum). Bei 103 512 Unfällen entstand nur Sachschaden; dies waren 1,5 Prozent mehr als 2020.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis November 2020 und 2021



Aus der amtlichen Statistik

Neue Analyse zeigt die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Tourismus in Rheinland-Pfalz



Der Tourismus gehört zu den Branchen, die von der Corona-Pandemie besonders hart getroffen wurden. Dies zeigt eine neue Analyse zum Beherbergungsmarkt in Rheinland-Pfalz. Die Publikation „Der Tourismus in Rheinland-Pfalz – Strukturen, längerfristige Trends und aktuelle Entwicklung" bietet einen Überblick über die Entwicklung der touristischen Nachfrage und des touristischen Angebots in den Jahren vor Corona und macht den massiven Einschnitt sichtbar, den die Pandemie in der Beherbergungsbranche verursacht hat.

Ein Vergleich der Bundesländer offenbart große Unterschiede in der Entwicklung der Gäste- und Übernachtungszahlen. Vom Tourismusboom der 2010er-Jahre profitierte Rheinland-Pfalz nur unterdurchschnittlich. Während die Zahl der Gästeankünfte hierzulande von 2010 bis 2019 um 19 Prozent stieg und die der Übernachtungen um zwölf Prozent zulegte, gab es im Bundesdurchschnitt weit höhere Zuwächse (Gäste: +36 Prozent; Übernachtungen: +30 Prozent). Vor allem die Stadtstaaten zogen deutlich mehr Touristen an. Den Spitzenplatz belegte Hamburg mit 61 Prozent mehr Gästeankünften und einem Übernachtungsplus von 72 Prozent.

Der Ausbruch der Corona-Pandemie hat die Verhältnisse im Tourismus auf den Kopf gestellt. Die Bundesländer, die vor der Pandemie zu den Gewinnern zählten, wurden 2020 zu den größten Verlierern. Am härtesten traf es Berlin – dort brachen die Gästeankünfte gegenüber 2019 um 65 Prozent und die Übernachtungszahlen um 64 Prozent ein. Die geringsten Einbußen verbuchten die klassischen Urlaubsländer Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein; dort lagen die Übernachtungsrückgänge jeweils unter 20 Prozent. In Rheinland-Pfalz fiel der Einbruch ebenfalls schwächer aus als in den meisten anderen Bundesländern; das Land belegt mit einem Minus von 40 Prozent bei den Gästeankünften und 33 Prozent bei den Übernachtungen Rang fünf im Bundesländervergleich.

Kam Rheinland-Pfalz 2020 besser durch die Krise als viele andere Länder, war es 2021 umgekehrt. Von Januar bis September 2021 wurden in Rheinland-Pfalz 27 Prozent weniger Gäste und 20 Prozent weniger Übernachtungen gezählt als in den ersten drei Quartalen des Vorjahres. In Deutschland lagen die Gästezahlen in den ersten neun Monaten um 20 Prozent und die Übernachtungszahlen um elf Prozent unter dem Niveau von Januar bis September 2020. Im Frühsommer schlug in Rheinland-Pfalz u. a. die schwache Übernachtungsentwicklung in der Region Mosel-Saar zu Buche. Dabei spielte das Ausbleiben der Urlauberinnen und Urlauber aus den Niederlanden eine große Rolle; aber auch aus dem Inland kamen weniger Gäste in die Region. Mitte Juli wurde der Nordwesten des Landes dann von einer Flutkatastrophe bisher unbekannten Ausmaßes heimgesucht, die insbesondere in der Tourismusregion Ahr starke Schäden anrichtete und zu einem Einbruch der Übernachtungszahlen führte, der weit über die betroffene Region ausstrahlte.

Die Analyse bietet neben Informationen zur Gesamtentwicklung der Gästeankünfte und Übernachtungen detailliertere Auswertungen zu den Herkunftsländern der Gäste und zu den verschiedenen Betriebsarten. Ein weiterer Themenschwerpunkt ist das touristische Angebot, das in der Zahl der geöffneten Beherbergungsbetriebe und der angebotenen Schlafgelegenheiten zum Ausdruck kommt.

Neu gegenüber früheren Veröffentlichungen zum Tourismus ist, dass die Angaben aus der Beherbergungsstatistik durch eine Auswertung des Statistischen Unter-

nehmensregisters ergänzt werden. Diese Daten geben Auskunft über die ökonomische Situation der in Rheinland-Pfalz ansässigen Beherbergungsunternehmen. Im Jahr 2019 waren im Land 3 228 Unternehmen ansässig, die schwerpunktmäßig Beherbergungsdienstleistungen anboten. Für diese Unternehmen arbeiteten in Niederlassungen inner- und außerhalb von Rheinland-Pfalz rund 24 300 abhängig Beschäftigte. Insgesamt erwirtschafteten die im Land ansässigen Beherbergungsunternehmen Umsätze in Höhe von 1,4 Milliarden Euro. Die Statistische Analyse enthält darüber hinaus Angaben zu Unternehmens-, Beschäftigten- und Umsatzzahlen nach Unternehmensgrößenklassen, Wirtschaftszweigen und Tourismusregionen. Ergänzt wird die Analyse durch neun Regionalprofile, in denen die wichtigsten Daten zur touristischen Nachfrage und zum touristischen Angebot in den neun rheinland-pfälzischen Tourismusregionen übersichtlich dargestellt sind.

Die Veröffentlichung „Der Tourismus in Rheinland-Pfalz – Strukturen, längerfristige Trends und aktuelle Entwicklung" umfasst 132 Seiten. In der gedruckten Fassung steht die Broschüre ab Mitte Februar 2022 zum Preis von 15 Euro zur Verfügung. Als PDF-Datei kann die Veröffentlichung kostenfrei heruntergeladen werden unter:

www.statistik.rlp.de/stat_analysen/Tourismus/tourismus2021.pdf

Mikrozensus: Rund 20 000 Haushalte werden befragt

Wie viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind erwerbstätig und wie ist deren berufliche Qualifikation? Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen von Haushalten und Familien? Wie viele alleinerziehende Mütter sind erwerbstätig? Antworten auf solche häufig gestellten Fragen gibt der Mikrozensus. Die Erhebung erfolgt seit 1957 jährlich bei einem Prozent aller Haushalte in ganz Deutschland. Über das ganze Jahr 2022 verteilt werden in Rheinland-Pfalz rund 20 000 Haushalte zum Mikrozensus befragt, zum Teil zwei Mal pro Jahr.

Das Statistische Landesamt bittet die zur Befragung ausgewählten Haushalte schriftlich um Auskunft, die online oder per Papierbogen erfolgen kann. Der Präsident des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Marcel Hürter, appelliert an alle ausgewählten Haushalte, bei der Mikrozensusbefragung mitzumachen. Nur so ist gewährleistet, dass zuverlässige Ergebnisse für die vielfältigen Nutzerinnen und Nutzer der Statistik aus Politik, Wissenschaft und der interessierten Öffentlichkeit bereitgestellt werden können. Weitere Infos unter:

www.mikrozensus.rlp.de

Der Mikrozensus findet jedes Jahr statt, also auch in Jahren, in denen der Zensus durchgeführt wird. Die Erhebungen unterscheiden sich in Methodik und Fragentiefe. Der Fragenkatalog des Mikrozensus ist viel umfangreicher und enthält Fragen zu Themen, die im Zensus nicht enthalten sind, wie beispielsweise zum Einkommen und ausführliche Fragen zur Arbeitsmarktbeteiligung. Der Zensus 2022 findet zum Stichtag 15. Mai weitgehend registergestützt statt, ergänzt um Befragungen eines Teils der Bevölkerung. Infos zum Zensus gibt es unter:

www.zensus2022.de

Info

Der Mikrozensus …

- ist eine so genannte Flächenstichprobe, für die nach einem mathematischen Zufallsverfahren Adressen ausgewählt werden.
- befragt die Haushalte, die in den ausgewählten Gebäuden wohnen, bis zu vier Mal innerhalb von fünf aufeinander folgenden Jahren. Bei rund 50 Prozent der Haushalte erfolgt die zweite und vierte Befragung bereits 13 Wochen nach der ersten bzw. dritten Befragung, bei den übrigen Haushalten einmal jährlich.
- ist eine Erhebung mit gesetzlich verankerter Auskunftspflicht.

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Januar 2022

Die Preissteigerung in Rheinland-Pfalz schwächt sich zum Jahresauftakt ab. Der Verbraucherpreisindex lag im Januar 2022 um 4,8 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Ursächlich für die dennoch weiterhin hohe Teuerungsrate dürften nach wie vor die Preiserhöhungen auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen durch steigende Großhandels- und Erzeugerpreise sein. Auch die Erhöhung der CO_2-Steuer im Januar 2022 wirkt neben anderen Preiseffekten preistreibend.

Die Energiepreise waren wesentlich höher als im Vorjahresmonat (+17 Prozent). Der Grund dafür sind starke Preissteigerungen bei Mineralölprodukten (+30 Prozent): Sowohl die Preise für Heizöl (einschließlich Umlage) als auch die Kraftstoffpreise zogen spürbar an (+39 bzw. +26 Prozent). Höhere Preise gab es auch – trotz der Senkung der EEG-Umlage – bei Strom (+2,7 Prozent). Die Nahrungsmittelpreise legten um 5,2 Prozent zu. Besonders hohe Preiszuwächse gab es bei Speisefetten und -ölen sowie Gemüse (+15 bzw. +12 Prozent). Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, belief sich auf +3,2 Prozent.

Durch die Steigerung der Kraftstoffpreise wies der Bereich „Verkehr" die höchste Teuerungsrate der zwölf Abteilungen auf (+10 Prozent). Nur für Waren und Dienstleistungen aus dem Bereich „Post und Telekommunikation" sank das Preisniveau (–0,2 Prozent).

Gegenüber dem Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex um 0,2 Prozent. In neun der zwölf Abteilungen wurden Preissteigerungen beobachtet. Insbesondere für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sowie für Waren und Dienstleistungen aus dem Bereich „Verkehr" mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher tiefer in die Tasche greifen (jeweils +1,6 Prozent). Besonders günstig entwickelte sich die Abteilung „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" mit –5,6 Prozent.

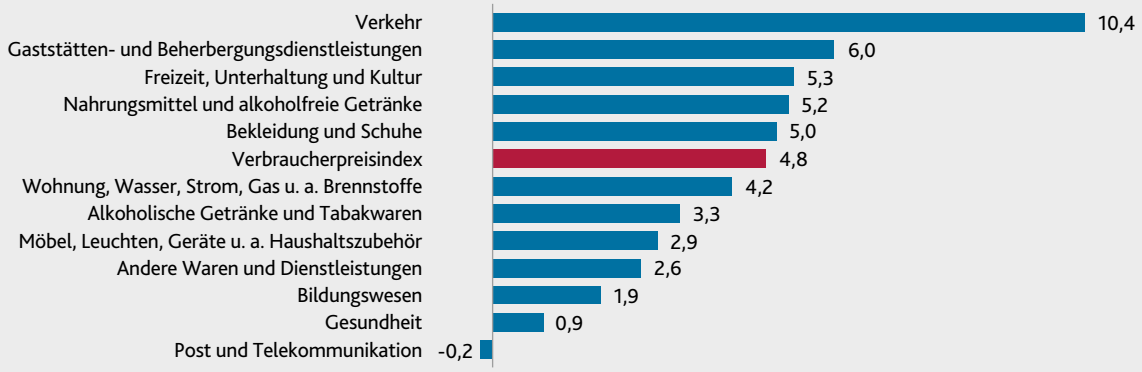
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

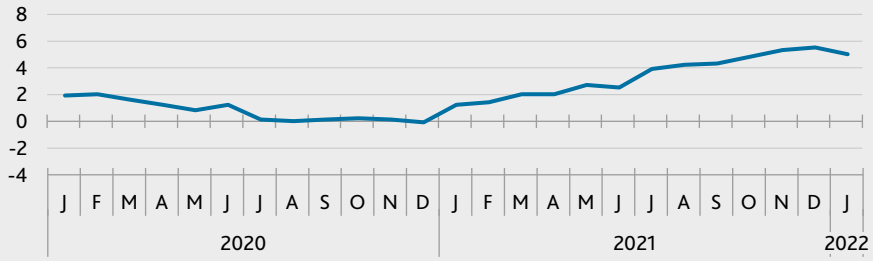
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 18 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 600 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Januar 2022

Veränderung in den Güter- und Dienstleistungsgruppen zum Vorjahresmonat in %



Veränderung zum Vorjahresmonat in %



Januar 2022

- Verbraucherpreisindex: +4,8%
- Ausgewählte Preisentwicklungen:

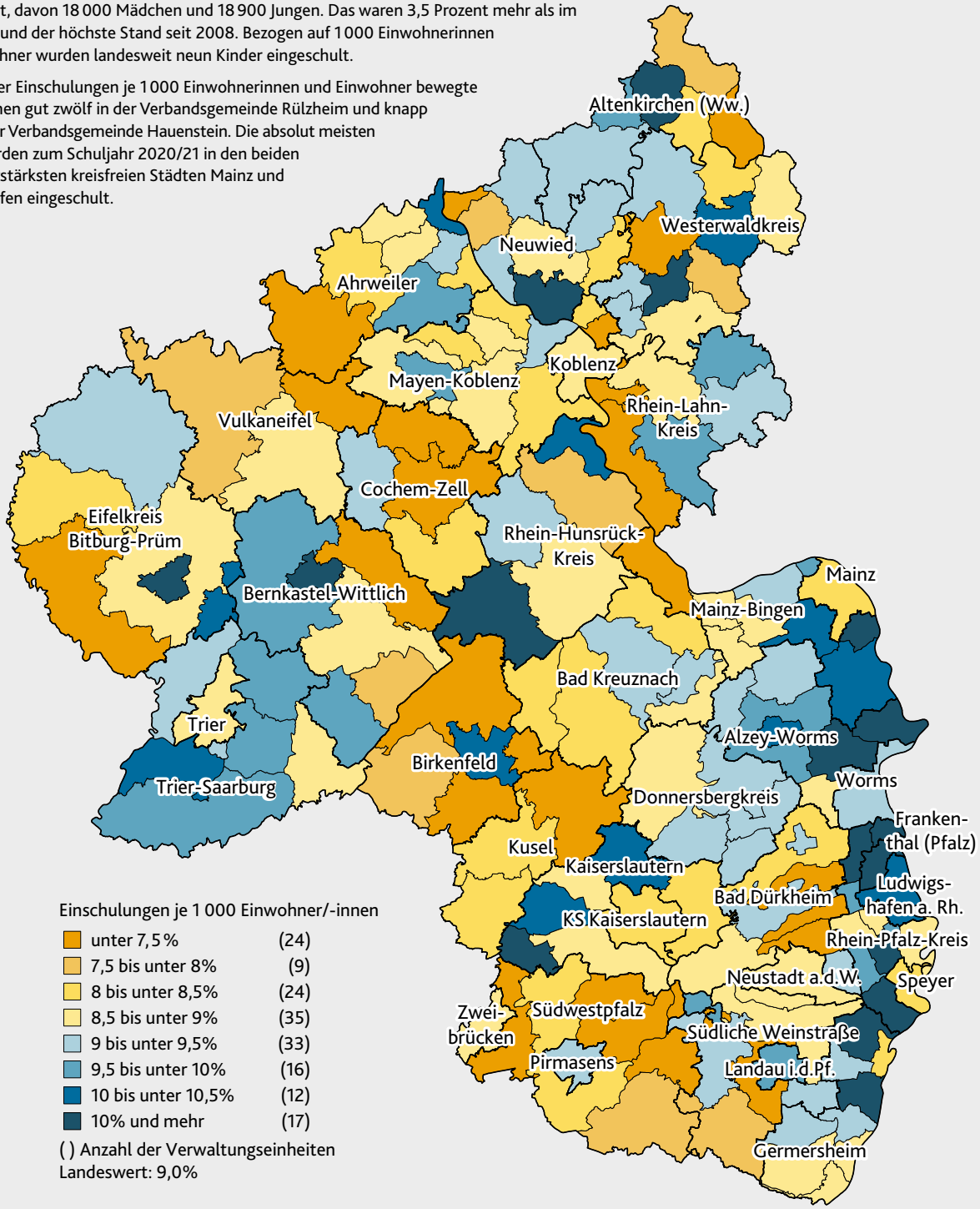
Tomaten:	+39,3%
Äpfel:	+1,9%

Einschulungen im Schuljahr 2020/21

Wieder mehr Einschulungen

Zu Beginn des Schuljahres 2020/21 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt rund 36 900 Kinder eingeschult, davon 18 000 Mädchen und 18 900 Jungen. Das waren 3,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor und der höchste Stand seit 2008. Bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden landesweit neun Kinder eingeschult.

Die Zahl der Einschulungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner bewegte sich zwischen gut zwölf in der Verbandsgemeinde Rülzheim und knapp sechs in der Verbandsgemeinde Hauenstein. Die absolut meisten Kinder wurden zum Schuljahr 2020/21 in den beiden einwohnerstärksten kreisfreien Städten Mainz und Ludwigshafen eingeschult.



Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021

Teuerungsrate steigt auf +3,1 Prozent

Von Diane Dammers

Die Verbraucherpreise stiegen 2021 wesentlich stärker als in den Jahren zuvor. Im Jahresdurchschnitt war der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz, der als Indikator für die gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung verwendet wird, um 3,1 Prozent höher als 2020. Außergewöhnlich ist auch, dass die Teuerung im Jahresverlauf massiv anzog: Lag die Inflationsrate am Anfang des Jahres mit +1 Prozent noch weit unter der für die Geldpolitik bedeutsamen Zwei-Prozent-Marke, erreichte sie im Dezember mit +5,3 Prozent ihren höchsten Stand im Jahresverlauf und seit Beginn der Zeitreihe 1995. Dieser Beitrag zur Entwicklung der Verbraucherpreise ist ein Auszug aus der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021", die am 30. März veröffentlicht wird und über die wirtschaftliche Lage im zweiten Corona-Jahr 2021 berichtet.

Teuerung erstmals seit 2012 über der Zwei-Prozent-Marke

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz: +3,1 Prozent

Die Verbraucherpreise stiegen 2021 um 3,1 Prozent. Damit lag die jahresdurchschnittliche Inflationsrate erstmals seit 2012 über der Zwei-Prozent-Marke. Zugleich war dies die stärkste Teuerung seit Beginn der Zeitreihe des Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz im Jahr 1995. Die Inflationsrate war mehr als doppelt so hoch wie im langjährigen Durchschnitt – seit Einführung des Euro-Bargeldes am 1. Januar 2002 erhöhten sich die Verbraucherpreise jährlich im Schnitt nur um 1,4 Prozent. Im Jahr 2020 hatte die Teuerungsrate mit +0,6 Prozent noch deutlich unter der Zwei-Prozent-Marke und dem langjährigen Durchschnittswert gelegen.

Teuerungsrate in Deutschland ebenfalls bei +3,1 Prozent

Die Preisentwicklung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland verläuft in der Regel sehr ähnlich. Im Jahr 2021 betrug die Inflationsrate in Deutschland ebenfalls +3,1 Prozent. Eine höhere Rate wurde zuletzt vor fast 30 Jahren gemessen – in der Endphase des Wiedervereinigungsbooms 1993 belief sie sich auf +4,5 Prozent.

Inflationsrate erreicht im Dezember ihren Höchststand

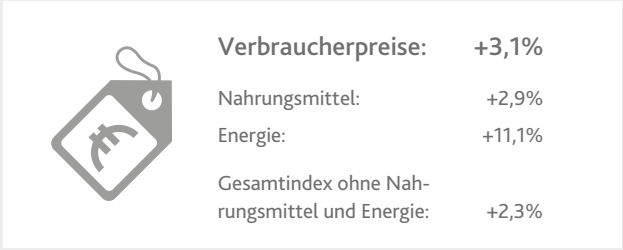
Im Verlauf des Jahres 2021 zog die Teuerung außergewöhnlich stark an. Am Jahresbeginn waren die Preissteigerungen noch sehr moderat: Im Januar 2021 lagen die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz nur um ein Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats und im Februar waren sie 1,2 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Im März und im April betrug die Inflationsrate +1,8 Prozent. Im Mai überschritt sie mit +2,5 Prozent bereits deutlich die

Anstieg im Jahresverlauf

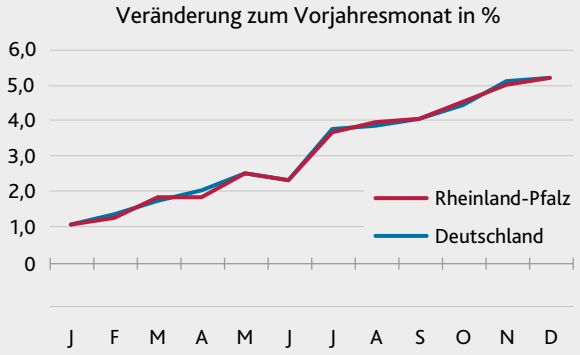
Zwei-Prozent-Marke. Nach +2,3 Prozent im Juni schnellte die Teuerungsrate im Juli auf +3,7 Prozent hoch. Im August erreichte sie die Vier-Prozent-Marke, und im November wurde die Fünf-Prozent-Marke überschritten. Die stärkste Teuerung wurde im Dezember gemessen, als der Verbraucherpreisindex um 5,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats lag.

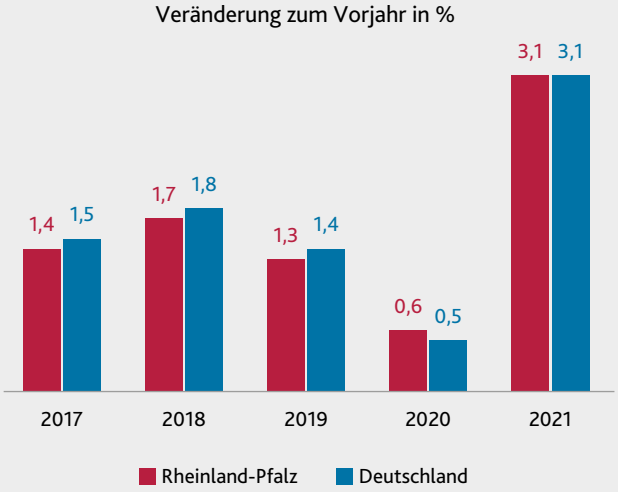
Stärkste Teuerung im Dezember

G1 Verbraucherpreise 2021



Verbraucherpreise:	**+3,1%**
Nahrungsmittel:	+2,9%
Energie:	+11,1%
Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie:	+2,3%





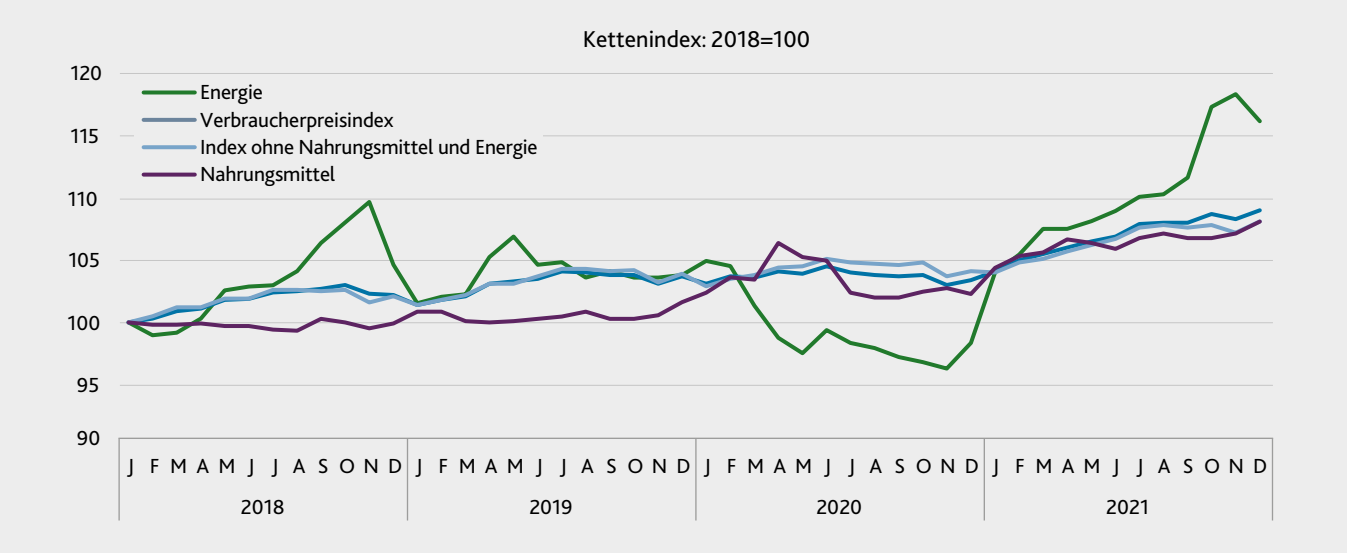
Ausgewählte Preisentwicklungen 2020:

Molkereiprodukte und Eier:	+4,3%
Speisefette und -öle:	+4,1%
Kraftfahrer-Preisindex:	+8,7%

Mehrwertsteuersenkung 2020 hat auch 2021 Auswirkungen auf die Teuerungsrate

Im Rahmen des vom Bundeskabinett am 12. Juni 2020 beschlossenen Konjunkturpakets wurde vom 1. Juli bis 31. Dezember 2020 der reguläre Mehrwertsteuersatz von 19 auf 16 Prozent sowie der ermäßigte Steuersatz von sieben auf fünf Prozent gesenkt. Die Auswirkungen der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung auf die Verbraucherpreise lassen sich nicht genau abschätzen, da die Unternehmen nicht verpflichtet waren, die Steuersenkung an die Kundinnen und Kunden weiterzugeben und die Preisentwicklung gleichzeitig auch von vielen anderen Faktoren beeinflusst wurde. Es ist jedoch davon auszugehen, dass das Preisniveau in vielen Abteilungen des Verbraucherpreisindex im zweiten Halbjahr 2020 niedriger war als dies ohne Mehrwertsteuersenkung der Fall gewesen wäre. Im Jahr 2021 kommt es dadurch im zweiten Halbjahr zu einem statistischen Basiseffekt, da 2021 wieder die regulären Mehrwertsteuersätze galten. Von Juli bis Dezember 2021 wurden die aktuellen Preise einschließlich der regulären Mehrwertsteuer mit den durch die Steuersenkung tendenziell niedrigeren Preisen des Vorjahres verglichen. Die so berechneten Preissteigerungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat dürften daher in den Monaten Juli bis Dezember 2021 höher gewesen sein, als sie es ohne die Steuersenkung im Vorjahr gewesen wären.

G2 Verbraucherpreise 2018–2021 nach Monaten



Mehrwertsteuersenkung 2020 führt im Jahr 2021 zu statistischem Basiseffekt

Der Anstieg der Inflation hat verschiedene Ursachen. Die sprunghafte Erhöhung der Teuerungsrate in der Jahresmitte hängt mit einem statistischen Basiseffekt aufgrund der temporären Absenkung der Mehrwertsteuersätze in der zweiten Jahreshälfte 2020 zusammen. Dieser Basiseffekt verstärkte in den Monaten Juli bis Dezember 2021 die Teuerung. Genau beziffern lässt sich dieser Effekt jedoch nicht, da zugleich zahlreiche andere Faktoren die Preisentwicklung beeinflussten.

Energiepreise steigen um elf Prozent

Die Entwicklung der Energiepreise hatte ebenfalls spürbare Auswirkungen auf den Verbraucherpreisindex. Energie war 2021 im Jahresdurchschnitt elf Prozent teurer als im Vorjahr. Auch hier ist ein statistischer Basiseffekt für einen Teil der Preissteigerungen verantwortlich: Mit der Ausbreitung des Coronavirus sank im Frühjahr 2020 weltweit die Nachfrage nach Energie, was insbesondere bei Mineralölprodukten einen starken Preisverfall zur Folge hatte. Entsprechend gingen auch die Energiepreise zurück und erreichten in Rheinland-Pfalz im November 2020 ihren tiefsten Stand im Jahresverlauf.

Preisanstieg von verschiedenen Faktoren beeinflusst

Die starken Preiserhöhungen, die 2021 im Vergleich zum Vorjahr zu beobachten waren, sind also zum Teil durch die außergewöhnlich niedrigen Energiepreise 2020 zu erklären. Allerdings stiegen die Preise im Verlauf des Jahres 2021 weit über das Niveau der vergangenen Jahre hinaus. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte die erhöhte Energienachfrage sein. Auf den pandemiebedingten Einbruch der globalen Industrieproduktion 2020 folgte 2021 eine rasche Erholung, die den Energiebedarf weltweit steigen ließ. Darüber hinaus wirkten weitere Faktoren preistreibend. So trug die ab Januar 2021 in Deutschland neu eingeführte CO_2-Abgabe, die den Verbrauch von Brennstoffen aus fossilen Quellen wie Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas verteuert, zum Anstieg der Energiepreise bei. Zudem könnte das weltpolitische Klima, z. B. durch die Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine, die Entwicklung der Energiepreise beeinflusst haben.

Für Nahrungsmittel mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher 2021 ebenfalls

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Preiserhebung

Die Corona-Pandemie stellte die Verbraucherpreisstatistik vor neue Herausforderungen. Üblicherweise werden viele Einzelpreise, die in den Verbraucherpreisindex einfließen, vor Ort in den Geschäften erhoben. Vor allem in Phasen mit erhöhtem Infektionsgeschehen war das Erhebungsgeschäft z. B. durch eingeschränkten Zugang zu Ladenlokalen, Angebotseinschränkungen oder Geschäftsschließungen beeinträchtigt. Dies galt im besonderen Maße für den Anfang der Pandemie, aber auch 2021 gab es zeitweise Einschränkungen, die einzelne Teilbereiche des Verbraucherpreisindex betrafen. Zwar gelang es zum Teil, die Lücken in den Preisreihen durch den Umstieg auf alternative Erhebungsmethoden (z. B. Internetrecherchen, Web Scraping, Auswertung von Scannerdaten) zu schließen, vielfach musste die Preisentwicklung jedoch mittels unterschiedlicher Imputationsverfahren geschätzt werden.[1]

1 Für detailliertere Informationen siehe Mai, C.-M./Kretzschmar, M.: Inflationsmessung in Zeiten der Corona-Pandemie. In: Wirtschaft und Statistik 4/2020, S. 107-121.

Nahrungsmittelpreise steigen um 2,9 Prozent

deutlich mehr bezahlen als im Jahr zuvor (+2,9 Prozent). Diese Preissteigerungen sind aber nur zum Teil auf den Wegfall der temporären Mehrwertsteuersenkung zurückzuführen. Bereits seit Ende 2019 ist ein Trend zu steigenden Nahrungsmittelpreisen erkennbar, der sich 2021 weiter fortsetzte. In den letzten Monaten könnte dies u. a. mit der Preisentwicklung bei landwirtschaftlichen Produkten zusammenhängen. Der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte für Deutschland lag im Dezember 2021 um 22 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats; das war der höchste Anstieg seit Juli 2011.

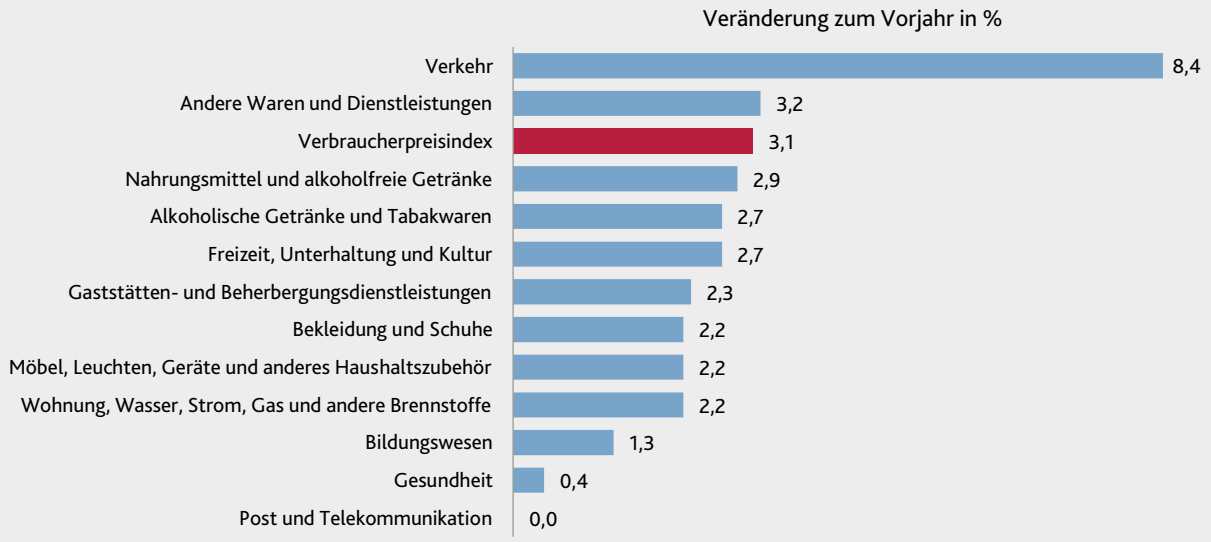
Kerninflationsrate im Jahresdurchschnitt bei +2,3 Prozent

Die Preise für Nahrungsmittel und Energie schwanken stark. Um längerfristige Trends bei der Preisentwicklung zu erkennen, wird daher die Veränderung des „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie" betrachtet, die auch als Kerninflation bezeichnet wird. Im Jahresdurchschnitt lag die Kerninflationsrate 2021 bei +2,3 Prozent (Deutschland: ebenfalls +2,3 Prozent). Sie war damit deutlich höher als im Vorjahr; 2020 stieg der Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie um 0,9 Prozent. Aber auch im längerfristigen Vergleich erreichte die Kerninflation ein außergewöhnlich hohes Niveau. Dies zeigt, dass sich die Preissteigerungen nicht auf einzelne, schwankungsanfällige Teilbereiche des Verbraucherpreisindex beschränken, sondern sich auf ein breites Gütersortiment erstrecken. Allerdings ist auch der Anstieg der Kerninflation teilweise auf die Rücknahme der temporären Mehrwertsteuersenkung zurückzuführen.

Starke Preissteigerungen bei Vorprodukten

Andere Faktoren dürften ebenfalls zur Beschleunigung der Inflation beigetragen haben. Ein Grund für Preiserhöhungen könnte die Weitergabe von Kostensteigerungen durch die Unternehmen an die Verbraucherinnen und Verbraucher sein. Die Preise auf vorgelagerten Produktionsstufen zogen aufgrund von Lieferengpässen sowie höheren Energie- und Rohstoffpreisen in den vergangenen Monaten stark an, was für die Unternehmen den Einkauf von Vorprodukten spürbar verteuerte. Im Jahresdurchschnitt lagen die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte in Deutschland 2021 um knapp elf Prozent über dem Vorjahresniveau; das war der stärkste Anstieg seit 1974. Außerdem bestehen bei

G3 Verbraucherpreise 2021 nach Waren- und Dienstleistungsgruppen



zahlreichen Dienstleistungen weiterhin pandemiebedingte Hygieneauflagen, die bei den Anbietern die Kosten in die Höhe treiben.

Preise in der Abteilung „Verkehr" steigen massiv

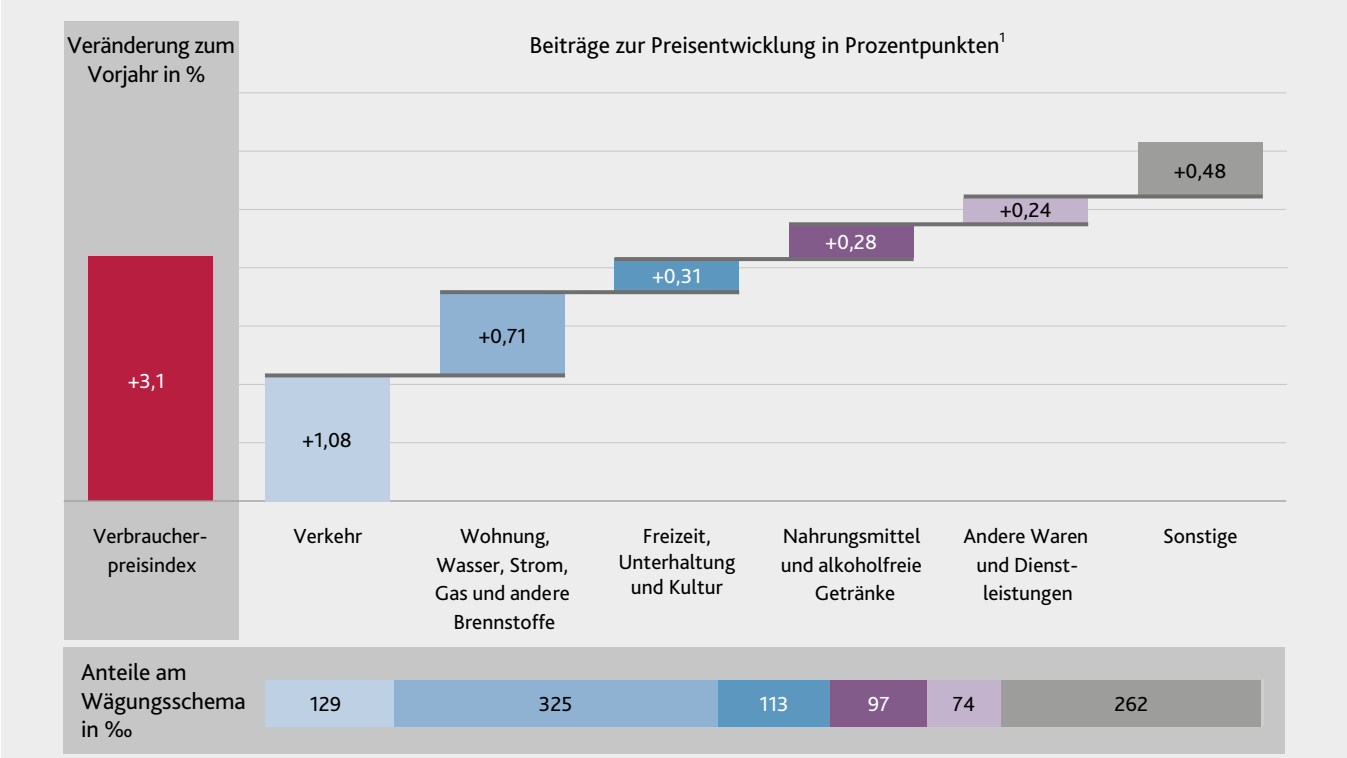
Waren und Dienstleistungen rund um die Mobilität: +8,4 Prozent

In elf der zwölf Abteilungen des Verbraucherpreisindex stieg 2021 das Preisniveau. Besonders massive Preiserhöhungen gab es in der Abteilung „Verkehr". Waren und Dienstleistungen rund um die Mobilität waren 8,4 Prozent teurer als 2020. Wie sich die Preisentwicklung in einer Abteilung auf den Gesamtindex auswirkt, hängt neben der prozentualen Preisveränderung auch davon ab, welchen Anteil die Güter aus dieser Abteilung am gesamten Warenkorb haben, der dem Verbraucherpreisindex zugrunde liegt. Die Preisentwicklung in der Abteilung „Verkehr" trug allein 1,08 Prozentpunkte, also etwa ein Drittel, zur jahresdurchschnittlichen Teuerungsrate von +3,1 Prozent bei. Dabei schlug insbesondere der Anstieg der Kraftstoffpreise zu Buche, die 23 Prozent höher waren als 2020. Verbraucherinnen und Verbraucher, die ein neues Auto benötigten, mussten beim Kauf ebenfalls tiefer in die Tasche greifen. Die Preise für Pkw legten um 4,4 Prozent zu. Der Kraftfahrer-Preisindex, der die Preisentwicklung bei Kraftfahrzeugen sowie bei den für ihren Betrieb notwendigen Waren und Dienstleistungen zusammenfasst, erhöhte sich um 8,7 Prozent. Etwas günstiger wurde hingegen die Personenbeförderung im Schienenverkehr (–1,3 Prozent), da die Preise für Bahnfahrten im Fernverkehr sanken.

Andere Waren und Dienstleistungen: +3,2 Prozent

Die Preise für „Andere Waren und Dienstleistungen" stiegen 2021 mit +3,2 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich. Zur Gesamtteuerung trug dieser Bereich 0,24 Prozentpunkte bei. Die Abteilung „Andere Waren und Dienstleistungen" ist sehr heterogen; sie umfasst u. a. Waren und Dienstleistungen für die Körperpflege, Dienstleistungen sozialer Einrichtungen sowie Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Die Preise für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen zogen deutlich an (+5,1 Prozent); die stärks-

G4 Beiträge ausgewählter Abteilungen des Verbraucherpreisindex zur Preisentwicklung 2021



1 Die Summe der Beiträge der Abteilungen zur Preisentwicklung weicht durch Rundung von der Gesamtentwicklung des Index ab.

ten Preissteigerungen gab es bei der stationären und ambulanten Pflege gesetzlich Versicherter. Aber auch „Friseurleistungen und andere Dienstleistungen für Körperpflege" wurden spürbar teurer (+3,2 Prozent). Ebenfalls um 3,2 Prozent stiegen die Preise für „Versicherungsdienstleistungen für die Gesundheit", was auf die kräftigen Beitragserhöhungen der privaten Krankenversicherungen zurückzuführen ist.

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke: +2,9 Prozent

An dritter Stelle folgten Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke mit einem Preisanstieg um 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Besonders stark verteuerten sich Molkereiprodukte und Eier (+4,3 Prozent). Dazu trugen u. a. kräftige Preiserhöhungen bei Eiern (+7,4 Prozent) und Quark (+6,8 Prozent) bei. Auch für Speisefette und -öle mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher deutlich mehr bezahlen als im Jahr zuvor (+4,1 Prozent). Aufgrund der größeren Verbrauchsbedeutung schlugen jedoch die Preiserhöhungen bei Brot und Getreideerzeugnissen (+3,1 Prozent) sowie bei Fleisch und Fleischwaren (+2,8 Prozent) stärker aufs Budget durch. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke trugen insgesamt 0,28 Prozentpunkte zur Gesamtteuerung bei.

Freizeit, Unterhaltung und Kultur: +2,7 Prozent

Etwas höher als bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken ist der Inflationsbeitrag der Abteilung „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" (0,31 Prozentpunkte), was auf die größere Verbrauchsbedeutung dieser Güter zurückzuführen ist. Die Preise in der Abteilung „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" erhöhten sich 2021 um 2,7 Prozent. Die stärksten Preissteigerungen gab es bei Glücksspielen (+9,5 Prozent).

Güter für Sport, Camping und Erholung verteuerten sich ebenfalls merklich (+5,1 Prozent). Vor allem die Preise für Fitnessgeräte und Sportausrüstungen wie Inline-Skates zogen an, was mit einer erhöhten Nachfrage infolge des geänderten Freizeitverhaltens in der Corona-Pandemie zusammenhängen könnte.

Waren und Dienstleistungen rund ums Wohnen: +2,2 Prozent

Trotz vergleichsweise moderater Preissteigerungen (+2,2 Prozent) leistete die Abteilung „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe" nach der Abteilung „Verkehr" den zweitgrößten Beitrag zur Gesamtteuerung (0,71 Prozentpunkte). Der Grund dafür ist die herausragende Verbrauchsbedeutung der Waren und Dienstleistungen rund ums Wohnen, die einen Anteil von fast einem Drittel am Warenkorb des Verbraucherpreisindex haben. Überdurchschnittlich verteuerte sich Haushaltsenergie (+5,3 Prozent), wozu insbesondere der Anstieg der Heizölpreise (einschließlich Umlage) um 20 Prozent beitrug. Diese Steigerung ist allerdings einem statistischen Basiseffekt geschuldet, weil die Preise für Heizöl 2020 auf einem außergewöhnlich niedrigen Niveau lagen. Trotz des massiven Anstiegs waren die Heizölpreise 2021 im Jahresdurchschnitt geringer als 2019. Gas (einschließlich Umlage) verteuerte sich 2021 ebenfalls spürbar (+5,1 Prozent). Damit erreichten die Gaspreise den höchsten Stand seit 2008. Für Strom mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher 1,7 Prozent mehr bezahlen als 2020. Der Preis für Fernwärme blieb nahezu unverändert (+0,1 Prozent), während feste Brennstoffe geringfügig billiger angeboten wurden (–0,4 Prozent). Die Nettokaltmieten, die allein ein Fünftel des Warenkorbs ausmachen, stiegen relativ moderat um 0,9 Prozent.

Preise für Post und Telekommunikation bleiben unverändert

Die Abteilung „Post und Telekommunikation" ist der einzige Bereich des Verbraucherpreisindex, in dem das Preisniveau 2021 unverändert blieb. In den Vorjahren waren die Preise in dieser Abteilung allerdings kontinuierlich gesunken. Während sich Telekommunikationsdienstleistungen 2021 minimal verteuerten (+0,1 Prozent), setzten sich die Preisrückgänge bei Telefonen und anderen Geräten der Telekommunikation abgeschwächt fort (–2,4 Prozent). Brief- und Paketdienstleistungen wurden ebenfalls günstiger angeboten als im Vorjahr (–0,4 Prozent).

Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, leitet das Referat „Analysen Wirtschaft".

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021

Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2021 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021", die am 30. März 2022 erscheint. Hier werden in ausführlichen textlichen Analysen die ökonomischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen dargestellt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.

Titelfoto: © Mongkolchon – stock.adobe.com

Bundestagswahl 2021: Der Einfluss von Geschlecht und Alter auf das Wahlverhalten

Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik

Von Sebastian Fückel, Dr. Martin Jacobs, Thomas Kirschey und Dr. Andrea Weitzel

Am 26. September 2021 fand die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag statt. Nach dem amtlichen Endergebnis entfielen auf die SPD 29,4 Prozent, auf die CDU 24,7 Prozent, auf die GRÜNEN 12,6 Prozent, auf die FDP 11,7 Prozent, auf die AfD 9,2 Prozent und auf die Partei DIE LINKE 3,3 Prozent der gültigen Zweitstimmen. Die übrigen Parteien kamen zusammen auf 9,2 Prozent – darunter die FREIEN WÄHLER, die 3,6 Prozent der gültigen Zweitstimmen erreichten. Die Wahlbeteiligung sank um 0,5 Prozentpunkte auf 77,2 Prozent. Der Anteil der Briefwählerinnen und Briefwähler erreichte mit 60,9 Prozent einen neuen Rekord.

Für das Wahlinteresse und das Abstimmungsverhalten der Wählerinnen und Wähler sind neben sozialen und ökonomischen Merkmalen auch das Geschlecht und das Alter von Bedeutung. Für eine Auswertung des Wahlergebnisses hinsichtlich dieser beiden Merkmale liefert die Repräsentative Wahlstatistik auf Grundlage einer relativ großen Stichprobe die erforderlichen Daten. In diesem Beitrag sind die wesentlichen Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik dargestellt.

Mehr als 100 000 Wahlberechtigte in die Repräsentative Wahlstatistik einbezogen

Mehr als 140 Stimmbezirke in der Stichprobe

Die Stichprobe der Repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2021 umfasst in Rheinland-Pfalz mehr als 140 der insgesamt 5 033 Stimmbezirke.[1] Das entspricht einem Auswahlsatz von 2,8 Prozent. Im Vergleich zu den Bundestagswahlen 2009, 2013 und 2017 fällt der Anteil der in die Statistik einbezogenen Stimmbezirke an allen Stimmbezirken damit geringer aus. Bei den vorangegangenen drei Bundestagswahlen lag der Auswahlsatz zwischen 3,3 und 4,3 Prozent.

Stimmen von 3,9 Prozent aller Wählerinnen und Wähler ausgewertet

Ähnliches gilt auch für die Zahl der Stimmen, die bei der Auswertung des Stimmverhaltens der Wählerinnen und Wähler berücksichtigt werden konnte. So gingen in die Repräsentative Wahlstatistik rund 90 900 abgegebene Stimmzettel ein. Das sind 3,9 Prozent aller Wählerinnen und Wähler. Genauso hoch war der Anteil in der Stichprobe 2017. Bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 lag der Anteilswert aber deutlich höher, nämlich bei jeweils 5,4 Prozent.

Der geringere Auswahlsatz bei den Bundestagswahlen 2017 und 2021 trägt auf der einen

1 In einem für die Stichprobe der Repräsentativen Wahlstatistik ausgewählten Stimmbezirk wurden am Wahltag versehentlich keine Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdruck ausgegeben, sodass er zur Auswertung des Stimmverhaltens der Wählerinnen und Wähler nicht berücksichtigt werden konnte.

Seite zu einer Entlastung der Berichtsstellen und zu einer schnelleren Aufbereitung der Ergebnisse bei. Auf der anderen Seite erhöht sich dadurch die Ungenauigkeit im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen leicht, da der Stichprobenumfang im Verhältnis zur Grundgesamtheit geschrumpft ist.

Auswertung der Wählerverzeichnisse

Zusätzlich zur Analyse des Stimmverhaltens wurden mithilfe der Wählerverzeichnisse Auswertungen zur Wahlbeteiligung vorgenommen. In diese Auswertungen gingen mehr als 100 000 Wahlberechtigte ein. Das entspricht einem Auswahlsatz von 3,3 Prozent aller Wahlberechtigten bei der

Repräsentative Wahlstatistik

Bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 sind an Wählerinnen und Wähler in 141 ausgewählten Stimmbezirken Stimmzettel mit einer Markierung zu Geschlecht und Geburtsjahresgruppe ausgegeben worden. Mithilfe der gekennzeichneten Stimmzettel können Erkenntnisse über das geschlechts- und das altersspezifische Wahlverhalten gewonnen werden.

Das Wahlgeheimnis wird durch die Kennzeichnung der Stimmzettel und die ergänzende Auswertung der Wählerverzeichnisse nicht verletzt. Denn für die repräsentative Stichprobe dürfen u. a. nur Stimmbezirke mit mindestens 400 Stimmberechtigten ausgewählt werden. Für Briefwahlbezirke gilt, dass bei der vorangegangenen Bundestagswahl mindestens 400 Wählerinnen und Wähler abgestimmt haben müssen. Für die Untersuchung der Wahlbeteiligung auf Grundlage der Wählerverzeichnisse wurden zehn und für die Untersuchung des Stimmverhaltens auf Grundlage der Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdruck sechs größere Geburtsjahresgruppen gebildet. Ein Rückschluss auf die Wahlbeteiligung einzelner Wahlberechtigter bzw. auf die Stimmabgabe einzelner Wählerinnen oder Wähler ist somit ausgeschlossen. Rechtsgrundlage für die Repräsentative Wahlstatistik ist das Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (WStatG) vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023), zuletzt geändert durch Artikel 1a des Gesetzes vom 27. April 2013 (BGBl. I S. 962).

Die Informationen der Repräsentativen Wahlstatistik über die Wahlbeteiligung und das Stimmverhalten sind für Politik und Medien sowie für die Wahlforschungsinstitute und die Wissenschaft, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger von großem Interesse. Der Vorteil der Repräsentativen Wahlstatistik z. B. gegenüber Umfrageergebnissen besteht zum einen in der sehr breiten Datengrundlage. Zum anderen wird in der Repräsentativen Wahlstatistik nicht das „beabsichtigte" oder das nach dem Wahlvorgang „bekundete" Wahlverhalten von Befragten untersucht, sondern es wird die tatsächliche Stimmabgabe der Wählerinnen und Wähler in den ausgewählten Stimmbezirken anhand der abgegebenen Stimmzettel nach dem Geschlecht und sechs Geburtsjahresgruppen festgestellt. Darüber hinaus kann durch die Auswertung der Wählerverzeichnisse in den entsprechenden Stimmbezirken für zehn Altersgruppen ermittelt werden, wie viele wahlberechtigte Frauen und Männer aus einer Altersgruppe gewählt haben.

Bundestagswahl 2021. Auch hier fällt der Auswahlsatz geringer aus als bei den drei vorangegangenen Bundestagswahlen. In den Jahren 2009, 2013 und 2017 schwankte der Anteil der Wahlberechtigten in den ausgewählten Wählerverzeichnissen an allen Wahlberechtigten zwischen 4,3 und 5,5 Prozent.

Kein Geschlechterunterschied beim Wahlinteresse

Frauen holen Männer bei der Wahlbeteiligung ein

In den Stichprobenstimmbezirken belief sich die Wahlbeteiligung auf 77,9 Prozent. Das sind 0,7 Prozentpunkte mehr als im amtlichen Endergebnis für das Land. Das Wahlinteresse von Frauen und Männern lag praktisch gleichauf. Von den wahlberechtigten Frauen gaben 78 Prozent und von den wahlberechtigten Männern 77,9 Prozent ihre Stimme ab. In der Vergangenheit konnten die Männer eine leicht höhere Wahlbeteiligung vorweisen. Bei der Bundestagswahl 2017 betrug ihr Vorsprung vor den Frauen 0,5 Prozentpunkte.

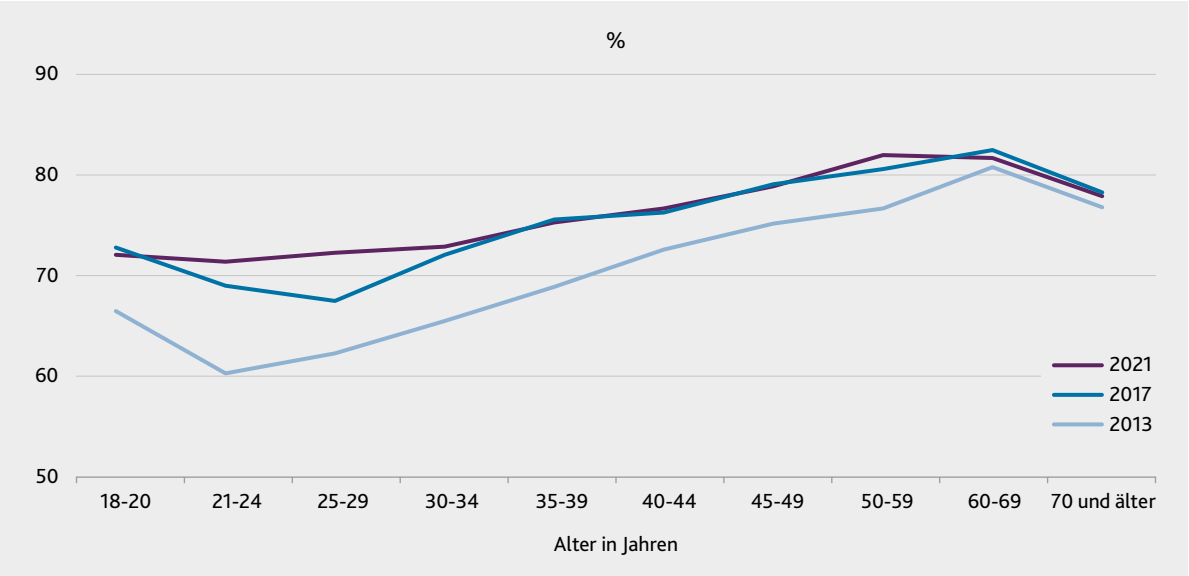
Wahlinteresse nimmt mit dem Alter zu

Die Betrachtung der Wahlbeteiligung verschiedener Altersgruppen zeigt größere Differenzen als der Geschlechtervergleich. Gleichwohl sind die Unterschiede geringer als bei früheren Bundestagswahlen in Rheinland-Pfalz. Die Repräsentative Wahlstatistik erfasst das Wahlinteresse differenziert nach zehn Altersgruppen.

Unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung der unter 45-Jährigen

Wie auch bei vergangenen Wahlen nahm die Wahlbeteiligung mit steigendem Alter tendenziell zu. Das geringste Wahlinteresse bekundeten mit 71,4 Prozent die Angehörigen der zweitjüngsten Altersklasse der 21- bis 24-Jährigen. In den folgenden Altersgruppen steigt die Wahlbeteiligung kontinuierlich. Der Anstieg ist aber zunächst gering. Bei den Wahlberechtigten im Alter von 45 bis 49 Jahren übersteigt die Wahlbeteiligung erstmals den Durchschnitt. In der folgenden Altersklasse der 50- bis 59-Jährigen erreicht sie mit 82 Prozent ihr Maximum. Mit weiter steigendem Alter fällt das Wahlinteresse wieder etwas ab. In der ältesten Altersgruppe mit den 70-jährigen und älte-

G1 Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 2013–2021 nach Altersgruppen



ren Wahlberechtigten entspricht die Wahlbeteiligung mit 77,9 Prozent exakt dem Stichprobenmittelwert.

50- bis 59-Jährige mit größtem Wahlinteresse

Im Vergleich mit der Bundestagswahl 2017 haben sich das Minimum und das Maximum bei der Wahlbeteiligung jeweils um eine Altersklasse nach vorne verschoben. Nutzten 2017 die 25- bis 29-jährigen Wahlberechtigten am seltensten ihr Stimmrecht, waren es 2021 die 21- bis 24-Jährigen. Die 60- bis 69-Jährigen, die bei vergangenen Wahlen häufig die höchste Wahlbeteiligung vorweisen konnten, verlieren bei der Bundestagswahl 2021 ihren Spitzenplatz an die jüngere Alterskohorte der 50- bis 59-Jährigen.

Altersunterschiede bei Wahlbeteiligung verringern sich

In den meisten Altersgruppen änderte sich die Wahlbeteiligung gegenüber der Bundestagswahl 2017 kaum. In sieben der zehn Altersklassen liegt die Veränderung im Bereich von –1 bis +1 Prozentpunkt. Eine stärkere Steigerung des Wahlinteresses wurde in den drei übrigen Altersgruppen verzeichnet. Deutliche Zuwächse gab es in den beiden Altersgruppen, die 2017 die geringste Wahlbeteiligung aufwiesen. Das Wahlinteresse der 21- bis 24-Jährigen nahm um 2,4 Prozentpunkte und das der 25- bis 29-Jährigen sogar doppelt so stark um 4,8 Prozentpunkte zu. Hierdurch sank die Spannweite der Wahlbeteiligungen der einzelnen Altersgruppen. Sie umfasst den Bereich von 71,4 bis 82 Prozent und beträgt folglich 10,6 Prozentpunkte. Bei der Bundestagswahl 2017 waren es noch 15 Prozentpunkte (67,5 bis 82,5 Prozent), und 2013 sogar 20,5 Prozentpunkte (60,3 bis 80,8 Prozent).

Nur in einer Altersklasse wählten Männer häufiger als Frauen

Größter Unterschied bei den 70-Jährigen und Älteren

Während das Wahlinteresse der Männer und Frauen in der Stichprobe insgesamt ausgeglichen ist, zeigen sich in einzelnen Altersgruppen Geschlechterdifferenzen. Bemerkenswert ist, dass die Frauen in neun der zehn betrachteten Altersklassen die höhere Wahlbeteiligung vorweisen können. Am deutlichsten liegen die Frauen im Alter von 25 bis 29 Jahren in Führung (2,9 Prozentpunkte). Die Gruppe der 70-Jährigen und Älteren ist die einzige Altersgruppe, in der die Männer ihr Stimmrecht häufiger ausübten als die Frauen. Zugleich ist in dieser Gruppe der Geschlechterunterschied mit 4,8 Prozentpunkten mit Abstand am stärksten ausgeprägt. Da die Gruppe der 70-Jährigen und Älteren zudem mehr als ein Fünftel der Wahlberechtigten umfasst und damit die am stärksten besetzte Altersklasse darstellt, führt der Vorsprung der Männer in dieser einen Altersgruppe zu einem insgesamt nahezu ausgeglichenen Geschlechterverhältnis bei der Wahlbeteiligung.

Briefwahl bei Älteren und Frauen beliebter

Briefwählerinnen und -wähler stellen die Mehrheit

Die Briefwahl erfreut sich bereits seit längerer Zeit wachsender Beliebtheit. Angesichts der Corona-Pandemie erhöhte sich der Briefwahlanteil bei der Bundestagswahl 2021 massiv. Erstmals wählten bei einer Bundestagswahl in Rheinland-Pfalz sogar mehr Stimmberechtigte per Brief als im Wahllokal. Laut amtlichem Endergebnis beläuft sich der Briefwahlanteil auf 60,9 Prozent (+26,1 Prozentpunkte); für die Stichprobe der Repräsentativen Wahlstatistik errechnet sich ein Briefwahlanteil von 63 Prozent.

T1 Unterschiede zwischen der Wahlbeteiligung der Frauen und der Männer bei den Bundestagswahlen 2013–2021 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	2013	2017	2021
	Wahlbeteiligung der Frauen minus Wahlbeteiligung der Männer in Prozentpunkten		
18-20	1,9	4,6	1,2
21-24	0,4	2,0	1,6
25-29	2,4	2,7	2,9
30-34	0,5	3,6	2,4
35-39	1,2	2,4	0,9
40-44	1,4	1,9	1,1
45-49	1,7	1,4	1,1
50-59	0,7	0,3	1,0
60-69	-0,4	-1,3	0,6
70 und älter	-7,5	-8,1	-4,8
Insgesamt	-0,4	-0,5	0,1

Mehr als 70 Prozent Briefwahlanteil bei 70-Jährigen und Älteren

In allen Altersklassen stellten die Briefwählerinnen und Briefwähler die absolute Mehrheit. Bei den 18- bis 20-Jährigen betrug der Briefwahlanteil 53,2 Prozent. Die jüngste Altersklasse verzeichnet damit die geringste Briefwahlquote. Am beliebtesten war die Briefwahl bei den 70-jährigen und älteren Wählerinnen und Wählern; von ihnen gaben 71,2 Prozent ihre Stimme per Brief ab.

In jüngeren Altersgruppen deutlicher Geschlechterunterschied beim Briefwahlanteil

Frauen zeigen eine größere Neigung zur Briefwahl als Männer. Fast zwei Drittel der Wählerinnen nutzten die Briefwahl (66,1 Prozent). Der Briefwahlanteil der Frauen liegt damit um 6,5 Prozentpunkte über dem Anteil der Männer (59,6 Prozent). In allen Altersgruppen war die Briefwahl bei den Frauen beliebter. Die größten Geschlechterunterschiede sind in den jüngeren Alterskohorten festzustellen. Bei den 21- bis 24-jährigen sowie den 25- bis 29-jährigen Wählerinnen und Wählern übertrifft die Briefwahlquote der Frauen die der Männer um mehr als zehn Prozentpunkte. Am kleinsten ist die Differenz mit 4,1 Prozentpunkten bei den 70-Jährigen und Älteren.

SPD erzielt bei Frauen einen höheren Stimmenanteil als bei Männern

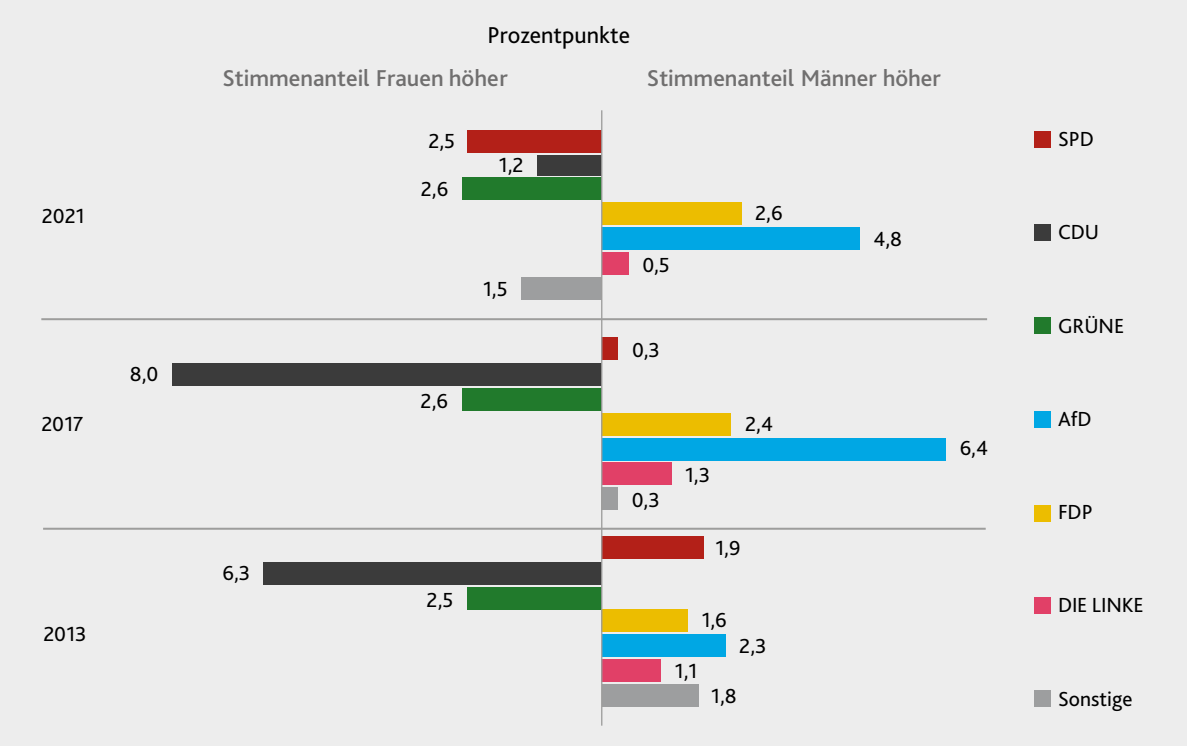
Stimmenanteil der SPD bei Frauen höher

Bei der SPD (Zweitstimmenergebnis in der Stichprobe: 29,2 Prozent) lag der Stimmenanteil bei den Frauen mit 30,4 Prozent um 2,5 Prozentpunkte höher als bei den Männern (27,9 Prozent). Im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 erhöhte sich der Zweitstimmenanteil bei den Frauen deutlich stärker als bei den Männern (+6,4 bzw. +3,6 Prozentpunkte).

Bestes Ergebnis der SPD bei den über 60-jährigen Frauen

Die nach Geschlecht und Altersgruppen differenzierte Betrachtung zeigt für die Sozialdemokraten die besten Ergebnisse bei den 70-jährigen und Älteren sowie den 60- bis 69-jährigen Frauen (35,9 bzw. 35,5 Prozent). Die geringste Zustimmung fand die Partei bei den 18- bis 24-jährigen Männern und Frauen (17 bzw. 18,9 Prozent).

G2 Differenz zwischen den Stimmenanteilen von Frauen und Männern bei den Bundestagswahlen 2013–2021 nach ausgewählten Parteien



Stimmenanteil steigt in fünf der sechs Altersgruppen

Im Vergleich zur Wahl 2017 verbesserte die SPD in fünf der sechs Altersgruppen ihren Zweitstimmenanteil. Die stärksten Zuwächse verzeichnete die Partei bei den 60- bis 69-jährigen sowie den 45- bis 59-jährigen Wählerinnen und Wählern (+6,9 bzw. +6,3 Prozentpunkte). Dagegen musste die SPD bei den 18- bis 24-Jährigen einen Rückgang des Zweitstimmenanteils hinnehmen (–2,8 Prozentpunkte).

CDU mit bestem Ergebnis bei älteren Wählerinnen und Wählern

CDU mit hohen Verlusten bei den Frauen

Bei der CDU (Zweitstimmenergebnis in der Stichprobe: 24,9 Prozent) übertraf der Stimmenanteil der Frauen (25,5 Prozent) den der Männer (24,3 Prozent) um 1,2 Prozentpunkte. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 verlor die CDU bei den Frauen (–13,4 Prozentpunkte) allerdings erheblich stärker als bei den Männern (–6,6 Prozentpunkte).

Union kommt bei den Frauen im Alter von über 70 Jahren auf 41,1 Prozent

Nach Geschlecht und Altersgruppen differenziert, erzielte die CDU den höchsten Stimmenanteil bei den 70-jährigen und älteren Frauen. In dieser Personengruppe kam die Union auf 41,1 Prozent der gültigen Stimmen. Bei den gleichaltrigen Männern erreichte sie mit 40,8 Prozent nahezu gleichauf das zweitbeste Ergebnis. Die geringsten Stimmenanteile musste die CDU bei den 18- bis 24-jährigen Männern und Frauen hinnehmen (10,8 bzw. elf Prozent).

Hohe Verluste der CDU bei Jüngeren

Für die Christdemokraten hat sich das Ergebnis in allen Altersgruppen gegenüber der Bundestagswahl 2017 deutlich verschlechtert. Die kräftigsten Rückgänge verzeichnete die Partei bei den 25- bis 34-jährigen sowie bei den 18- bis 24-jährigen Wählerinnen und Wählern

T2 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 2021 nach ausgewählten Parteien, Geschlecht und Altersgruppen

Alter in Jahren	Wahlbeteiligung	Ungültige Landesstimmen	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	AfD	DIE LINKE	Sonstige
		Anteil an allen Landesstimmen	Anteil an den gültigen Landesstimmen						
	%								
Insgesamt									
18-24	71,7	0,4	18,0	10,9	23,3	21,5	5,7	6,1	14,5
25-34	72,6	0,5	21,0	12,9	20,3	15,6	9,9	5,5	14,9
35-44	76,0	0,7	23,0	19,1	15,5	13,2	13,3	3,9	11,9
45-59	81,2	0,6	29,7	22,4	13,2	11,8	11,0	2,9	9,0
60-69	81,7	0,9	34,9	27,0	11,5	9,4	8,1	3,0	6,2
70 und älter	77,9	1,3	35,4	41,0	5,8	8,4	4,7	1,3	3,4
Insgesamt	77,9	0,8	29,2	24,9	13,2	12,0	8,8	3,2	8,7
Frauen									
18-24	72,4	0,4	18,9	11,0	29,4	14,8	4,3	6,6	15,0
25-34	73,9	0,5	21,8	13,8	22,7	12,9	7,9	5,4	15,5
35-44	76,5	0,8	24,7	19,8	17,3	11,7	10,1	3,5	12,7
45-59	81,7	0,7	31,2	22,0	14,6	11,3	7,9	2,6	10,4
60-69	82,0	1,1	35,5	27,3	11,9	9,3	6,1	2,9	7,1
70 und älter	75,9	1,4	35,9	41,1	6,2	8,3	3,4	1,1	4,0
Zusammen	78,0	0,9	30,4	25,5	14,4	10,7	6,5	3,0	9,5
Männer									
18-24	71,0	0,4	17,0	10,8	17,3	28,3	7,1	5,5	14,0
25-34	71,3	0,6	20,2	12,1	18,0	18,1	11,7	5,5	14,3
35-44	75,5	0,6	21,2	18,3	13,6	14,7	16,6	4,4	11,1
45-59	80,7	0,5	28,3	22,8	11,7	12,4	14,2	3,1	7,5
60-69	81,4	0,7	34,3	26,7	11,0	9,4	10,2	3,1	5,2
70 und älter	80,7	1,2	34,8	40,8	5,3	8,5	6,3	1,7	2,6
Zusammen	77,9	0,7	27,9	24,3	11,8	13,3	11,3	3,5	7,9

(–16,2 bzw. –15,1 Prozentpunkte). Bei den 70-Jährigen und Älteren fielen die Verluste am niedrigsten aus (–6,6 Prozentpunkte).

GRÜNE erzielen höchste Stimmenanteile bei jüngeren Wählerinnen

Bei den GRÜNEN (Zweitstimmenergebnis in der Stichprobe: 13,2 Prozent) lag der Stimmenanteil bei den Frauen mit 14,4 Prozent um 2,6 Prozentpunkte höher als bei den Männern (11,8 Prozent). Gegenüber 2017 verbesserten die GRÜNEN ihr Anteilsergebnis sowohl bei den Wählerinnen als auch bei den Wählern um 4,9 Prozentpunkte.

Stimmenanteil der GRÜNEN bei den Frauen höher

Die Betrachtung nach Alter und Geschlecht zeigt, dass die GRÜNEN ihre höchsten Zweit-

Höchster Stimmenanteil bei 18- bis 24-jährigen Frauen

stimmenanteile von den unter 45-jährigen Frauen sowie den unter 35-jährigen Männern erhielten. Bei den 18- bis 24-jährigen Wählerinnen erzielten sie mit 29,4 Prozent der gültigen Zweitstimmen ihr bestes Ergebnis. Am schlechtesten schnitten die GRÜNEN bei den 70-jährigen und älteren Männern ab (5,3 Prozent).

Höhere Zweitstimmenanteile in allen Altersgruppen

Die GRÜNEN verbuchten bei dieser Bundestagswahl in allen Altersgruppen Gewinne. Im Vergleich zur Wahl 2017 verbesserten sie ihren Stimmenanteil bei den 25- bis 34-Jährigen am deutlichsten (+9 Prozentpunkte). Die geringste Zunahme zeigt sich bei den 70-jährigen und älteren Wählerinnen und Wählern (+3,2 Prozentpunkte).

Beste Ergebnisse der FDP bei unter 35-jährigen Männern

Stimmenanteil der FDP bei Männern höher

Bei der FDP (Zweitstimmenergebnis in der Stichprobe: zwölf Prozent) lag der Stimmenanteil bei den Männern mit 13,3 Prozent um 2,6 Prozentpunkte höher als bei den Frauen (10,7 Prozent). Im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 erhöhte sich der Stimmenanteil bei den Männern (+1,5 Prozentpunkte) etwas stärker als bei den Frauen (+1,3 Prozentpunkte).

Bestes Ergebnis bei Männern im Alter von 18 bis 24 Jahren

Eine differenziertere Betrachtung nach Alter und Geschlecht zeigt, dass die FDP mit 28,3 Prozent der Zweitstimmen mit Abstand am besten bei den Männern im Alter von 18 bis 24 Jahren abgeschnitten hat. Die geringsten Stimmenanteile bekamen die Liberalen von den 70-jährigen und älteren Frauen und Männern (8,3 bzw. 8,5 Prozent).

Gegenüber der Bundestagswahl 2017 gab es für die FDP in den vier unteren Altersgruppen Anteilsgewinne. Bei den 18- bis 24-Jährigen fiel das Plus mit 7,8 Prozentpunkten am höchsten aus. Dagegen verzeichneten die Liberalen bei den 60- bis 69-Jährigen sowie den 70-Jährigen und Älteren leichte Verluste (jeweils –0,5 Prozentpunkte).

Stärkster Anteilsgewinn der FDP bei den 18- bis 24-Jährigen

AfD erreicht bei den 35- bis 44-jährigen Männern ihr bestes Ergebnis

Stimmenanteil der AfD bei Männern deutlich höher

Die AfD (Zweitstimmenergebnis in der Stichprobe: 8,8 Prozent) erreichte bei den Männern mit 11,3 Prozent einen um 4,8 Prozentpunkte höheren Stimmenanteil als bei den Frauen (6,5 Prozent). Im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 hat sich die AfD bei den Männern stärker verschlechtert als bei den Frauen (–3,2 bzw. –1,6 Prozentpunkte).

AfD erzielt 16,6 Prozent bei den 35- bis 44-jährigen Männern

Die Betrachtung nach Alter und Geschlecht zeigt die höchste Zustimmung für die AfD mit 16,6 Prozent bei den 35- bis 44-jährigen Männern. Die geringste Zustimmung fand die Partei mit einem Stimmenanteil von 3,4 Prozent bei den 70-jährigen und älteren Frauen.

DIE LINKE bei jüngeren Wählerinnen und Wählern beliebter als bei älteren

Stimmenanteil der Partei DIE LINKE bei Männern höher

Die Partei DIE LINKE (Zweitstimmenergebnis in der Stichprobe: 3,2 Prozent) erzielte bei den Männern mit einem Stimmenanteil von 3,5 Prozent ein um 0,5 Prozentpunkte höheres Ergebnis als bei den Frauen (drei Prozent). Gegenüber dem Ergebnis der Bundestagswahl 2017 verringerte sich der Zweitstimmenanteil bei den Männern um 4,2 und bei den Frauen um 3,4 Prozentpunkte.

Bestes Ergebnis bei den 18- bis 24-jährigen Frauen

Nach Altersgruppen und Geschlecht differenziert, erhielt DIE LINKE ihren höchsten Zweitstimmenanteil von den 18- bis 24-jährigen Frauen (6,6 Prozent). Am schlechtesten

schnitt DIE LINKE bei den 70-jährigen und älteren Frauen und Männern ab (1,1 bzw. 1,7 Prozent).

Rückgänge in allen Altersgruppen

Für die Partei DIE LINKE verschlechterte sich in allen Altersgruppen das Ergebnis gegenüber 2017. Im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl sank ihr Zweitstimmenanteil bei den 45- bis 59-Jährigen am stärksten (–4,6 Prozentpunkte), bei den 70-Jährigen und Älteren am schwächsten (–1,6 Prozentpunkte).

Wählerinnen und Wähler der Parteien nutzen das Stimmensplitting unterschiedlich

Wählerinnen und Wähler können Erst- und Zweitstimme splitten

Bei Bundestagswahlen haben die Wählerinnen und Wähler zwei Stimmen: Die Erststimme geht an eine Wahlkreisbewerberin bzw. einen Wahlkreisbewerber und die Zweitstimme an eine Partei. Die Wählerinnen und Wähler können ihre Zweitstimme an eine Partei vergeben und mit ihrer Erststimme die Bewerberin bzw. den Bewerber einer anderen Partei wählen oder eine ungültige Erststimme abgeben.

Wählerschaft der CDU, der AfD und der SPD splitten seltener ihre Erst- und Zweitstimme

Die Auswertungen zeigen, dass die Wählerinnen und Wähler der Parteien das Stimmensplitting sehr unterschiedlich nutzen. So hat bei der Bundestagswahl 2021 von den sechs im 20. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien die Wählerschaft der CDU, der AfD und der SPD vergleichsweise selten, die Wählerschaft der FDP, der Partei DIE LINKE und der GRÜNEN dagegen relativ oft vom Stimmensplitting Gebrauch gemacht.

SPD-Wählerschaft splittet Stimmen häufiger als bei der Bundestagswahl 2017

Von 1000 Wählerinnen und Wählern, die bei der Bundestagswahl 2021 mit ihrer Zweitstimme die SPD gewählt haben, votierten 807 auch für eine SPD-Bewerberin bzw. einen SPD-Bewerber. Dementsprechend gaben 193 den Direktkandidatinnen bzw. -kandidaten einer anderen Partei ihre Erststimme oder wählten ungültig (2017: 161). Vom Stimmensplitting der SPD-Wählerschaft profitierten vor allem Bewerberinnen bzw. Bewerber der CDU sowie der GRÜNEN (67 bzw. 48 von 1000).

SPD-Wählerinnen splitten häufiger als SPD-Wähler

Die weibliche Wählerschaft der Sozialdemokraten splittete ihre Stimmen häufiger als die männliche. Von 1000 Frauen, die der SPD ihre Zweitstimme gaben, wählten 202 die Direktkandidatin bzw. den Direktkandidaten einer anderen Partei oder ungültig, bei den Männern waren es 182 von 1000. Von allen Wählerinnen und Wählern der SPD haben die 18- bis 24-jährigen Frauen ihre Stimmen am häufigsten, die 70-jährigen und älteren Männer am seltensten aufgeteilt (341 bzw. 127 von 1000).

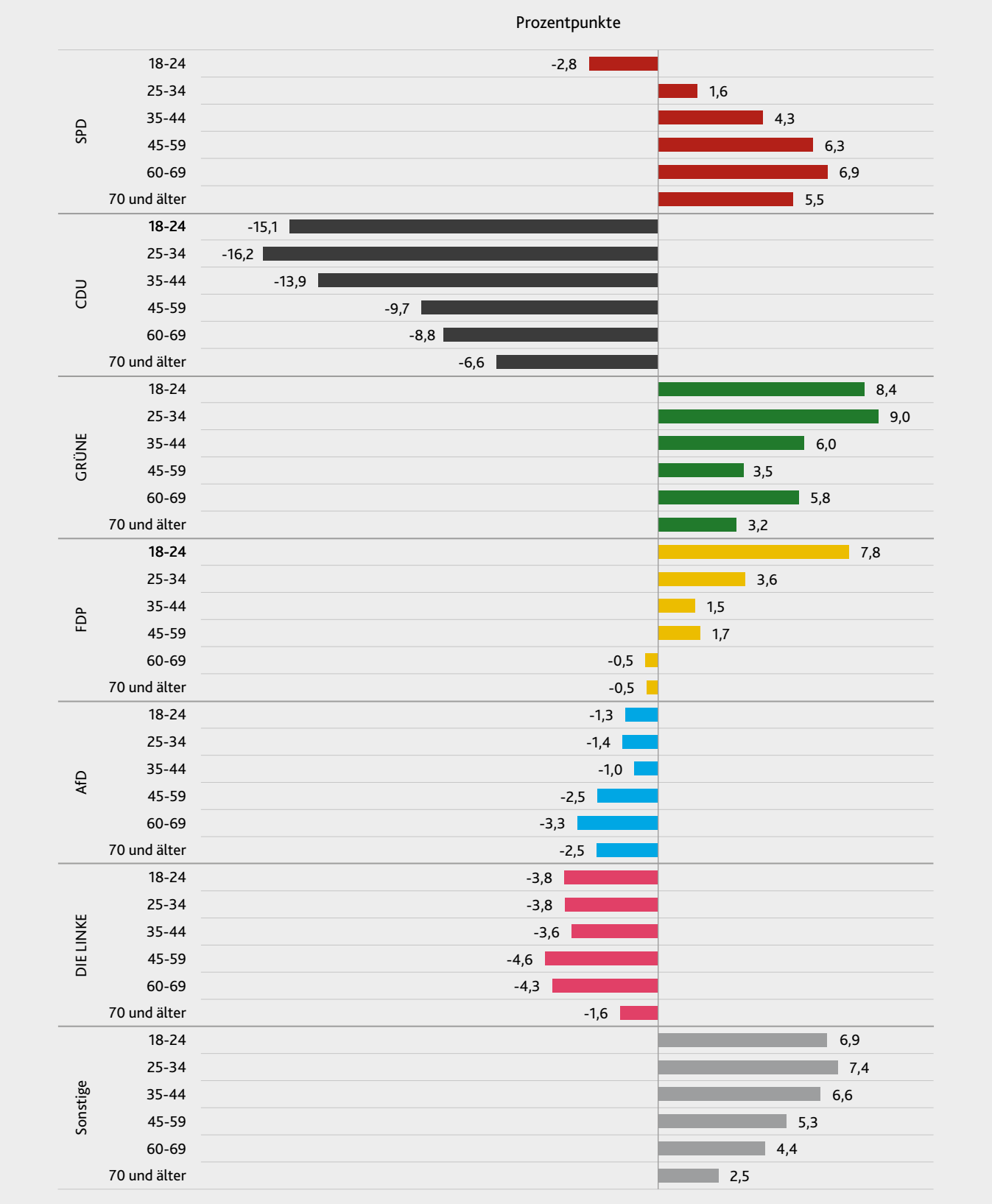
CDU-Wählerinnen und -Wähler splitten am seltensten ihre Stimmen

Bei der Bundestagswahl 2021 machten in Rheinland-Pfalz die Zweitstimmenwählerinnen und -wähler der CDU am wenigsten vom Stimmensplitting Gebrauch. Von 1000 Wählerinnen und Wählern, die ihre Zweitstimme der CDU gaben, wählten 897 auch CDU-Bewerberinnen bzw. -Bewerber und nur 103 mit ihrer Erststimme die Bewerberin bzw. den Bewerber einer anderen Partei, oder sie wählten ungültig. Von dem Stimmensplitting der CDU-Wählerschaft profitierten vor allem die SPD und die FDP (35 bzw. 24 von 1000).

CDU-Wählerinnen splitten etwas häufiger als CDU-Wähler

Die Wählerinnen der CDU nutzten das Stimmensplitting stärker als die Wähler der Partei. Während von 1000 Frauen, die der CDU ihre Zweitstimmen gaben, 108 mit ihrer Erststimme Bewerberinnen bzw. Bewerber einer anderen Partei oder ungültig wählten, waren es bei den Männern nur 97. Von allen Wählerinnen und Wählern der CDU teilten die 18- bis 24-jährigen Frauen ihre Stimmen am häufigsten, die 70-jährigen und älteren

G3 Gewinne und Verluste bei der Bundestagswahl 2021 gegenüber der Bundestagswahl 2017



Männer am seltensten auf (221 bzw. 56 von 1000).

Wählerschaft der GRÜNEN splittet Stimmen nicht so oft wie 2017

Die Wählerinnen und Wähler der GRÜNEN machten 2021 seltener von der Möglichkeit des Stimmensplittings Gebrauch als 2017. Von 1000 Wählerinnen und Wählern, die ihre Zweitstimme an die GRÜNEN gaben, wählten 371 die Direktkandidatin bzw. den Direktkandidaten einer anderen Partei oder ungültig (2017: 545). Vom Stimmensplitting der GRÜNEN-Wählerinnen und -Wähler hat vor allem die SPD profitiert (205 von 1000).

70-jährige und ältere Männer splitten am häufigsten

In der Wählerschaft der GRÜNEN splitteten die Männer etwas häufiger als die Frauen. Von 1000 Wählern der GRÜNEN gaben 374 der Direktbewerberin bzw. dem Direktbewerber einer anderen Partei ihre Erststimme oder wählten ungültig. Bei den Wählerinnen stimmten 368 nicht für die Kandidatin bzw. den Kandidaten der GRÜNEN. Von allen Wählerinnen und Wählern der GRÜNEN teilten die 70-jährigen und älteren Männer ihre Stimmen am häufigsten, die 25- bis 34-jährigen Frauen am seltensten auf (476 bzw. 336 von 1000).

FDP-Wählerschaft splittet häufig zugunsten der CDU

Von 1000 Wählerinnen und Wählern, die ihre Zweitstimme an die Liberalen gaben, entschieden sich 468 für die Bewerberin bzw. den Bewerber einer anderen Partei oder machten ihre Erststimme ungültig (2017: 567 von 1000). Der mit Abstand größte Teil dieser Wählerinnen und Wähler stimmte auch 2021 für Wahlkreisbewerberinnen bzw. -bewerber der CDU (262 von 1000).

In der FDP-Wählerschaft splitten Männer häufiger als Frauen

In der Wählerschaft der FDP splitten die Männer öfter als die Frauen. Von 1000 Zweitstimmenwählern der Liberalen stimmten 476 für die Direktkandidatin bzw. den Direktkandidaten einer anderen Partei oder gaben eine ungültige Erststimme ab, bei den Frauen waren es 458. Von allen Wählerinnen und Wählern der FDP haben die 70-jährigen und älteren Männer ihre Stimmen am häufigsten, die 18- bis 24-jährigen Männer am seltensten aufgeteilt (516 bzw. 416 von 1000).

Wählerschaft der AfD macht selten vom Stimmensplitting Gebrauch

Die Wählerschaft der AfD splittete im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 seltener Erst- und Zweitstimmen. Von 1000 Wählerinnen und Wählern, die mit ihrer Zweitstimme die AfD wählten, haben 836 (2017: 754) auch mit ihrer Erststimme eine AfD-Kandidatin bzw. einen AfD-Kandidaten gewählt. Dementsprechend votierten nur 164 Wählerinnen und Wähler für die Bewerberinnen bzw. den Bewerber einer anderen Partei oder wählten ungültig (2017: 246). Vom Stimmensplitting der AfD-Wählerinnen und -Wähler profitierten vor allem CDU und SPD (46 bzw. 35 von 1000).

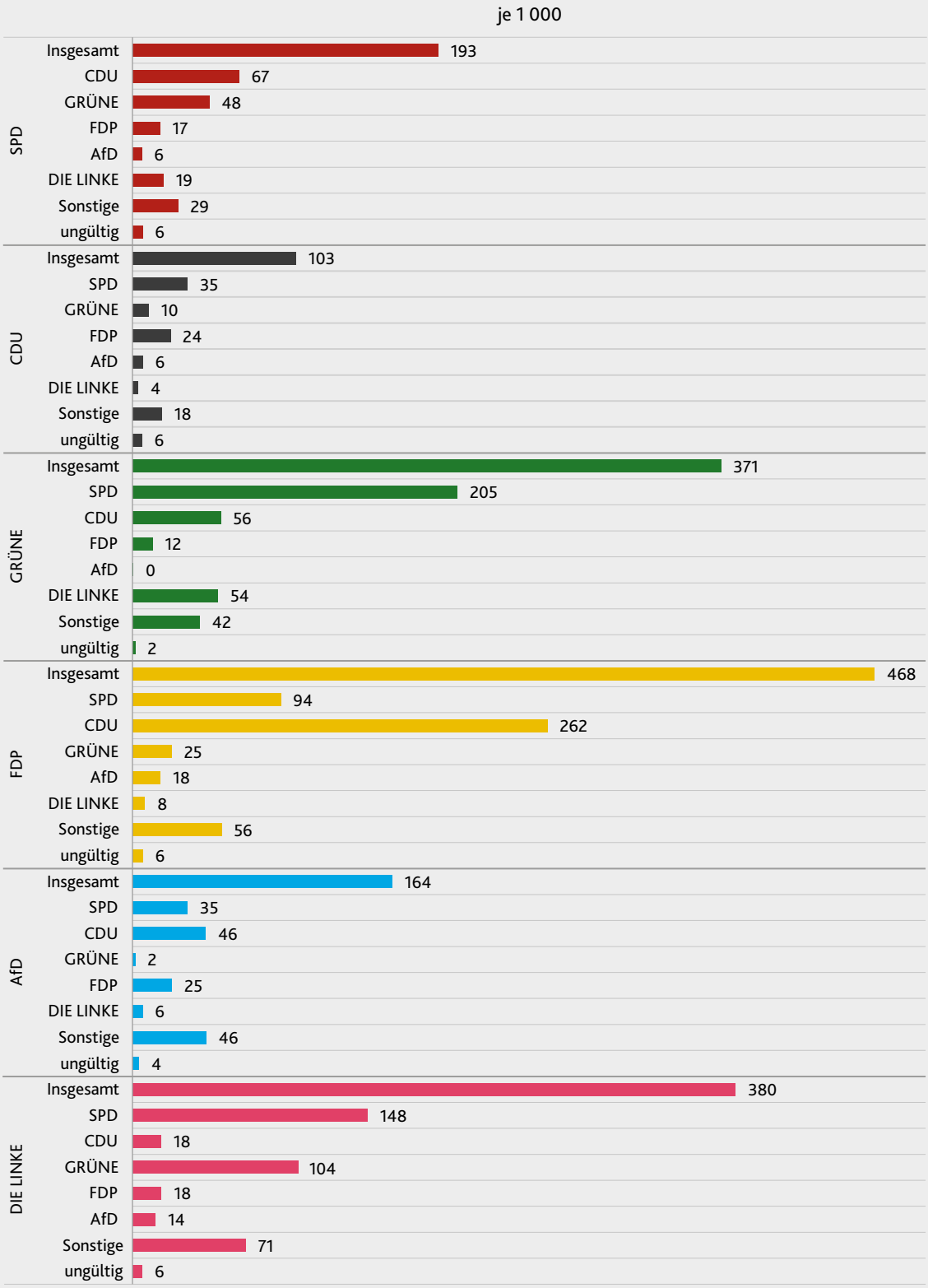
In der AfD-Wählerschaft splitten Frauen häufiger als Männer

Unter den Wählerinnen und Wählern der AfD splitteten die Männer seltener als die Frauen. Von 1000 Wählern der AfD gaben 151 den Direktkandidatinnen bzw. Direktkandidaten einer anderen Partei ihre Erststimme oder wählten ungültig. Bei den Wählerinnen stimmten 184 nicht für die Kandidatin bzw. den Kandidaten der AfD. Von allen Wählerinnen und Wählern der AfD haben die 18- bis 24-jährigen Frauen ihre Stimmen am häufigsten, die 60- bis 69-jährigen Frauen am seltensten aufgeteilt (259 bzw. 123 von 1000).

Wählerinnen und Wähler der Partei DIE LINKE splitten häufig zugunsten der SPD und der GRÜNEN

Von 1000 Wählerinnen und Wählern, die mit ihrer Zweitstimme für die Partei DIE LINKE abgestimmt haben, gaben 380 ihre Erststimme an Direktkandidatinnen bzw. Direktkandidaten anderer Parteien, oder sie wählten ungültig. Gegenüber der Wahl 2017 ist die Bereitschaft zum Splitting leicht gesunken (2017: 408 von 1000). Vom Stimmensplitting der Wählerinnen und Wähler der

G4 Wähler/-innen, die mit ihrer Erststimme eine andere Partei wählten als mit der Zweitstimme oder die Erststimme ungültig machten, bei der Bundestagswahl 2021 nach ausgewählten Parteien



Partei DIE LINKE profitierten die Direktkandidatinnen bzw. Direktkandidaten der SPD und der GRÜNEN am meisten (148 bzw. 104 von 1000).

Männer splitten bei der Partei DIE LINKE etwas öfter als Frauen

In der Wählerschaft der Partei DIE LINKE splitten die Männer etwas häufiger als die Frauen. Von 1000 Männern, die der Partei ihre Zweitstimme gaben, wählten 384 die Wahlkreiskandidatin bzw. den Wahlkreiskandidaten einer anderen Partei oder ungültig; bei den Frauen waren es 376. Von allen Wählerinnen und Wählern der Partei DIE LINKE haben die 18- bis 24-jährigen Männer ihre Stimmen am häufigsten, die 60- bis 69-jährigen Männer am seltensten aufgeteilt (473 bzw. 285 von 1000).

Weniger ungültige Stimmen als bei den zurückliegenden Bundestagswahlen

Mehr ungültige Erst- als Zweitstimmen

Bei der Bundestagswahl 2021 lag der Anteil der ungültigen Stimmen an allen abgegebenen Stimmen nach den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik bei einem Prozent – und damit in etwa so hoch wie bei der Bundestagswahl 2017 (1,2 Prozent). Insgesamt gaben die Wählerinnen und Wähler mit ihrer Erststimme etwas häufiger ein ungültiges Votum ab als mit ihrer Zweitstimme.

Im Zeitverlauf ist der Anteil der ungültigen Erststimmen kontinuierlich zurückgegangen. Gegenüber der Bundestagswahl 2005 hat er sich von 2,2 auf 1,2 Prozent sogar annähernd halbiert. Diese Entwicklung ist sowohl bei Männern als auch bei Frauen und in nahezu allen Altersgruppen zu beobachten.

Auch der Anteil der ungültigen Zweitstimmen ist im Zeitverlauf kontinuierlich gesunken. Waren bei der Bundestagswahl 2005 noch 1,9 Prozent der Zweitstimmen ungültig, belief sich der Anteil 2021 nur noch auf 0,8 Prozent. Bei den Frauen sank er in diesem Zeitraum um 1,1 und bei den Männern um einen Prozentpunkt. Im Vergleich der Altersgruppen zeigt sich, dass der Anteil ungültiger Stimmen seit 2005 am stärksten bei den höheren Altersgruppen zurückging. Bis zur Bundestagswahl 2021 sank der Anteil der 60-jährigen und älteren Männer, die eine ungültige Erststimme abgaben, um einen Prozentpunkt, während sich der Anteil der Frauen um 1,4 Prozentpunkte reduzierte. Der Anteil ungültiger Zweitstimmen sank bei Männern und Frauen gleichermaßen um 1,6 Prozentpunkte. Ausgehend von einem insgesamt niedrigeren Niveau verringerte sich der Anteil ungültiger Stimmen in den jüngeren Altersgruppen seit 2005 weniger stark.

70-Jährige und Ältere wählen am häufigsten ungültig

Zwischen den Altersgruppen gab es in Bezug auf die ungültige Stimmabgabe nur geringe Unterschiede. Die 18- bis 24-Jährigen wählten am seltensten mit ihrer Erststimme ungültig (0,7 Prozent), die 70-Jährigen und Älteren am häufigsten (1,8 Prozent). Auch zwischen den Geschlechtern gibt es nur sehr geringe Unterschiede: Frauen zwischen 35 und 44 Jahren machten ihre Erststimme etwas häufiger ungültig (ein Prozent) als Männer (0,6 Prozent).

Bei den Zweitstimmen gaben die 18- bis 24-Jährigen unabhängig vom Geschlecht am seltensten eine ungültige Stimme ab (jeweils 0,4 Prozent der Frauen und der Männer). In den Altersgruppen der 60- bis 69-Jährigen und der 70-Jährigen und Älteren machten Frauen ihre Zweitstimme etwas häufiger ungültig als Männer (60- bis 69-Jährige: 1,1 gegenüber 0,7 Prozent; 70-Jährige und Ältere: 1,4 gegenüber 1,2 Prozent).

Gründe der ungültigen Stimmabgabe

Leere oder durchgestrichene Wahlvorschläge sind der häufigste Grund

Im Zuge der Aufbereitung der Ergebnisse für die Repräsentative Wahlstatistik wurde jeder ungültigen Stimme ein Grund zugeordnet. Dazu zählen leere oder durchgestrichene Wahlvorschläge sowie Wahlvorschläge mit mehreren Kreuzen. Weitere Formen der ungültigen Stimmabgabe wurden unter „sonstige Gründe" subsummiert. Der häufigste Grund bei den ungültigen Erststimmen waren leere oder durchgestrichene Wahlvorschläge (76 Prozent). Jeder fünfte Stimmzettel mit ungültiger Erststimme enthielt zwei oder mehr Markierungen, vier Prozent waren auf sonstige Gründe zurückzuführen.

Bei den Zweitstimmen waren leere oder durchgestrichene Wahlvorschläge seltener der Grund für die Ungültigkeit als bei den Erststimmen (63 Prozent). Etwas häufiger als bei den Erststimmen wiesen sie dafür mehrere Kreuze auf und waren deshalb ungültig (31 Prozent).

Auffällige Unterschiede zwischen Altersgruppen

Zwischen den beiden Geschlechtern gibt es mit Blick auf den Grund der ungültigen Stimmabgabe sowohl bei den Erst- als auch bei den Zweitstimmen kaum Unterschiede. Auffälliger sind die Unterschiede zwischen den Altersgruppen: Der Anteil ungültiger Stimmzettel mit mehreren Kreuzen ist in der Gruppe der 35- bis 44-Jährigen am höchs-

T3 Ungültige Stimmen bei der Bundestagswahl 2021 nach dem Grund der Ungültigkeit, der Stimme und Altersgruppen

Alter in Jahren	Anteil der ungültigen Stimmen insgesamt	Davon		
		leere bzw. durchgestrichene Stimmzettel	Stimmzettel mit Mehrfachmarkierung	sonstige Ungültigkeitsgründe
	%			
Erststimme				
18-24	0,7	82,2	13,3	4,4
25-34	0,8	73,5	20,5	6,0
35-44	0,8	62,0	29,3	8,7
45-59	1,0	75,8	18,0	6,3
60-69	1,3	81,0	18,6	0,5
70 und älter	1,8	77,2	20,1	2,7
Insgesamt	1,2	76,2	19,8	4,0
Zweitstimme				
18-24	0,4	72,4	24,1	3,4
25-34	0,5	56,1	35,1	8,8
35-44	0,7	48,8	41,5	9,8
45-59	0,6	55,2	35,1	9,7
60-69	0,9	75,3	23,4	1,3
70 und älter	1,3	65,0	30,8	4,2
Insgesamt	0,8	62,9	31,4	5,7

ten (29 Prozent der Erst- und 42 Prozent der Zweitstimmen). Eine leere oder durchgestrichene Erststimme kam am häufigsten bei den 18- bis 24-Jährigen vor (82 Prozent). Bei den Zweitstimmen war dies bei den 60- bis 69-Jährigen am häufigsten der Fall (75 Prozent). Wählerinnen und Wähler, die ihre Stimmzettel bewusst leer abgaben oder durchstrichen, wollten damit möglicherweise ihren politischen Protest zum Ausdruck bringen.

Zweitstimmenwählerinnen und -wähler der GRÜNEN geben am seltensten eine ungültige Erststimme ab

Nach den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik war bei der Bundestagswahl 2021 bei einem Prozent aller Stimmzettel mindestens die Erst- oder die Zweitstimme ungültig. Auf rund 41 Prozent dieser Stimmzettel waren beide Stimmen ungültig. Ebenso häufig kam die Kombination einer ungültigen Erst- und einer gültigen Zweitstimme vor (42 Prozent). Eine gültige Erst- und eine ungültige Zweitstimme trat in 17 Prozent der Fälle auf.

Zweitstimmenwählerinnen und -wähler sonstiger Parteien geben am häufigsten eine ungültige Erststimme ab

Diejenigen, die mit ihrer Zweitstimme eine sonstige Partei wählten, gaben am häufigsten eine ungültige Erststimme ab (13 von 1000 Wählerinnen und Wählern). Am seltensten gaben die Zweitstimmenwählerinnen und -wähler der GRÜNEN eine ungültige Erststimme ab (zwei von 1000). Je älter die Zweitstimmenwählerinnen und -wähler waren, desto häufiger wählten sie mit der Erststimme ungültig. Eine Ausnahme bilden die Zweitstimmenwählerinnen und -wähler der Partei DIE LINKE, bei denen die 18- bis 24-Jährigen ihre Erststimme am häufigsten ungültig machten (17 von 1000 Wählerinnen und Wählern). In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen gaben die Zweitstimmenwählerinnen der Partei DIE LINKE doppelt so häufig eine ungültige Erststimme ab wie die Zweitstimmenwähler (22 bzw. 11 von 1000 Wählerinnen bzw. Wählern).

Sebastian Fückel leitet das Referat „Analysen Staat, Soziales"; Dr. Martin Jacobs, Thomas Kirschey und Dr. Andrea Weitzel sind Mitarbeiter und Mitarbeiterin in diesem Referat.

Info

Die Statistische Analyse N° 58 „Bundestagswahl 2021 – Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik" steht zum kostenfreien Download zur Verfügung:

www.statistik.rlp.de/stat_analysen/wahlen/bw/repraes-wahlstatistik-bw2021.pdf

Titelfoto: © Mirko – stock.adobe.com

Wanderungen zwischen städtisch und ländlich geprägten Regionen

Teil I: Wanderungsbilanz nach Raumtypen und Altersgruppen 2011–2020

Von Dr. Andrea Weitzel

Rheinland-Pfalz ist ein ländlich geprägtes Flächenland. Nach der regionalstatistischen Raumtypologie RegioStaR7, die u. a. häufig im Zuge siedlungsstruktureller Analysen zum Einsatz kommt, lebte die Mehrheit der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer 2020 jedoch in eher städtisch geprägten Regionen. Eine Auswertung der Wanderungsbilanzen der Jahre 2011 bis 2020 ergibt, dass in allen Raumtypen Wanderungsgewinne verbucht wurden. Alle Raumtypen profitieren von Zuwanderung aus dem Ausland. Die (groß-)städtisch geprägten Räume verlieren Einwohnerinnen und Einwohner nach Rheinland-Pfalz und in andere Bundesländer, während die kleinstädtisch geprägten Räume Wanderungsgewinne aus anderen Räumen in Rheinland-Pfalz und aus anderen Bundesländern erzielen. Die Altersstruktur der Zu- bzw. Fortgezogenen deutet darauf hin, dass junge Erwachsene in die (groß-)städtisch geprägten Räume ziehen und vor allem Familien Regiopolen bzw. Großstädte verlassen haben könnten.

Zweistufige Untergliederung der Raumtypen nach der regionalstatistischen Raumtypologie

Wanderungen haben wesentlichen Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung

Die Entwicklung der Bevölkerungszahl einer Region wird ganz wesentlich von den Zu- und den Fortzügen bestimmt. Oftmals zieht ein Wanderungsdefizit eine schrumpfende Bevölkerung nach sich, weil in den meisten rheinland-pfälzischen Regionen bereits seit vielen Jahren mehr Menschen sterben als geboren werden. Das Problem einer schrumpfenden Bevölkerung kann sich insbesondere dann noch weiter verschärfen, wenn vor allem jüngere Menschen abwandern, da sich dies mittelbar auf die Geburtenzahl auswirkt. Die Gründe, aus denen Menschen eine Wanderungsentscheidung treffen, sind vielfältig. Zu den wichtigsten Motiven zählen die Wohnkosten, der Bedarf nach größerem Wohnraum (z. B. nach der Familiengründung), die infrastrukturelle Versorgung im Wohnumfeld, der Wechsel des Arbeitsplatzes oder der Ausbildungsstätte sowie das Eingehen einer Partnerschaft.

Vor diesem Hintergrund ist die Frage, ob es Menschen in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren häufiger von städtischen in ländliche Regionen oder von ländlichen in städtische Regionen gezogen hat, von einigem Interesse (etwa mit Blick auf die Wohnraumversorgung und den künftigen Wohnraumbedarf). Während Städte durch

eine (hoch-)verdichtete Siedlungsstruktur gekennzeichnet sind, zeichnen sich ländliche Regionen durch eine lockere Siedlungsstruktur und eine geringe Bevölkerungsdichte aus. Gemeinden und Gemeindeverbände in unmittelbarer Nähe zu Städten kennzeichnet meist ebenfalls eine verdichtete Siedlungsstruktur, die aber mit zunehmender Entfernung zum urbanen Zentrum abnimmt.

Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in einer Stadtregion

Die regionalstatistische Raumtypologie (RegioStaR) bietet die Möglichkeit, Wanderungen für Gebiete zu analysieren, die sich siedlungs- und infrastrukturell ähnlich sind, ohne dabei eine räumliche Einheit zu bilden. Die gröbste Differenzierung der regionalstatistischen Raumtypologie ist die RegioStaR2-Klassifikation: sie unterscheidet Stadtregionen und ländliche Regionen. Rheinland-Pfalz gilt als ländlich geprägtes Flächenland. Tatsächlich wohnte 2020 jedoch eine Mehrheit der Bevölkerung in einer Stadtregion (56 Prozent). In ländlichen Regionen lebten demnach gut 44 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner.

Die zusammengefasste regionalstatistische Raumtypologie RegioStaR7 untergliedert die Kategorie „Stadtregionen" nach Städten und dem städtischen Umland. Es werden vier Raumtypen unterschieden:

- Keine rheinland-pfälzische Stadt hat den Status einer Metropole.
- Die größten Städte des Landes (Koblenz, Trier, Mainz, Ludwigshafen und Kaiserslautern) gehören dem Raumtyp Regiopole/Großstadt an.
- Weiter werden Mittelstädte/städtische Räume (48 Verwaltungseinheiten)
- und kleinstädtische/dörfliche Räume (24 Verwaltungseinheiten) unterschieden.

Entsprechend der Unterscheidung für Stadtregionen werden in der Kategorie „ländliche Regionen" nach RegioStaR7 drei Raumtypen unterschieden:[1]

- Bad Kreuznach, Landau, Pirmasens und Worms sind demnach zentrale Städte.
- Als Mittelstadt/städtischer Raum innerhalb der ländlichen Regionen gelten 20 Verwaltungseinheiten der Verbandsgemeindeebene.[2]
- Die größte Landesfläche nehmen kleinstädtische/dörfliche Räume in ländlichen Regionen wie der Eifel, dem Hunsrück, dem Westerwald und der Pfalz ein (69 Verwaltungseinheiten).

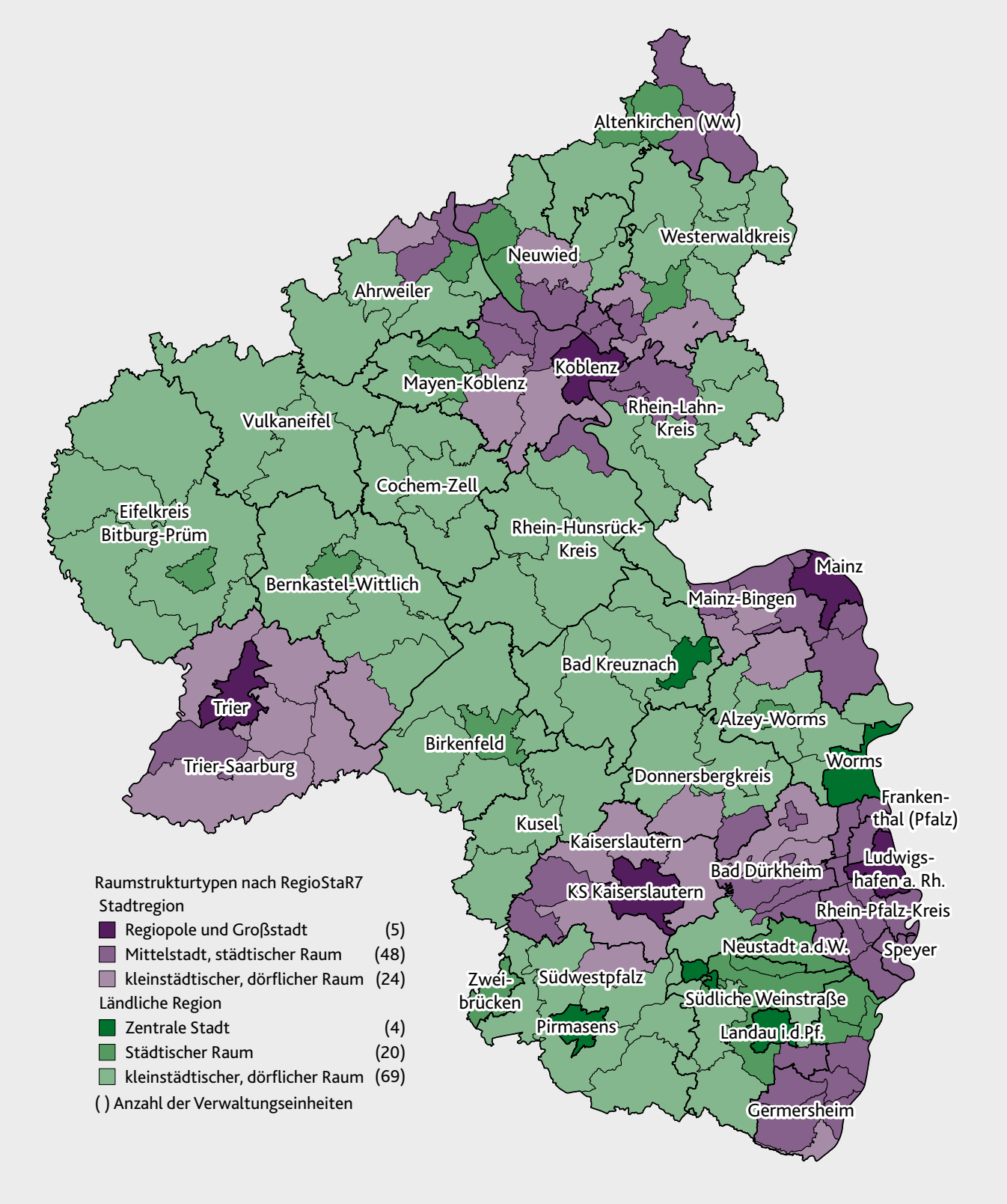
Klein- und mittelstädtische Räume gibt es in Stadtregionen und in ländlichen Regionen

Kleinstädtische bzw. dörflich geprägte Räume können im Rahmen der RegioStaR7-Raumtypologie sowohl Stadtregionen als auch ländlichen Regionen zugeordnet sein: Als kleinstädtischer/dörflicher Raum werden beispielsweise die beiden Verbandsgemeinden Gau-Algesheim und Nordpfälzer Land klassifiziert. Während jedoch die Verbandsgemeinde Gau-Algesheim Teil einer Stadtregion ist, zählt die Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land zur Kategorie „ländliche Region". Durch ihre Nähe zur Landeshauptstadt Mainz, die als Regiopole/Großstadt gilt, unterscheidet sich die Verbandsgemeinde Gau-Algesheim von der Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land vor allem hinsichtlich zentraler infrastruktureller Aspekte (wie etwa dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, der Zahl medizinischer Einrichtungen und der Einkaufsmöglichkeiten).

1 Auf der Verbandsgemeindeebene ist die Raumtypologie nach RegioStaR7 nicht immer trennscharf: Die Verbandsgemeinde Kirner Land besteht aus der Stadt Kirn (städtischer Raum in ländlicher Region) und den Gemeinden der ehemaligen Verbandsgemeinde Kirn-Land (kleinstädtischer, dörflicher Raum).

2 Die Verbandsgemeindeebene ist unterhalb der Kreisebene angesiedelt. Dazu gehören neben den kreisfreien Städten auch die verbandsfreien und die verbandsangehörigen Gemeinden.

K1 Rheinland-pfälzische Verwaltungseinheiten nach Raumtyp RegioStaR7



Bevölkerung und Bevölkerungsentwicklung nach Raumtypen

Die meisten Einwohnerinnen und Einwohner leben in Stadtregionen

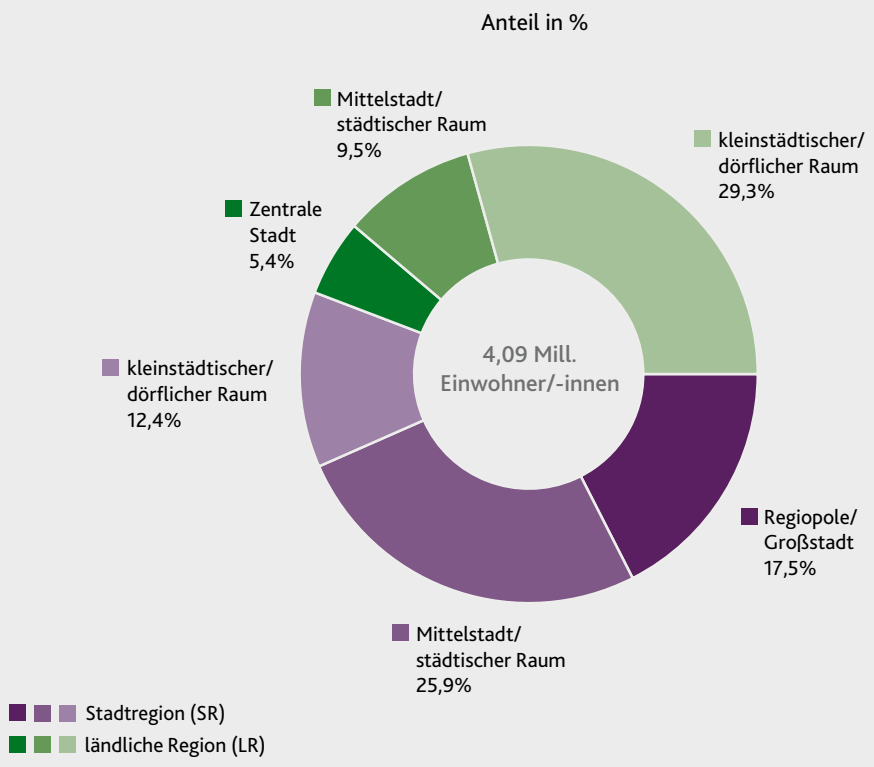
Die Bevölkerungszahl von Rheinland-Pfalz stieg zwischen 2011 und 2020 um 2,6 Prozent auf 4 096 148 Einwohnerinnen und Einwohner.[3] Nach der hier zugrunde gelegten regionalstatistischen Raumtypologie lebten die meisten Menschen in Rheinland-Pfalz 2020 in einer städtischen Region (ca. 2,24 Millionen also 56 Prozent). Rund 1,86 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer hatten ihren Wohnsitz in einer ländlichen Region (44 Prozent). Untergliedert in die sechs regionalstatistischen Teilgebiete der Raumtypologie wohnten die meisten Menschen in Rheinland-Pfalz 2020 in den kleinstädtischen bzw. in den dörflichen Räumen der ländlichen Regionen (ca. 1,25 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner). In den beiden anderen Raumtypen, die den ländlichen Regionen zuzuordnen sind, lebten 390 500 (Mittelstädte/städtische Räume) bzw. 221 700 Personen (zentrale Städte). Die Bewohnerinnen und Bewohner der drei Stadtregionstypen verteilten sich überwiegend auf die Mittelstädte bzw. den städtischen Raum (rund 1,03 Millionen), gefolgt von den Regiopolen bzw. den Großstädten (714 900) und den kleinstädtischen bzw. dörflichen Räumen (490 600).

Rund eine Million Menschen leben in mittelstädtischen Räumen in Stadtregionen

Seit 2011 nahm die Bevölkerungszahl in allen sechs Raumtypen zu – mit Ausnahme der kleinstädtischen/dörflichen Räume der länd-

3 Alle Angaben zur Bevölkerung beziehen sich auf die Durchschnittsbevölkerung eines Jahres, errechnet aus dem Mittelwert bei beiden Stichtagsbevölkerungen am Jahresanfang und am Jahresende.

G1 Bevölkerung 2020 nach Raumtypen



Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Geringstes Bevölkerungswachstum in den kleinstädtischen bzw. dörflichen Räumen der Stadtregionen

lichen Regionen (–0,5 Prozent). In den fünf Regiopolen bzw. Großstädten des Landes – Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen, Mainz und Trier – stieg die Bevölkerungszahl am stärksten (+6,9 Prozent). Nicht ganz so stark wuchs die Bevölkerungszahl in den vier zentralen Städten der ländlichen Regionen (Bad Kreuznach, Landau, Pirmasens und Worms), die einen Einwohnerzuwachs von 5,2 Prozent gegenüber 2011 verzeichneten. In den Mittelstädten bzw. den städtischen Räumen der Stadtregionen stieg die Bevölkerungszahl zwischen 2011 und 2020 um 3,3 Prozent. Geringer fiel das Wachstum in den kleinstädtischen bzw. dörflichen Räumen der Stadtregionen (+2,3 Prozent) sowie in den Mittelstädten bzw. in den städtischen Räumen der ländlichen Regionen aus (+2,4 Prozent).

Die Veränderung der Bevölkerungszahl in den sechs Raumtypen geht – zu einem kleineren Teil – auf die Entwicklung der Geburten und der Sterbefälle zurück. Zum größeren Teil wurde sie durch die Entwicklung der Zu- und der Fortzüge beeinflusst. Um die Veränderung der Bevölkerungszahl sowie die Entwicklung der Wanderungsbewegungen besser einordnen zu können, wird im Folgenden zunächst die Gesamtwanderungsbilanz der sechs Raumtypen untersucht. Anschließend wird der Frage nachgegangen, woher die Zugewanderten kamen bzw. wohin die Fortgezogenen wanderten. Zu diesem Zweck werden die Wanderungsbilanzen gegenüber dem Ausland, den anderen Bundesländern sowie den übrigen Raumtypen in Rheinland-Pfalz (Binnenwanderungen) betrachtet. Um die Wanderungsgewinne und -verluste der sechs regionalstatistischen Raumtypen miteinander vergleichen zu können, werden die Zu- und die Fortzugszahlen standardisiert.

Regiopolen bzw. Großstädte verlieren Einwohnerinnen und Einwohner an übrige Regionen in Rheinland-Pfalz

Die Gesamtwanderungsbilanz der fünf kreisfreien Städte, die in Rheinland-Pfalz dem Raumtyp Regiopole/Großstadt zuzuordnen sind, fiel in den vergangenen zehn Jahren fast durchgehend positiv aus. Zwischen 2011 und 2019 variierte der jährliche Wanderungsüberschuss zwischen 4,1 und 9,1 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Ein außergewöhnlich hoher Wanderungsgewinn wurde 2015 verzeichnet (+18 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Ursächlich dafür war die hohe Zuwanderung Schutzsuchender (u. a. aus Syrien), die zunächst in der zentralen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) in Trier untergebracht wurden, bevor sie auf andere Einrichtungen im Land verteilt wurden.[4] Im Jahr 2020, als die Corona-Pandemie Rheinland-Pfalz traf, wurde die Wanderungsbilanz negativ (–3 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner).

Negative Binnenwanderungsbilanz

Gegenüber den anderen rheinland-pfälzischen Verwaltungseinheiten mussten die fünf Regiopolen bzw. Großstädte in den vergangenen zehn Jahren durchweg Wanderungsverluste hinnehmen. In den Jahren 2011 und 2012 waren die Nettoverluste gering (jeweils unter –1,5 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Die Binnenwanderungsbilanz der Jahre 2015 und 2016 war durch die Umverteilung von Schutzsuchenden aus der kreisfreien Stadt Trier auf andere rheinland-pfälzische Gemeinden geprägt. In den Jahren 2017 bis 2020 verbuchten die Regiopolen bzw.

4 In der kreisfreien Stadt Trier befindet sich die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung für Schutzsuchende in Rheinland-Pfalz. In den Jahren 2015 und 2016 wurden Schutzsuchende, die nach Rheinland-Pfalz kamen, überwiegend zuerst dort gemeldet.

Großstädte gegenüber den anderen fünf Raumtypen in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt Wanderungsverluste zwischen fünf und acht Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Wanderungsgewinne für die Regiopolen bzw. Großstädte aus den anderen Bundesländern und dem Ausland

Der Bevölkerungszuwachs in den Regiopolen/Großstädten ist also vor allem auf die Wanderungen über die Landesgrenze zurückzuführen. Zwischen 2011 und 2020 stellten sich gegenüber den angrenzenden Bundesländern sowie gegenüber Sachsen-Anhalt und Thüringen in den meisten Jahren Wanderungsgewinne ein. Die Bilanz gegenüber Nordrhein-Westfalen war in den Jahren 2018 bis 2020 negativ. In fünf von zehn Jahren gab es Wanderungsdefizite gegenüber Hessen. Allerdings bewegten sich die Gewinne und Verluste meistens im Bereich von minus einer bis plus einer Person, selten von minus zwei bis plus zwei Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Jahr 2020 betrug das Defizit 2,3 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Durchweg positiv war die Wanderungsbilanz gegenüber dem Ausland.

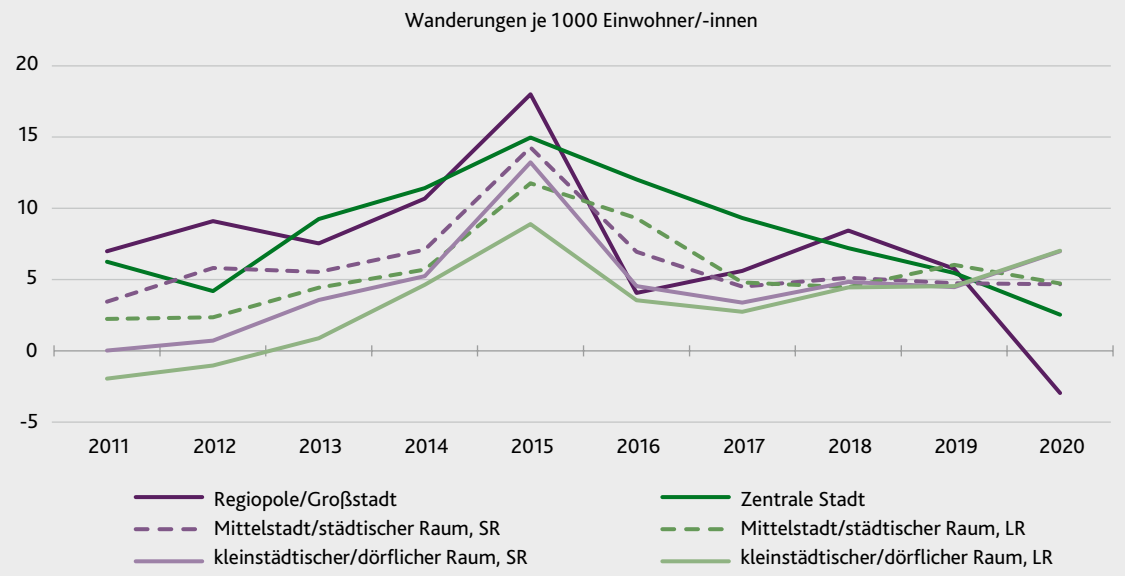
Positive Wanderungsbilanz der Mittelstädte bzw. städtischen Räume in Stadtregionen vor allem durch Zuzüge aus dem Ausland

Die Wanderungsbilanz der Mittelstädte bzw. städtischen Regionen in Stadtregionen ist seit 2011 durchgehend positiv: Jährlich kamen netto zwischen 3,5 und 7,1 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner hinzu, im Jahr 2015 waren es sogar 14,3 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Trendwende in der Binnenwanderungsbilanz der Mittelstädte bzw. städtischen Räume

Die Mittelstädte bzw. städtischen Räume in Stadtregionen gewannen von 2012 bis 2016 jährlich zwischen 2,3 und 5,1 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner aus den anderen Verwaltungseinheiten in Rheinland-Pfalz. Der Wanderungsüberschuss schrumpfte 2017 und 2018 auf weniger als eine Person je 1000 Einwohnerinnen und

G2 Wanderungsbilanz 2011–2020 nach Raumtyp RegioStaR7



Quelle: Wanderungsstatistik, eigene Berechnungen

Wanderungsgewinne gegenüber den angrenzenden Bundesländern seit 2012

Einwohner. In den Jahren 2019 und 2020 ergaben sich Binnenwanderungsverluste, die jedoch sehr gering ausfielen (0,2 bzw. 0,1 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Mit Ausnahme der Jahre 2011 und 2013 war der Wanderungssaldo gegenüber den anderen Bundesländern positiv. Der Wanderungssaldo mit den angrenzenden Bundesländern fiel seit 2012 immer positiv aus. Gegenüber Baden-Württemberg wuchs der Nettowanderungsgewinn im Zeitverlauf kontinuierlich: Lag er 2011 noch bei 0,1 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner, stieg er bis 2020 auf 0,9 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Entwicklung der jährlichen Wanderungsgewinne gegenüber Nordrhein-Westfalen und Hessen folgt keinem eindeutigen Muster. Gegenüber den meisten anderen Bundesländern wurden Wanderungsverluste registriert.

Den größten Teil der Wanderungsgewinne der Mittelstädte bzw. der städtischen Räume in Stadtregionen machen die Nettozuzüge aus dem Ausland aus: Zwischen 2011 und 2014 kamen jährlich zwischen 2,8 und 3,9 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Relativ konstante Wanderungsgewinne zwischen 4,3 und 4,9 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner ergaben sich zwischen 2016 und 2020.

Positive Wanderungsbilanz der kleinstädtischen bzw. dörflichen Räume in Stadtregionen vor allem durch Binnenwanderung

Zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts, 2011 und 2012, verzeichneten die kleinstädtischen bzw. dörflichen Räume in Stadtregionen Wanderungsgewinne von weniger als einer Person je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Zwischen 2013 und 2020 bewegten sich die Wanderungsgewinne zwischen 3,4 und sieben Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Eine Ausnahme bildet das Jahr 2015, als der Wanderungsüberschuss infolge der starken Zuwanderung Schutzsuchender auf 13 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner stieg.

Binnenwanderungsgewinne übertreffen meist die Außenwanderungsgewinne

Die Wanderungsbilanz mit den übrigen Verwaltungseinheiten in Rheinland-Pfalz ist seit 2013 durchgehend positiv (zwischen +1,7 und +7,6 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Gegenüber den anderen Bundesländern fiel die Wanderungsbilanz bis einschließlich 2016 negativ aus und ist seitdem positiv (2020: +0,7 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Die kleinstädtischen bzw. dörflichen Räume der Stadtregionen in Rheinland-Pfalz verbuchten zwar auch Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland (jährlich zwischen +1,8 und +6,2 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner); in manchen Jahren waren die Binnenwanderungsgewinne jedoch größer. Im Jahr 2019 lag der Binnenwanderungsüberschuss beispielsweise bei 2,6 Personen, während der Außenwanderungsüberschuss 1,9 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner betrug.

Zentrale Städte in ländlichen Regionen mit Wanderungsverlusten gegenüber anderen Bundesländern

Die zentralen Städte in ländlichen Regionen in Rheinland-Pfalz verbuchten in den vergangenen zehn Jahren durchgehend Wanderungsgewinne. Im Jahr 2020 fielen die Gewinne jedoch am niedrigsten aus (+2,5 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Zwischen 2011 und 2019 kompensierten die Wanderungsgewinne das Geburtendefizit der zugehörigen Verwal-

tungseinheiten, sodass die Bevölkerungszahl in diesem regionalstatistischen Raumtyp stieg. Im Jahr 2020 war der Wanderungsgewinn jedoch geringer als das Defizit in den natürlichen Bevölkerungsbewegungen (+2,5 gegenüber –3,3 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner), sodass die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner schrumpfte.

Zentrale Städte im ländlichen Raum verlieren Einwohnerinnen und Einwohner an andere Bundesländer

Die Wanderungsbilanz gegenüber den anderen Verwaltungseinheiten in Rheinland-Pfalz fiel bis auf das Jahr 2020 mit –0,1 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner positiv aus. Schon 2019 kamen mit 1,2 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern deutlich weniger Personen in die zentralen Städte der ländlichen Regionen als in den Jahren davor. Zwischen 2011 und 2018 zogen 2,1 bis 9,6 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner mehr in die zentralen Städte als von dort fortgingen. Gegenüber den anderen Bundesländern konnten die zentralen Städte nur in drei von zehn Jahren Wanderungsgewinne verbuchen. Während sie 2017 noch einen Wanderungsüberschuss von 0,9 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner realisierten, zogen zwischen 2018 und 2020 per Saldo mehr Menschen in die anderen Bundesländer fort (zwischen –1 und –1,2 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Ähnlich wie im Fall der drei städtischen Raumtypen wird die Wanderungsbilanz der zentralen Städte ländlicher Regionen mit den übrigen Bundesländern am stärksten durch die Zu- und Fortzugsströme gegenüber den benachbarten Bundesländern geprägt. Dabei lassen sich von Jahr zu Jahr jedoch starke Unterschiede beobachten. Die Gesamtwanderungsbilanzen der zentralen Städte der ländlichen Räume wurden seit 2011 überwiegend von den Nettozuzügen aus dem Ausland geprägt: Der Wanderungsüberschuss reichte zwischen 2011 und 2020 von +3,1 bis +7,7 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Mittelstädte bzw. städtische Räume in ländlichen Regionen profitieren von Zuwanderung aus Rheinland-Pfalz und dem Ausland

In den Mittelstädten bzw. den städtischen Räumen in ländlichen Regionen betrug das Geburtendefizit seit 2011 zwischen drei und 3,8 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der Wanderungsgewinn in den Jahren 2011 und 2012 war geringer (+2,2 bzw. +2,4 Personen) und konnte das Geburtendefizit nicht ausgleichen. In den Jahren 2013, 2014 und 2017 bis 2020 bewegte sich der Gesamtwanderungsgewinn zwischen +4,4 und sechs Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Noch höher waren die Wanderungsgewinne 2015 und 2016 (+12 bzw. +9,3 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner).

Mittelstädte bzw. städtische Räume verbuchen Gewinne durch Binnenwanderung

Gegenüber den anderen Verwaltungseinheiten in Rheinland-Pfalz erzielten die Mittelstädte bzw. städtischen Räume der ländlichen Regionen durchweg Wanderungsgewinne. Abgesehen von 2015 (+7,6 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner) bewegten sich die Binnenwanderungsüberschüsse zwischen +0,8 und +3,8 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Wanderungsbilanz gegenüber anderen Bundesländern fiel von 2011 bis 2016 und 2018 negativ aus, allerdings bewegten sich sowohl die Gewinne als auch die Verluste im Bereich von minus einer bis plus einer Person je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Während 2019 netto nur 0,2 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner aus

anderen Bundesländer in die Mittelstädte bzw. die mittelstädtischen Räume zuzogen, war es 2020 eine Person je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der Wanderungsgewinn gegenüber Nordrhein-Westfalen verdoppelte sich von 2019 auf 2020 (von +0,3 auf +0,6 Nettozuzüge je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Gegenüber Baden-Württemberg kehrte sich der noch 2018 registrierte Wanderungsverlust (–0,2 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner) nach einem ausgeglichenen Saldo 2019 in einen Gewinn 2020 um (+0,3 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Aus dem Ausland zogen von 2011 bis 2019 zwischen 2,5 und 8,9 Personen mehr in die Mittelstädte bzw. mittelstädtischen Räume der ländlichen Regionen in Rheinland-Pfalz als von dort in das Ausland fortzogen. Im Jahr 2020 fiel die Zuwanderung aus dem Ausland coronabedingt geringer (+2,2 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner).

Kleinstädtische bzw. dörfliche Räume in ländlichen Regionen verzeichnen 2020 höheren Wanderungsgewinn als 2019

Wanderungsgewinne kompensieren das Geburtendefizit

Die kleinstädtischen/dörflichen Räume in den ländlichen Regionen von Rheinland-Pfalz weisen im Vergleich der sechs regionalstatistischen Raumtypen das ungünstigste Verhältnis von Geburten zu Sterbefällen aus. Der Gestorbenenüberschuss betrug in den Jahren 2011 bis 2020 zwischen 3,4 und 4,5 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. In den Jahren 2014 bis 2016 und 2018 bis 2020 konnten die Wanderungsgewinne die Defizite in der natürlichen Bevölkerungsbilanz allerdings kompensieren, sodass die Bevölkerungszahl in den kleinstädtischen/dörflichen Räumen stieg. Nach einem hohen Wanderungsüberschuss im Jahr 2015 (+8,9 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner) lag der Wanderungsgewinn in den Jahren 2016 bis 2019 zwischen +2,7 und +4,5 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Relativ hoch war die Nettozuwanderung im Jahr 2020 mit +7 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Zuzüge sind von 2020 im Vergleich zu 2019 zwar etwas zurückgegangen (–4 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner), stärker aber war der Rückgang bei den Fortzügen (–6 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Die Ursache für diese Entwicklung dürfte die Corona-Pandemie sein. Dafür spricht, dass der Wanderungsverlust 2020 in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen mit –18 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern deutlich geringer ausfiel als in den Jahren 2016 bis 2019 (–32 bis –27 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). In allen anderen Altersgruppen stieg der Wanderungsgewinn zwischen 2019 und 2020 leicht. Da im Zuge der Corona-Pandemie die Präsenzlehre an den rheinland-pfälzischen Hochschulen, die sich überwiegend in den beiden regionalstatistischen Raumtypen „Regiopole/Großstadt“ und „zentrale Städte“ befinden, weitgehend ausfiel, könnten viele Studienanfängerinnen und Studienanfänger den Wechsel ihres Wohnsitzes aufgeschoben haben.

Höherer Wanderungsgewinn 2020 entsteht durch weniger Fortzüge

Ein Blick auf die Herkunftsorte der in die kleinstädtischen bzw. dörflichen Räume Zugezogenen zeigt, dass der Wanderungsgewinn aus dem Ausland 2020 ähnlich hoch war wie 2019 (+3,1 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Die Zuwanderung aus den anderen Bundesländern, vor allem aus Nordrhein-Westfalen und Hessen, stieg leicht (auf +1 Person je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Insgesamt nahm der Wanderungsgewinn in den kleinstädtischen bzw. dörflichen Räume der ländlichen Regi-

onen in Rheinland-Pfalz durch die Wanderungen mit den übrigen Raumtypen zu (2019: +0,9 Personen, 2020: +2,4 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner).

Höchste Wanderungsintensität bei den 18- bis 29-Jährigen

Wanderungsintensität abhängig vom Lebensalter

Das Wanderungsvolumen – d. h. die Summe der Zu- und der Fortzüge – ist ein Indikator für die Wanderungsintensität. Bezogen auf die Einwohnerzahl stieg das Wanderungsvolumen in Rheinland-Pfalz in den vergangenen zehn Jahren in allen Altersgruppen. Demnach ist die rheinland-pfälzische Bevölkerung heute mobiler als 2011; Umzüge finden heute häufiger statt.

Höchste Wanderungsintensität in Regiopolen bzw. Großstädten

Das Wanderungsvolumen unterscheidet sich zwischen den sechs regionalstatistischen Raumtypen: Die Regiopolen/Großstädte weisen mit 172 Wanderungen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern[5] 2020 die meisten Umzüge aus, während die Wanderungsintensität in den zentralen Städten der ländlichen Regionen mit 135 Wanderungen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern am niedrigsten ausfällt. Das Wanderungsvolumen variiert erheblich mit dem Lebensalter. Am seltensten wandern Personen in den Altersgruppen der 50- bis 64-Jährigen und der 65-Jährigen und Älteren: Im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2020 waren es in diesen beiden Altersgruppen nur 64 bzw. 38 Wanderungen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Eine höhere Wanderungsintensität weisen die 30- bis 49-Jährigen und die unter 18-jährigen Kinder und Jugendlichen auf (179 bzw. 140 Wanderungen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2020). Die meisten Wanderungen wurden im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre in der Gruppe der 25- bis 29-Jährigen registriert (416 Wanderungen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner), gefolgt von den 18- bis 24-Jährigen (376 Wanderungen).

Während das Wanderungsvolumen innerhalb eines regionalstatistischen Raumtyps oder einer einzelnen Verwaltungseinheit hoch sein kann, muss dies nicht zwangsläufig auch für den Wanderungssaldo gelten. Denkbar ist eine hohe Zuwanderung bei gleichzeitig hoher Abwanderung, sodass der Wanderungssaldo ausgeglichen ist. Dies sollte bei der Interpretation der Ergebnisse zum Wanderungsvolumen und zum Wanderungssaldo beachtet werden.

Werden die Wanderungsströme der sechs regionalstatistischen Raumtypen getrennt nach den einzelnen Altersgruppen betrachtet, so zeigt sich, dass es Parallelen zwischen den Regiopolen bzw. den Großstädten und den zentralen Städten, zwischen den mittelstädtischen Räumen in den Stadt- und den Landregionen sowie zwischen den kleinstädtischen Räumen in den Stadt- und den Landregionen gibt.

Wanderungsgewinne nur bei den 18- bis 24-Jährigen

Die Regiopolen bzw. die Großstädte verbuchen zwischen 2011 und 2020 nur in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen Binnenwanderungsgewinne – eine Ausnahme ist das Jahr 2015. In allen anderen Altersgruppen zogen mehr Menschen in die übrigen Raumtypen in Rheinland-Pfalz als von diesen Raumtypen in die Regiopolen bzw. die Großstädte. In den zentralen Städten der ländlichen Regionen fällt die Binnenwanderungsbilanz bei den 18- bis 24-Jährigen ebenfalls durchgehend positiv aus. Dasselbe gilt für die über 50-Jährigen, gleichwohl ist der Wanderungsgewinn in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen am höchsten. In beiden

5 Arithmetisches Mittel der Jahre 2011 bis 2020.

Raumtypen haben sich die Wanderungsgewinne in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen von 2019 auf 2020 deutlich reduziert (in den Regiopolen bzw. Großstädten von +85 auf +43 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner und in den zentralen Städten von +42 auf +15 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Dies könnte das Ergebnis geringerer Zuzüge von Studierenden sein, die im Zuge der Umstellung auf digitale Lehrveranstaltungen während der Corona-Pandemie 2020 nicht an den Studienort in den Regiopolen/Großstädten bzw. den zentralen Städten gezogen sind. Die meisten Zuwanderinnen und Zuwanderer im Alter von 18 bis 24 Jahren kamen aus den anderen Raumtypen in Rheinland-Pfalz und aus dem Ausland in die Regiopolen/Großstädte bzw. in die zentralen Städte. Ein deutlicher Unterschied zwischen den beiden Raumtypen konnte 2019 und 2020 in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen dagegen beim Wanderungssaldo mit den angrenzenden Bundesländern ausgemacht werden: Die Regiopolen bzw. Großstädte der Stadtregionen verbuchten 2019 und 2020 einen Wanderungsgewinn (+17 bzw. +4,6 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner), während die zentralen Städte in den ländlichen Regionen 18- bis 24-Jährige an die benachbarten Bundesländer verloren (2019: –1,1; 2020: –9,7 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner).

Unter 18-Jährige und 30- bis 49-Jährige verlassen die Regiopolen bzw. Großstädte, bleiben aber in Rheinland-Pfalz

Zwischen dem Wanderungsverhalten der unter 18-Jährigen und der 30- bis 49-Jährigen gibt es einen starken Zusammenhang, da minderjährige Kinder und Jugendliche überwiegend mit ihren Eltern umziehen. Die Regiopolen bzw. Großstädte verloren in sechs von zehn Jahren Einwohnerinnen und Einwohner unter 18 Jahren und in acht von zehn Jahren 30- bis 49-Jährige. Das größte Wanderungsdefizit ergab sich gegenüber den anderen Raumtypen in Rheinland-Pfalz, zwischen 2017 und 2020 reichte es von –19 bis –17 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner unter 18 Jahren und von –17 bis –16 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner zwischen 30 und 49 Jahren. Gegenüber den anderen Bundesländern zeigten sich in den meisten Jahren Wanderungsverluste; in beiden Altersgruppen waren die Gewinne und die Verluste kleiner als zwei Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. In allen Altersgruppen profitieren die Regiopolen bzw. Großstädte von Nettozuwanderung aus dem Ausland. Die zentralen Städte in den ländlichen Regionen verbuchten in ihrer Gesamtwanderungsbilanz Gewinne in den Altersgruppen der unter 18-Jährigen und der 30- bis 49-Jährigen, wenn auch niedrige (2020: +4,7 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner unter 18 Jahren und +1 Person je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 30- bis 49 Jahren).

Wanderungsdefizite gegenüber angrenzenden Bundesländern bei den 25- bis 29-Jährigen

In der Gruppe der 25- bis 29-Jährigen ergaben sich 2020 in beiden Raumtypen Wanderungsverluste (Regiopole/Großstadt: –17; zentrale Städte: –14 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Sie fielen größer aus als in den Jahren 2016 bis 2019. Die Regiopolen bzw. Großstädte verbuchten 2020 Wanderungsdefizite gegenüber den anderen Raumtypen in Rheinland-Pfalz und gegenüber den angrenzenden Bundesländern, die in etwa gleich stark ausfielen (–14 bzw. –13 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Im Unterschied dazu lässt sich das Wanderungsdefizit bei den 25- bis 29-Jährigen in den zentralen Städten der ländlichen Regionen überwiegend auf die Abwanderung in die angrenzenden Bundesländer zurückführen, denn die Abwanderung in die übrigen Raumtypen von Rheinland-

Pfalz fiel deutlich geringer aus (–15 Personen bzw. –2,1 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner).

Wanderungsbilanz der Mittelstädte bzw. städtischen Räume nach Altersgruppen

Mittestädte bzw. städtische Räume verlieren 18- bis 24-jährige Einwohnerinnen und Einwohner

In den beiden mittelstädtischen Raumtypen der Stadtregionen und der ländlichen Regionen von Rheinland-Pfalz zeigt sich ein nahezu gleiches Wanderungsmuster. In der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen verbuchten die beiden Raumtypen sowohl in den Stadtregionen als auch in den ländlichen Regionen Wanderungsdefizite. Dies galt mit Ausnahme der Jahre 2015 und 2016 für das gesamte vergangene Jahrzehnt (2020: –12 bzw. –4,9 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). In Mittelstädten bzw. städtischen Räumen beider Regionen fiel die Höhe des Wanderungsdefizits gegenüber den übrigen rheinland-pfälzischen Raumtypen sowie gegenüber Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg vergleichbar aus: Jeweils zwischen –6 und –5 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner in Stadtregionen und zwischen –5 und –4 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner in ländlichen Regionen). Die Wanderungssalden in den Altersgruppen der unter 18-Jährigen sowie der 30- bis 49-Jährigen lagen 2020 zwischen neun und zwölf Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Unterschiede zeigen sich in den Wanderungsbilanzen der 25- bis 29-Jährigen: Während die mittelstädtischen Räume in Stadtregionen 2020 deutliche Gewinne verbuchten (+12 Personen), fielen die Gewinne der mittelstädtischen Räume in den ländlichen Regionen wesentlich geringer aus (+1,5 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). In Stadtregionen entstanden die Gewinne größtenteils durch Nettozuwanderung aus dem Ausland. In den ländlichen Regionen fiel die Wanderungsbilanz in der Gruppe der 25- bis 29-Jährigen positiv gegenüber den anderen fünf Raumtypen in Rheinland-Pfalz und gegenüber dem Ausland aus. Geringe Wanderungsverluste ergaben sich 2020 gegenüber den angrenzenden Bundesländern.

Wanderungsbilanz der kleinstädtischen bzw. dörflichen Räume nach Altersgruppen

Hohe Wanderungsverluste in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen

Die kleinstädtischen bzw. dörflichen Räume verzeichneten seit 2011 durchgehend Wanderungsdefizite in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen: Hohe Wanderungsverluste von mehr als 30 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner verbuchten die kleinstädtischen bzw. dörflichen Räume in den Stadtregionen in sieben von zehn Jahren und in den ländlichen Regionen in vier von zehn Jahren. Das Defizit in der Gesamtwanderungsbilanz fiel 2020 geringer aus als in den Jahren 2016 bis 2019. Gemessen an der Einwohnerzahl verbuchten die beiden kleinstädtischen/dörflichen Räume zwischen 2016 und 2020 in jedem Jahr größere Wanderungsverluste in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen als die mittelstädtischen Räume derselben Region.

Negative Wanderungsbilanz gegenüber anderen rheinland-pfälzischen Raumtypen, anderen Bundesländern und dem Ausland

Gegenüber den anderen Raumtypen in Rheinland-Pfalz stand 2020 ein Defizit von –13 Personen (Stadtregionen) bzw. –11 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner (ländliche Region) zu Buche. Die Bilanz gegenüber den vier angrenzenden Bundesländern fiel etwas negativer aus (–15 Personen in Stadtregionen und –12 Personen in ländlichen Regionen). Wanderungsgewinne verzeichneten die kleinstädtischen bzw. dörflichen Räume zwischen 2011 und 2020 nur aus dem Ausland. Im Jahr 2020 kamen per Saldo +11 Personen (Stadtregionen) bzw. +10 Personen je 1000 Einwohnerinnen und

Einwohner (ländlichen Regionen) über die Bundesgrenze in die kleinstädtischen bzw. dörflichen Räume von Rheinland-Pfalz.

Höchste Wanderungsgewinne aus anderen rheinland-pfälzischen Raumtypen

Die Wanderungsbilanz für die Gruppe der unter 18-Jährigen (Stadtregionen: +14; ländliche Regionen +16 Personen) und in der Gruppe der 30- bis 49-Jährigen (Stadtregionen: +19; ländliche Regionen +16 Personen) fällt in beiden kleinstädtischen Raumtypen vergleichbar hoch aus. Differenziert nach Herkunft- und Zielorten zeigt sich, dass der höchste Wanderungsgewinn gegenüber den anderen Raumtypen in Rheinland-Pfalz verbucht wird. Der Wanderungsüberschüsse gegenüber den angrenzenden Bundesländern und dem Ausland sind in etwa gleich groß.

Die kleinstädtischen bzw. dörflichen Räume in Rheinland-Pfalz profitieren auch von der Nettozuwanderung 25- bis 29-Jähriger (Stadtregionen +23; ländliche Regionen +12 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Die Wanderungsgewinne entstanden zum Großteil durch Nettozuwanderung aus den anderen Raumtypen in Rheinland-Pfalz und aus dem Ausland.

Dr. Andrea Weitzel ist Referentin im Referat „Analysen Staat, Soziales".

Vorschau

In der März-Ausgabe des Statistischen Monatsheftes erscheint Teil II des Beitrags „Wanderungen zwischen städtisch und ländlich geprägten Regionen" mit dem Schwerpunkt Binnenwanderung.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2019	2020			2021			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 089 [1,2]	4 096 [1,2]	4 095	4 096	4 098	4 101	4 102	4 105	4 106
darunter Ausländer/-innen[3]	1 000	461 [1,2]	477 [1,2]	476	478	480	490	491	494	496
Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]										
* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 736	1 576	2 263	2 552	2 187	1 952	2 500	2 565	2 160
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	3 098	3 136	3 377	3 445	3 372	3 329	3 562	3 595	3 314
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	9,1	9,2	9,7	9,9	10,0	9,9	10,2	10,3	9,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	3 968	4 098	3 708	3 945	3 775	3 805	4 113	3 913	3 954
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	11,7	12,0	10,7	11,3	11,2	11,3	11,8	11,2	11,7
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	9	11	14	14	17	10	12	11	12
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,0	3,4	4,1	4,1	5,0	3,0	3,4	3,1	3,6
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-870	-962	-331	-500	-403	-476	-551	-318	-640
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-2,6	-2,8	-1,0	-1,4	-1,2	-1,4	-1,6	-0,9	-1,9
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	12 440	10 786	12 687	13 575	13 130	10 791	12 247	13 944	13 311
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	6 347	5 052	6 140	6 106	6 271	5 280	5 778	6 504	6 833
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	10 837	9 367	10 246	11 381	11 158	8 668	10 330	11 371	11 482
* darunter in das Ausland	Anzahl	4 921	3 809	4 125	4 342	4 188	3 930	4 401	4 345	4 376
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 603	1 418	2 441	2 194	1 972	2 123	1 917	2 573	1 829
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	13 922	13 203	15 373	15 470	14 066	12 552	14 294	15 830	14 120

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10,11]	Einheit	2018	2019		2020				2021	
		30.06.		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[12]	1 000	1 412	1 435	1 447	1 441	1 429	1 454	1 447	1 445	1 454
* Frauen	1 000	656	667	677	673	667	678	677	674	677

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2, 3]	Einheit	2018	2019		2020				2021	
		30.06.		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Ausländer/-innen	1 000	155	170	170	173	174	181	178	183	190
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	410	422	428	427	423	429	431	429	434
* darunter Frauen	1 000	334	342	347	347	343	347	349	347	350
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	14	11	13	14	15	11	13	15
* produzierendes Gewerbe	1 000	434	442	442	440	436	441	436	436	436
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	312	319	323	319	316	322	320	316	319
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	227	225	225	225	223	228	228	230	233
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	425	435	445	444	440	448	451	450	450

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2019	2020			2021				2022
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Arbeitslose	Anzahl	97 717	117 912	115 511	115 845	125 665	100 289	97 596	98 458	104 619
* Frauen	Anzahl	43 707	51 857	51 544	51 364	55 202	45 619	44 310	44 066	46 100
Männer	Anzahl	54 010	66 055	63 967	64 481	70 463	54 670	53 286	54 392	58 519
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	41 433	55 862	55 160	55 614	62 052	40 247	39 461	40 222	44 775
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	56 284	62 051	60 351	60 231	63 613	60 042	58 135	58 236	59 844
* Arbeitslosenquote[8]	%	4,3	5,2	5,1	5,1	5,6	4,4	4,3	4,4	4,6
* Frauen	%	4,1	4,9	4,8	4,8	5,2	4,3	4,2	4,2	4,4
* Männer	%	4,5	5,5	5,3	5,4	5,9	4,6	4,4	4,5	4,9
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,0	5,0	4,4	4,3	4,7	3,5	3,3	3,3	3,5
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,0	3,5	3,1	3,0	3,2	2,8	2,6	2,5	2,7
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,2	4,9	5,0	5,0	5,4	4,5	4,4	4,5	4,8
Ältere von 55–65 Jahren	%	4,7	5,4	5,5	5,5	6,0	5,1	5,0	5,1	5,4
* Ausländer/-innen[9]	%	11,3	13,1	12,3	12,4	13,6	10,6	10,4	10,5	11,2
Deutsche	%	3,5	4,2	4,2	4,2	4,5	3,6	3,5	3,5	3,8
* Kurzarbeiter/-innen[10]	Anzahl	5 728	104 908	87 546	106 096	132 929	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[11]	Anzahl	39 492	30 971	31 279	30 560	30 245	42 069	42 497	42 054	42 085

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II[12]	Einheit	2019	2020				2021			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	227 968	229 300	229 057	224 377	223 331	219 332	216 364	213 558	...
* darunter Frauen	Anzahl	113 208	113 854	113 761	111 408	110 997	109 124	107 765	106 439	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	151 888	153 669	153 521	150 118	149 414	147 290	145 094	142 999	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	63 706	62 673	62 568	61 585	61 038	58 421	58 071	57 593	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	61 813	60 655	60 570	59 613	59 063	56 601	56 272	55 815	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab September 2021 werden Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit nun zu den Ausländern gezählt und nicht mehr unter "keine Angabe" erfasst. - 10 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 11 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 12 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2019	2020				2021			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	515	554	636	544	562	609	601	512	540
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	453	489	553	496	501	545	512	451	487
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	4	5	3	5	2	4	3	3
Unternehmen	Anzahl	57	70	54	48	76	56	82	37	43
private Haushalte	Anzahl	454	480	567	493	481	551	515	472	492
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 119	1 173	1 192	976	1 172	1 141	1 541	1 270	909
* Umbauter Raum	1 000 m^3	702	730	788	632	741	757	848	782	607
* Wohnfläche	1 000 m^2	130	135	146	118	139	140	159	143	113
Wohnräume	Anzahl	5 113	5 308	5 907	4 650	5 406	5 451	6 146	5 477	4 414
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	237	253	275	224	260	287	338	290	233
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	113	104	105	106	104	112	114	139	152
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	13	15	12	15	12	13	14	13
Unternehmen	Anzahl	77	68	64	64	65	74	79	65	88
private Haushalte	Anzahl	24	23	26	30	24	26	22	54	46
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	18	29	53	34	9	20	13	39	59
* Umbauter Raum	1 000 m^3	675	839	773	820	688	685	762	1 266	1 122
* Nutzfläche	1 000 m^2	106	168	105	116	89	112	100	160	146
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	108	120	137	136	88	134	214	126	170
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 245	1 382	1 429	1 257	1 419	1 362	1 847	1 543	1 202
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 788	6 140	7 018	5 575	6 343	6 512	7 368	6 468	5 655

Landwirtschaft

	Einheit	2019	2020				2021			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	11 591	11 443	11 530	12 651	12 298	10 125	11 379	11 537	11 967
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 636	1 604	1 635	1 863	1 931	1 076	1 277	1 415	1 891
darunter										
* Kälber	t	8	9	7	10	9	5	6	6	7
* Jungrinder	t	7	8	9	9	16	3	9	5	11
* Schweine	t	9 825	9 791	9 850	10 742	10 317	9 018	10 068	10 090	10 029
* Eiererzeugung[2]	1 000	18 991	19 395	21 164	20 616	18 108	20 720	20 672	20 412	19 809

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[3]

* Betriebe	Anzahl	1 037	1 044	1 047	1 044	1 044	1 025	1 025	1 025	1 024
* Beschäftigte[4]	Anzahl	262 937	257 903	257 897	257 345	256 648	257 381	258 915	258 492	258 601
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 881	31 098	32 249	32 827	32 988	29 492	32 033	32 164	32 627
* Entgelte	Mill. EUR	1 176	1 127	1 060	1 076	1 464	1 066	1 076	1 114	1 510
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 711	7 021	7 246	7 389	7 538	8 045	8 608	8 248	8 684
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[5]	Mill. EUR	4 164	3 844	3 901	3 974	4 027	4 461	4 766	4 717	5 003
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 310	2 006	2 143	2 226	2 373	1 881	2 069	2 079	2 352
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	82	86	92	94	99	87	89	93	106
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 156	1 086	1 109	1 096	1 040	1 616	1 684	1 359	1 224
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 323	2 092	2 008	2 043	2 095	2 499	2 627	2 609	2 813
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 133	980	1 161	1 223	1 237	802	939	919	1 156
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 349	3 905	3 996	4 094	4 182	4 466	4 791	4 636	4 890
Exportquote[6]	%	56,4	55,6	55,2	55,4	55,5	55,5	55,7	56,2	56,3
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	101,8	95,7	99,9	106,6	114,3	95,4	127,0	128,7	142,2
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	106,4	102,0	103,7	110,8	117,8	104,5	108,5	106,1	124,5
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	96,2	89,0	97,4	105,7	117,7	84,9	151,5	147,1	165,1

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]	Einheit	2019	2020				2021			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	148,9	181,2	215,9	203,5	193,5	172,8	198,7	184,9	216,3
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	101,0	89,0	85,1	85,7	81,8	92,1	104,4	146,1	122,2
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	106,9	101,8	102,7	107,2	116,6	108,4	108,5	107,2	115,8
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	89,4	80,4	90,4	89,9	105,9	54,2	177,8	139,4	197,1
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	172	170	170	169	169	171	171	171	171
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	9 898	10 084	10 177	10 216	10 210	10 109	10 195	10 163	10 158
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 195	1 228	1 287	1 280	1 304	1 145	1 286	1 233	1 307
* Entgelte[3]	Mill. EUR	46	48	43	55	66	45	44	56	69
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	346	353	371	259	365	196	248	228	364
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	333	340	357	246	351	184	234	214	351
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe[6]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	21 518	22 582	23 004	22 758	22 768	23 832	23 905	23 936	23 933
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 131	2 297	2 639	2 568	2 526	2 371	2 683	2 578	2 572
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	379	440	483	475	478	423	472	459	453
* gewerblicher Bau[7]	1 000 h	696	754	838	830	817	782	870	835	847
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 056	1 103	1 318	1 263	1 232	1 167	1 340	1 284	1 272
darunter Straßenbau	1 000 h	577	591	716	688	679	652	726	682	681
* Entgelte	Mill. EUR	76	80	82	81	100	85	84	87	111

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe[1]	Einheit	2019	2020				2021			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	339	365	392	401	451	339	396	399	453
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	61	73	77	75	79	62	78	79	80
* gewerblicher Bau[2]	Mill. EUR	120	125	125	136	166	114	132	126	153
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	158	166	189	190	205	163	186	193	220
darunter Straßenbau	Mill. EUR	83	82	92	101	110	87	96	106	114

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[3]	Einheit	2019	2020				2021		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
Betriebe[4]	Anzahl	405	385	389	387	383	379	488	487	484
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[4]	Anzahl	16 810	16 524	16 724	16 500	16 635	16 235	18 767	18 816	19 137
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 075	4 859	4 962	4 815	4 949	4 712	5 610	5 606	5 652
* Entgelte	Mill. EUR	148	149	145	147	148	155	160	166	168
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	527	537	433	483	527	706	445	552	609

Handel[5]

Großhandel[p, 6]	Einheit	2019	2020				2021			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Beschäftigte	2015=100	102,7	102,5	102,8	102,4	102,5	102,8	103,8	104,0	104,0
* Umsatz nominal[7]	2015=100	109,7	109,9	112,8	116,7	109,7	111,1	124,1	125,8	128,0
* Umsatz real[7]	2015=100	105,7	106,8	109,6	113,8	106,9	100,4	111,7	112,3	114,0

Einzelhandel[p, 8]										
* Beschäftigte	2015=100	104,0	105,4	106,3	106,5	107,2	105,5	105,6	105,4	105,5
* Umsatz nominal[7]	2015=100	111,3	118,2	117,3	126,2	124,3	116,6	117,9	124,5	128,0
* Umsatz real[7]	2015=100	107,1	112,3	111,3	119,5	118,0	108,6	109,1	114,5	117,6

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2019	2020				2021			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Beschäftigte	2015=100	108,5	108,4	109,0	109,1	109,4	105,1	105,3	106,0	106,4
* Umsatz nominal[3]	2015=100	119,1	115,7	127,2	135,9	134,4	112,1	121,7	133,0	133,9
* Umsatz real[3]	2015=100	113,2	108,3	118,6	127,2	125,3	101,6	110,1	119,7	119,3

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2015=100	100,1	84,7	93,4	90,3	75,1	90,6	92,3	90,1	89,1
* Umsatz nominal[3]	2015=100	114,6	76,1	121,1	102,8	32,1	121,8	122,7	117,6	87,4
* Umsatz real[3]	2015=100	105,1	67,1	104,8	88,9	27,7	104,4	105,2	100,5	74,5

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	760	458	920	644	95	838	853	811	429
* darunter von Auslandsgästen	1 000	160	70	142	42	11	142	132	107	62
* Gästeübernachtungen	1 000	1 918	1 287	2 459	1 888	380	2 461	2 283	2 167	1 113
* darunter von Auslandsgästen	1 000	445	218	417	131	43	455	384	301	189

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2019	2020				2021			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 777	1 561	1 876	1 937	1 666	1 735	1 632	1 952	1 811
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 203	1 079	1 391	1 469	1 111	1 243	1 155	1 462	1 204
* Getötete Personen	Anzahl	13	11	16	13	12	11	12	14	10
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	6	5	9	4	7	7	3	8	4
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	3	6	1	2	6	3	4
Radfahrer	Anzahl	2	1	3	2	4	1	1	-	1
Fußgänger	Anzahl	1	1	1	-	-	1	1	2	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 546	1 361	1 722	1 851	1 413	1 535	1 417	1 844	1 511

1 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2019	2020				2021			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
schwer verletzte Personen	Anzahl	291	257	391	390	196	296	257	362	230
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	132	98	110	134	95	96	87	122	120
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	71	69	122	109	46	87	66	116	37
Radfahrer	Anzahl	49	55	79	103	33	75	69	76	43
Fußgänger	Anzahl	27	20	10	29	16	19	19	33	22

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2019	2020				2021			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 937	12 034	13 248	13 231	13 819	10 320	10 447	9 310	9 727
darunter										
Krafträder	Anzahl	733	992	987	643	574	972	895	603	344
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	11 573	9 583	10 756	11 094	11 534	7 848	8 208	7 450	8 030
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 137	980	1 005	1 003	1 218	1 026	879	813	841
Zugmaschinen	Anzahl	394	380	405	387	339	382	352	360	347

Personenbeförderung

	Einheit	2019	2020				2021		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	58 509	47 678	57 468	39 172	47 815	46 258	51 647	52 112	55 209
Personenkilometer[3]	Mill.	649	511	610	416	508	508	492	518	577

Binnenschifffahrt

	Einheit	2019	2020				2021			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Güterempfang	1 000 t	1 053	1 018	967	909	1 169	969	1 030	893	932
* Güterversand	1 000 t	858	838	784	779	964	858	846	801	701

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	4 445	4 071	3 712	4 334	4 486	4 594	4 482	4 527	4 498
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	324	313	334	314	343	337	334	359	329
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	4 061	3 716	3 328	3 966	4 087	4 197	4 079	4 069	4 032

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2019	2020				2021			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Rohstoffe	Mill. EUR	27	29	26	33	31	32	27	30	28
* Halbwaren	Mill. EUR	152	144	125	165	174	162	160	197	182
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 883	3 543	3 176	3 768	3 882	4 002	3 892	3 842	3 822
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	988	906	791	962	896	1 052	1 057	1 168	1 085
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 895	2 637	2 385	2 806	2 986	2 950	2 835	2 674	2 737
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	3 002	2 707	2 467	2 975	3 050	3 161	3 108	3 080	3 088
darunter in/nach										
EU-Länder (28)	Mill. EUR	2 688	-	-	-	-	-	-	-	-
EU-Länder (27)	Mill. EUR	2 416	2 195	1 982	2 443	2 510	2 511	2 252	2 473	2 504
Belgien	Mill. EUR	202	185	168	179	214	189	191	214	226
Luxemburg	Mill. EUR	54	50	51	52	55	63	43	50	53
Dänemark	Mill. EUR	50	45	40	51	48	49	50	46	51
Finnland	Mill. EUR	32	29	27	32	31	31	27	30	34
Frankreich	Mill. EUR	447	392	341	416	447	446	363	416	444
Griechenland	Mill. EUR	44	78	79	135	72	36	110	117	36
Irland	Mill. EUR	35	27	30	16	35	35	21	32	26
Italien	Mill. EUR	251	218	176	240	257	295	213	259	272
Niederlande	Mill. EUR	270	247	207	260	268	278	217	256	275
Österreich	Mill. EUR	181	171	165	199	202	200	182	193	191
Schweden	Mill. EUR	79	66	53	79	74	61	59	73	77
Spanien	Mill. EUR	212	176	154	193	193	204	170	191	195
Portugal	Mill. EUR	27	25	20	32	31	39	38	33	36
Großbritannien	Mill. EUR	272	213	202	237	241	219	182	197	210
* Afrika	Mill. EUR	126	97	89	84	96	103	95	100	104
* Amerika	Mill. EUR	624	583	517	573	689	624	597	683	665
darunter nach USA	Mill. EUR	431	415	367	413	506	411	398	453	455
* Asien	Mill. EUR	651	640	598	652	608	632	601	620	599
darunter nach China	Mill. EUR	200	227	233	268	232	198	171	193	193
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	42	43	42	49	43	74	81	43	42

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	3 272	2 951	2 791	2 908	3 159	3 558	3 257	3 375	3 621
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	283	308	283	276	319	308	341	314	310
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 756	2 518	2 370	2 503	2 692	3 036	2 719	2 786	2 979
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	38	32	28	31	33	40	40	41	40
* Halbwaren	Mill. EUR	255	204	166	167	204	232	217	235	252
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 463	2 283	2 176	2 305	2 455	2 765	2 462	2 511	2 687

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2019	2020				2021			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	579	501	426	468	514	684	640	629	709
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 883	1 782	1 750	1 837	1 941	2 081	1 822	1 882	1 978
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	2 421	2 127	2 033	2 159	2 271	2 572	2 318	2 357	2 611
darunter aus										
EU-Ländern (28)	Mill. EUR	2 174	-	-	-	-	-	-	-	-
EU-Ländern (27)	Mill. EUR	2 071	1 804	1 711	1 831	1 912	2 173	2 017	2 044	2 279
Belgien	Mill. EUR	234	198	167	172	194	241	255	233	256
Luxemburg	Mill. EUR	50	42	47	44	40	52	51	44	47
Dänemark	Mill. EUR	23	40	41	42	40	60	45	49	52
Finnland	Mill. EUR	14	13	10	16	13	15	14	15	16
Frankreich	Mill. EUR	293	272	259	299	301	308	297	328	349
Griechenland	Mill. EUR	17	15	7	11	29	23	20	10	35
Irland	Mill. EUR	99	45	29	35	65	64	85	53	61
Italien	Mill. EUR	221	200	173	203	214	255	203	220	274
Niederlande	Mill. EUR	289	248	212	262	248	275	245	213	270
Österreich	Mill. EUR	127	138	96	144	145	179	136	147	145
Schweden	Mill. EUR	36	26	21	32	22	35	21	42	34
Spanien	Mill. EUR	208	144	237	113	120	144	132	149	161
Portugal	Mill. EUR	20	21	21	18	22	31	27	24	26
Großbritannien	Mill. EUR	103	92	97	81	94	121	71	64	71
* Afrika	Mill. EUR	56	50	33	35	51	45	45	77	48
* Amerika	Mill. EUR	278	247	196	188	276	246	309	264	253
darunter aus USA	Mill. EUR	213	189	148	148	227	190	188	180	173
* Asien	Mill. EUR	507	516	521	515	549	685	578	667	698
darunter aus China	Mill. EUR	239	260	272	263	275	336	324	326	356
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	7	5	8	8	7	5	7	6

Gewerbeanzeigen[3]

	Einheit	2019	2020				2021			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 614	2 611	2 888	2 688	2 573	2 507	2 915	2 536	2 643
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	467	428	446	410	446	402	534	468	457
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 702	1 725	1 970	1 820	1 689	1 633	1 838	1 652	1 665
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 496	2 265	2 201	2 267	2 285	1 877	2 254	1 998	2 531
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	382	354	295	290	355	245	345	286	349
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 650	1 454	1 434	1 533	1 475	1 183	1 391	1 280	1 628

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2019	2020				2021			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Insgesamt	Anzahl	390	280	142	195	188	393	364	389	430
davon										
* Unternehmen	Anzahl	58	52	48	41	39	39	31	31	33
* Verbraucher	Anzahl	229	146	37	88	98	249	243	257	278
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	86	66	41	44	36	83	74	78	98
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	17	16	16	22	15	22	16	23	21
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	57	65	54	31	41	62	40	74	35

Handwerk[2]

	Einheit	2019	2020				2021		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
* Beschäftigte[3]	2009=100[4]	99,8	98,3	98,6	97,2	99,0	97,6	97,8	98,0	99,5
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2009=100[6]	121,3	123,7	106,2	113,1	127,5	147,8	95,8	101,8	104,4

Preise

	Einheit	2019	2020			2021				2022
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2015=100	104,7	105,3	104,6	105,0	105,7	110,3	109,9	110,6	110,8
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2015=100	104,5	106,0	106,3	106,4	106,4	107,4	107,5	107,6	107,8

Verdienste[7]

	Einheit	2019	2020				2021		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	4 213	4 186	3 865	3 715	3 858	3 919	3 867	3 970	4 017
* Frauen	EUR	3 704	3 761	3 517	3 398	3 528	3 548	3 527	3 602	3 661
* Männer	EUR	4 423	4 360	4 005	3 846	3 993	4 072	4 008	4 121	4 164
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	7 874	7 891	7 013	6 907	7 020	7 072	7 039	7 151	7 164
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	4 880	4 932	4 580	4 437	4 561	4 611	4 566	4 652	4 697
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	3 612	3 569	3 318	3 182	3 321	3 379	3 308	3 416	3 475
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 981	2 888	2 752	2 516	2 707	2 757	2 698	2 809	2 828
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	2 549	2 450	2 349	2 226	2 371	2 369	2 283	2 369	2 453

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste[1]

	Einheit	2019	2020					2021		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 524	4 391	3 966	3 750	3 917	4 034	3 943	4 103	4 113
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 960	4 039	3 709	3 604	3 761	3 857	3 830	3 789	3 825
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 738	4 567	4 139	3 837	4 026	4 152	4 112	4 225	4 229
* Energieversorgung	EUR	5 801	5 790	5 060	5 089	5 156	5 130	5 153	5 299	5 214
* Wasserversorgung[2]	EUR	3 619	3 846	3 546	3 545	3 580	3 652	3 562	3 622	3 637
* Baugewerbe	EUR	3 648	3 744	3 343	3 360	3 494	3 586	3 307	3 655	3 699
* Dienstleistungsbereich	EUR	4 007	4 048	3 796	3 692	3 818	3 842	3 816	3 878	3 952
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 866	3 826	3 529	3 311	3 511	3 491	3 401	3 547	3 708
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 139	3 100	2 921	2 815	2 905	2 961	2 934	2 960	2 999
* Gastgewerbe	EUR	2 324	1 977	2 109	1 534	2 164	(1 871)	(1 395)	1 631	2 379
* Information und Kommunikation	EUR	5 385	5 396	4 975	4 893	4 955	4 994	5 026	5 093	5 158
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 564	5 645	4 892	4 760	4 847	4 861	4 894	4 875	4 954
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	4 382	(4 408)	(3 822)	3 833	3 859	(4 056)	(3 969)	4 031	(4 047)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 067	4 969	4 559	4 448	4 462	4 609	4 624	4 669	4 702
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 774	2 914	2 773	2 632	2 854	2 876	2 801	2 954	3 008
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	4 048	4 175	4 027	4 042	4 070	4 070	4 096	4 128	4 128
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 556	4 752	4 578	4 569	4 645	4 659	4 694	4 703	4 692
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	4 087	4 192	3 883	3 862	3 995	4 034	3 970	4 037	4 044
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 432	2 939	3 142	(2 515)	2 882	(2 633)	(2 273)	(2 482)	3 117
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 818	3 871	3 594	3 589	3 670	3 718	3 591	3 678	3 732

Geld und Kredit[3]

	Einheit	2019	2020					2021		
		Durchschnitt		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	126 521	120 254	118 155	119 551	121 456	121 852	123 861	124 993	127 152
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 028	7 893	8 906	7 821	7 586	7 260	7 836	7 658	7 822

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2019	2020				2021		
		Durchschnitt		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 990	7 715	7 655	7 661	7 774	7 769	7 786	7 561	7 487
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	106 504	104 646	101 594	104 069	106 096	106 823	108 239	109 774	111 843
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	120 662	117 565	115 364	117 069	118 828	118 999	121 013	122 220	124 234
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	113 091	109 870	107 652	109 466	111 115	111 247	113 250	114 535	116 732
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	7 571	7 695	7 712	7 603	7 713	7 752	7 763	7 685	7 502
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 860	2 689	2 791	2 482	2 628	2 853	2 848	2 773	2 918
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	123 655	129 485	124 057	129 114	131 266	133 504	134 822	134 646	137 653
Sichteinlagen	Mill. EUR	79 307	87 046	81 309	86 830	89 074	90 972	92 738	93 083	96 046
Termineinlagen	Mill. EUR	16 087	15 329	15 438	15 148	15 186	15 545	15 147	14 741	14 917
Sparbriefe	Mill. EUR	2 251	1 907	2 021	1 964	1 870	1 772	1 638	1 505	1 458
Spareinlagen	Mill. EUR	26 011	25 203	25 289	25 172	25 136	25 215	25 299	25 317	25 232
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	121 699	127 638	122 141	127 324	129 474	131 613	133 021	132 836	135 790
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	118 494	123 943	118 688	123 880	126 041	127 164	129 363	129 059	131 459
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 205	3 695	3 453	3 444	3 433	4 449	3 658	3 777	4 331
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 957	1 847	1 916	1 790	1 792	1 891	1 801	1 810	1 863

Steuern

	Einheit	2019	2020				2021		
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 731	4 263	3 504	4 044	5 315	5 667	4 875	4 282	11 405
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 470	1 411	809	1 231	2 470	1 847	805	3 182	3 886
Lohnsteuer	Mill. EUR	1 000	995	737	1 195	1 245	787	724	1 450	1 214
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	197	191	-	499	-	-	-	640	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	240	199	12	64	783	656	25	34	844
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	98	94	51	48	113	63	30	83	1 427

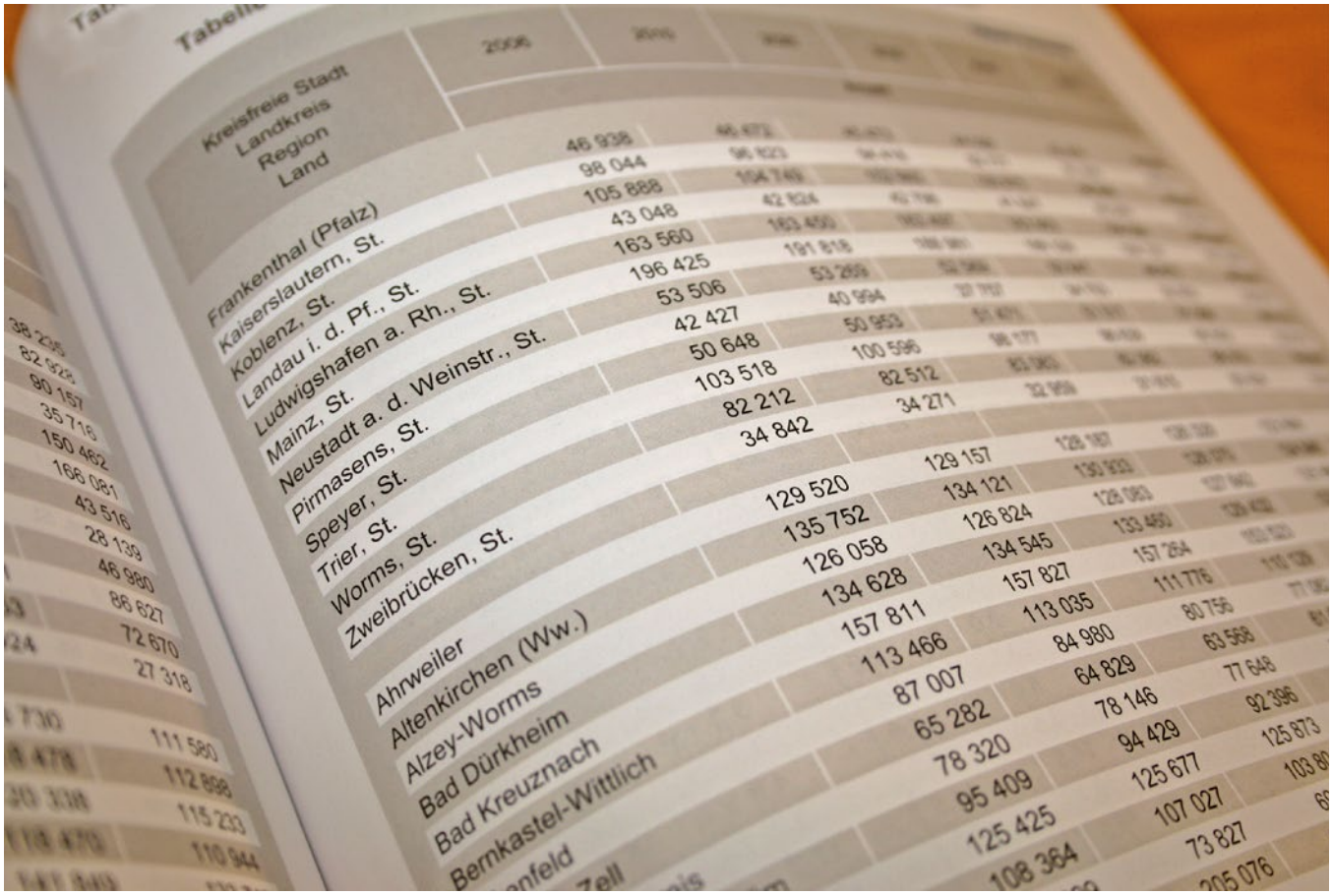
1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2019	2020				2021			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	19	21	4	55	6	9	7	76	9
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	14	15	-	51	-	-	-	70	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	114	103	5	-132	323	332	19	1 538	392
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-2	-18	-	-128	-	-	-	-157	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	3 261	2 852	2 695	2 812	2 845	3 820	4 070	1 100	7 519
Umsatzsteuer	Mill. EUR	579	515	500	571	497	610	642	536	555
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 683	2 337	2 195	2 241	2 348	3 211	3 427	564	6 964
Zölle	Mill. EUR	231	223	231	214	209	283	295	295	310
Bundessteuern	Mill. EUR	91	87	69	74	195	73	15	109	151
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	30	28	31	38	66	4	3	3	9
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	61	59	38	36	129	69	11	107	142
Landessteuern	Mill. EUR	95	104	100	95	134	129	116	118	133
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	25	27	25	24	40	27	35	30	35
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	50	56	56	53	65	77	64	71	72
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	15	17	14	13	23	21	14	14	21
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	1	2	2	1	1	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	4	4	4	2	2	2	2

	Einheit	2019	2020				2021		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	753	651	718	570	595	722	673	713	866
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	5	6	4	4	5	6
Grundsteuer B	Mill. EUR	143	148	139	154	163	135	143	161	162
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	581	479	550	394	406	564	514	536	682
sonstige Gemeindesteuern[1]	Mill. EUR	25	20	24	17	20	20	12	10	16

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.


Kreisfreie Stadt
Landkreis
Region
Land
Frankenthal (Pfalz)
Kaiserslautern, St.
Koblenz, St.
Landau i. d. Pf., St.
Ludwigshafen a. Rh., St.
Mainz, St.
Neustadt a. d. Weinstr., St.
Pirmasens, St.
Speyer, St.
Trier, St.
Worms, St.
Zweibrücken, St.
Ahrweiler
Altenkirchen (Ww.)
Alzey-Worms
Bad Dürkheim
Bad Kreuznach
Bernkastel-Wittlich

Neuerscheinungen im Januar 2022

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im 2. Vierteljahr 2021 (vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: A1013 202142

Periodensterbetafel 2018/20
Kennziffer: A2033 202000

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studienseminare 2021 – Lehrerausbildung für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen (Stand: 1. Oktober 2021)
Kennziffer: 3023 202122

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im November 2021
Kennziffer: D1023 202111

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im November 2021 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 202111

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im November 2021
Kennziffer: E1033 202111

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im November 2021
Kennziffer: E1113 202111

Bauhauptgewerbe im November 2021 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 202111

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im November 2021
Kennziffer: E4023 202111

Wärmeversorgung 2020 – Ergebnis der Jahreserhebung bei Betreibern von Anlagen zur Wärmeversorgung
Kennziffer: E4103 202000

Energiebilanz und CO_2-Bilanz 2019
Kennziffer: E4123 201900

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Oktober 2021
Kennziffer: G1023 202110

Aus- und Einfuhr im November 2021
Kennziffer: G3023 202111

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle 2020
Kennziffer: H1013 202000

Dienstleistungen, Geld, Kredit

Beschäftigte und Umsatz in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im 3. Quartal 2021
Kennziffer: J1033 202143

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Aufkommen an staatlichen Steuern 2017 bis 2021
Kennziffer: L1013 202100

Umwelt

Abfallwirtschaft 2019
Kennziffer: Q2023 201900

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Oktober 2021
Kennziffer: Z1013 202110

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Januar 2022
Kennziffer: Z2201 202201

Bundestagswahl 2021 – Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik (Statistische Analyse N° 58)
Kennziffer: Z2138 202201

Faltblatt: Landwirtschaft und Weinbau 2021
Kennziffer: Z2401 202100

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: © phpetrunina14 – stock.adobe.com

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2022

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.